Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreise: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroß, Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 22251. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 30. August 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 186

Nur die Kommunisten für die Arbeitslosen von heute und morgen

SPD.-Verrat im Leuna-Werk

SPD. gegen einen Vorstoß der Kommunisten für die entlassenen Leuna-Arbeiter
In einer Front mit Gelben und Christen für Unterstützungsraub und Trustdiktatur

Folgende Entschließung wurde in einer Arbeiterratssitzung des Leuna-Werkes gegen die Stimmen der Sozialfaschisten, der Christen und der Gelben von der kommunistischen Mehrheit angenommen:

„Die zahlreichen Entlassungen der letzten Zeit sowie die noch im Ammoniakwerk Merseburg bevorstehenden, veranlassen den Arbeiterrat, im Interesse der Belegschaft zum Abbau des Erwerbslosenversicherungsgesetzes Stellung zu nehmen. Die entlassenen Kollegen sind meistens seit Bestehen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes versichert und sollen durch den geplanten Abbau um ihre wohlerworbenen Rechte gebracht werden. Der Arbeiterrat protestiert ganz entschieden gegen jeglichen Abbau der Unterstützung sowie gegen die Erhöhung der Beiträge.

Der Arbeiterrat wendet sich überhaupt gegen eine Erwerbslosenversicherung, die die Lasten der Erwerbslosenunterstützung restlos auf die Arbeiterschaft abwälzt. Er ist der Auffassung, daß die Unterstützung der Erwerbslosen Sache des Staates ist und die dazu notwendigen Mittel vom Unternehmertum aufzubringen sind. Der Arbeiterrat fordert den Wegfall jeglicher Karrenzzeiten sowie die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung ohne Staffelung und ohne zeitliche Beschränkung. Weiter fordert der Arbeiterrat die Festlegung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms durch gesetzliches Verbot jeglicher Ueberarbeit, durch die gesetzliche Einführung des siebenstündigen Maximalarbeitstages, um so der ungeheuren Erwerbslosigkeit mit Nachdruck zu begegnen."

Zur Annahme dieser Resolution schreibt der soeben erschienene „Leuna-Proletet":

„In der gestrigen Arbeiterratssitzung im Leuna-Werk, wo an den Massenentlassungen Stellung genommen wurde, beschäftigte sich der Arbeiterrat mit dem geplanten Abbau an der Arbeitslosenversicherung. Mit Recht betonte die Opposition, daß es die Aufgabe des Arbeiterrats sei, sich für die entlassenen sowie für die noch zur Entlassung kommenden Kollegen einzusetzen. Es wurde deshalb von der Opposition umstehende Entschließung eingebracht und vom Arbeiterrat angenommen. Der Arbeiterrat beschloß weiter, diese Resolution dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages als einen Ausdruck der Stimmung der Belegschaft zu übermitteln.

Hierbei zeigte sich so recht die elende Rolle der Sozialfaschisten Walter, Tenhagen, Fischer und Ko. Wie Aale wandten sie sich um diese Entschließung zu Fall zu bringen. Es wäre doch eine offene Demaskierung der SPD., wenn sich die oberen Bonzen Wissell, die Wissell, Hilferding, Severing und Hermann Müller, recht den sozialfaschistischen Abgeordneten für den Abbau der Erwerbslosenunterstützung im Auftrage der Trustbourgeoisie mit aller Schärfe einsetzen, während andererseits die kleinen Emportömmlinge Walter, Tenhagen usw. für die Erwerbslosen eintreten würden.

Und so stimmten für diese Entschließung nur die 16 kommunistischen Vertreter des Arbeiterrats, während ein Sozialdemokrat dagegen stimmte und die restlichen sieben nebst den Gelben und Stahlhelmern sich der Stimme enthielten.

Leuna-Arbeiter! Lest diese Entschließung und verbreitet sie weiter unter Euren Kollegen im Betriebe, damit auch der letzte Arbeiter diese Sorte „Arbeitervertreter" erkennt. In der Sonnabendnummer des „Klassenkampf" könnt Ihr einen ausführlichen Bericht über diese Arbeiterratssitzung lesen."

Wir begrüßen diesen Vorstoß der Kommunisten im Arbeiterrat als ein mahnendes Beispiel an die Belegschaften und Funktionäre aller anderen Betriebe, die Mobilmachung der Arbeitermassen gegen den Abbau der Erwerbslosenversicherung mehr als bisher zu steigern.

Der Massenproteststurm wächst

Fort mit der Koalitionsregierung! — Her mit Brot und Arbeit!

Der Protest der Arbeiter in den Betrieben und Erwerbslosen gegen den Unterstützungsraub, wird täglich stärker. In allen Teilen des Reiches und in den meisten Betrieben nehmen die Belegschaften Stellung zu diesem Raubbau. Mehrere Entschließungen gingen uns heute zu:

(Eig. Bericht.) **Weißenfels**, 29. August.

Hier fand im „Tivolie" eine Versammlung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen statt, welche sich mit dem Abbau der Erwerbslosenversicherung beschäftigte. Nach einem Referat des Genossen Schüffler wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 27. August in Weißenfels zur öffentlichen Versammlung erschienenen Betriebsarbeiter und Erwerbslosen protestieren entschieden gegen die maßlose Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung, die in Zukunft nicht nur eine Verkürzung der Unterstützungssätze, sondern auch eine Erhöhung der Beiträge und eine Verlängerung der Wartezeit vorsieht. Diese Verschlechterungen sind um so bemerkenswerter, als sie in dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell ihren Urheber haben und dieser nicht nur von der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch von den Instanzen des ADGB. gedeckt wird.

Die Versammelten erklären, daß diese Verschlechterungen das Produkt der sozialdemokratischen Koalitionspolitik sind, deren Tendenz darauf hinausläuft, das Unternehmertum zu entlarven und die Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft zu belasten.

Die Versammelten geloben, gegen diese schamlosen Machinationen der sozialdemokratischen Koalitionsregierung den schärfsten Kampf aufzunehmen, bis der Angriff auf die Interessen der Erwerbslosen erfolgreich abgewehrt ist.

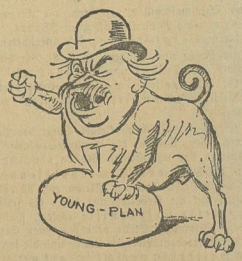
Sie begrüßen daher das Stattfinden der

Bezirks-Erwerbslosenkonferenz am 8. September in Halle

als ein Mittel, durch Zusammenschluß aller Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern den einheitlichen Kampf gegen die Koalitionsregierung und die Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen aufzunehmen."

Die Bitterfelder Erwerbslosen protestierten in einer überaus stark besuchten Versammlung im „Volkshaus" gegen den Unterstützungsabbau. Es herrschte auch hier Einstimmigkeit, daß man den Kampf gegen die Verelendung der Erwerbslosen gemeinsam mit den Betriebskollegen durchführen muß. Einstimmig wurden zwei Kollegen zum Mitteldeutschen Erwerbslosenkongreß am 8. September in Halle delegiert.

Der Vorstand der Zimmerer in Königsberg hat einen Aufruf an alle Freien Gewerkschaften, Betriebsräte und Erwerbslosen erlassen, indem er die Verhöhnung der gesamten Arbeiterschaft durch das Wissell-Gesetz klarlegt. Auch wird die arbeiterfeindliche Schreibweise des „Vorwärts" ganz besonders verurteilt.



Wenn es ums Geld geht, hört der Pazifismus auf. Briand im Haag: „Ich bin sehr friedfertig, ich kann aber auch furchtbar werden . . ."

Das Hungerdiktat vom Haag

bringt neue Millionenlasten für die Werktätigen, verstärkt die Antisowjetfront

Die Haager Konferenz hat am 29. August mit der sogenannten Einigung im wesentlichen ihren Abschluß gefunden. Heute vormittag 11 Uhr findet nochmals eine Sitzung der Finanzkommission zur Einsetzung der Kommissionen, insbesondere für die Internationale Bank, statt. Am 31. August ist dann die Schlußsitzung. Diese Tatsachen machen es notwendig, etwas mehr über das Ergebnis dieser Konferenz zu sagen.

Alles in allem: Die deutschen Unterhändler haben bedingungslos ein neues Reparationsdiktat unterschrieben. Neue Zugeständnisse sind an die englische und französische Regierung gemacht worden. Noch besser als der konservative Minister Englands hat es Mister Snowden, der biedere Sozialdemokrat, fertiggebracht, die Interessen der englischen Bourgeoisie auf Kosten des deutschen Proletariats durchzusetzen.

Selbst im gestrigen „Vorwärts" muß der sozialdemokratische Berichterstatter Viktor Schiff zugeben, daß sein englischer Parteigenosse alle deutschen Hoffnungen zerrissen habe. Er

„verleugnete kaltblütig lächelnd seine eigenen Aeußerungen von drei Wochen zuvor, was ihm von deutscher Seite recht deutlich vorgehalten wurde".

Diese Erkenntnis des „Vorwärts" hält die ganze, besonders aber die „linke", sozialdemokratische Presse nicht ab, Hosianna-Gesänge über das Ergebnis des Hungerdiktates anzustimmen. Darum wollen wir zunächst aufzählen, um was es sich bei den deutschen Zugeständnissen tatsächlich handelt.

Die Räumung des Rheinlandes wird erst am 30. Juni 1930 abgeschlossen werden. Alle deutschen Ansprüche auf Ersatz der Besatzungsschäden sind fallen gelassen worden. Die französischen Imperialisten haben eine gewisse Dauerkontrolle über das Rheinland durchgesetzt, denn die im Locarno-Abkommen vorgesehenen Kontrollkommissionen sollen weiter bestehen bleiben. Der englische Anteil an den Reparationen wird jährlich um 36 Millionen erhöht. Den größten Teil dieses Betrages muß Deutschland zahlen. Der im Young-Plan festgelegte Anteil Deutschlands an den Dawes-Zahlungen in den ersten fünf Uebergangsmonaten, etwa 300 Millionen Mark, wurden bis auf den letzten Pfennig gestrichen. Der englische Imperialismus erhält einen Anteil von 100 Millionen an den ungeschützten Reparationszahlungen. Deutschlands Reparationszahlung während der nächsten 20 Jahre wird um 42 Millionen alljährlich heraufgesetzt. Der Young-Plan sah nämlich jährlich ungeschützte Zahlungen in Höhe von 660 Millionen Mark vor. Nach dem Haager Abkommen sind es 702 Millionen. Auch das Zugeständnis der italienischen Regierung in der Frage der Kohlensachlieferungen geht vollständig zu Lasten des deutschen Kapitalismus.

Wirklich, die englische konservative Zeitung „Evening Standard" hatte nicht so unrecht, als sie jetzt offen erklärte, Snowden habe „Großbritannien den ihm gebührenden Platz im Rate der Nationen zurückerobert". Die englische Bourgeoisie will Snowden in London feierlich vom Bahnhof abholen. Doch, bescheiden, wie nun einmal diese Leute sind, will er, wie er in allen englischen Zeitungen verkünden läßt, auf einer Station vor London aussteigen und auf Umwegen per Auto in die Metropole des wackeligen englischen Weltreiches zurückkehren.

Die deutsche Delegation wird natürlich versuchen, einige Erfolge zu konstruieren. Zum Beispiel hieß es am 28. August noch, Deutschland werde zwar leider die wirtschaftlichen Opfer bringen müssen, aber doch nur unter der Bedingung, daß dafür eine frühere Räumung des Rheinlandes erfolge. Die „Vossische Zeitung"

Hand in Hand marschieren am 1. September in Halle die erwachsenen mit den jugendlichen Proletariern auf zum **15. Internationalen Jugendtag**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0001

brachte sogar eine Meldung an diesem Tage, wonach Briand eine Rheinland-Räumung bis zum 1. Juli anbiete, die deutsche Delegation aber dieses Zugeständnis nicht für ausreichend halte. Jetzt feiert man das nicht ausreichende Zugeständnis als einen Erfolg, indem man schreibt, Briand habe ursprünglich den 31. Oktober und später den 1. September vorgeschlagen. Das ist nichts weiter als ein niederträchtiges Manöver zum Betrug der breiten werktätigen Massen.

Ueberhaupt wird der Young-Plan eine Verschärfung der Massenbelastung in Deutschland mit sich bringen.

Dabei werden die sozialdemokratischen Führer der Trustbourgeoisie eifrig helfen. Die „Gewerkschaftszeitung" schrieb kürzlich:

„An den vom Young-Plan gestellten Aufgaben werden wir mit dem gleichen Verantwortungsgefühl mitarbeiten, wie wir es bisher getan haben."

Nun enthält der gepriesene Young-Plan eine ganze Reihe von Stellen, die ausdrücklich eine weitere steuerliche Entlastung des Kapitals verlangen. Die „Gewerkschaftszeitung" erkennt das auch ganz offen an:

„Neue Ausgaben sind nach Möglichkeit zu vermeiden, die überflüssigen Beträge sind zur steuerlichen Entlastung der Wirtschaft zu verwenden."

Wenn man die Industrie entlastet, muß man die Arbeitermassen belasten. Auch dazu ist die „Gewerkschaftszeitung" bereit. Zunächst schreibt sie nämlich:

„daß eine fühlbare Herabsetzung (der Umsatzsteuer) einen allzu empfindlichen Steuerausfall nach sich ziehen würde. Deshalb muß auf eine Milderung dieser Steuer verzichtet werden".

Also um Himmelswillen, erklären die Gewerkschaftsführer, keine Kürzung von die Massen belastenden Steuern. Im Gegenteil, man fordert eine Vergrößerung der unerhörten Steuerlasten:

„In einer Reihe von Ländern ist z. B. die Besteuerung von Genußmitteln, wie Tabak und Alkohol, viel schärfer als in Deutschland. Die deutsche Tabaksteuer ergibt eine knappe Milliarde jährlich. Nach englischem System würde sich diese Zahl vervielfachen."

Damit zeigen also die Gewerkschaftsführer der Bourgeoisie noch einen anderen Weg, wie sie die Reparationslasten noch mehr auf die Schultern der werktätigen Massen abwälzen kann.

Auch der Abbau der Erwerbslosenversicherung stellt einen wesentlichen Teil der Aktion zur Abwälzung der Reparationslasten auf die Arbeiterklasse dar. Es sollen hier nicht nur finanzielle Ersparnisse erzielt, sondern durch den Druck der dem schlimmsten Elend preisgegebenen Erwerbslosen auf die Massen der Betriebsarbeiter die Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen weiterhin verschlechtert werden. Dieses Ziel betrachtet man ja auch als eine der Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung, ja zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und der dadurch bedingten Möglichkeit, den Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Diese Feststellung gibt auch die schwerindustrielle „Kölnische Zeitung" zu, wenn sie am 29. August schreibt:

„Bei der Reform der Arbeitslosenversicherung handelt es sich nicht um einen Teil des Kampfes um den allgemeinen Abbau der Sozialversicherung, sondern um einen Teil der Vorbereitung auf ein innerdeutsches Reparationsprogramm."

Es zeigt sich also, daß der Young-Plan nicht eine Verringerung, sondern eine Verschärfung der Klassengegensätze und damit des Klassenkampfes in Deutschland mit sich bringen muß. Aber auch zur Verschärfung der außenpolitischen Gegensätze hat er ein gutes Teil beigetragen. Er zeigte besonders Amerika im aktiven Kampf um die weitere Zurückdrängung der Vorherrschaft des englischen Imperialismus. Die Kämpfe um den Einfluß auf die Welt-Reparationsbank haben am deutlichsten die wachsende Isolierung Englands dadurch gezeigt, daß sie den französischen Kriegstreiber Briand an die Seite Amerikas stellen und ihn eine Sprache gegen England führen ließen, die bisher von ihm unbekannt war. Doch der Versuch Amerikas, die Führung unter den imperialistischen Räubern zu übernehmen, stellt nichts dar als den Versuch der Bildung eines Antisowjetblocks in einem neuen, erweiterten Stadium. An zwei entscheidenden Brennpunkten, an der ostchinesischen Eisenbahn und in der Welt-Reparationsbank besitzt Amerika schon die Führung der sowjetfeindlichen Politik des Imperialismus! Damit aber wird die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion noch ernster und drohender.

Die von der sozialdemokratischen Presse mit soviel Ueberschwang gefeierte „endgültige Liquidierung des Weltkrieges" durch den Young-Plan ist letzten Endes nichts weiter als ein neuer Schritt auf dem Wege der Organisierung eines neuen Weltkrieges, des Krieges zwischen dem Imperialismus und der Sowjetunion, zwischen Kapitalismus und Kommunismus, der seine Ouvertüre in verschärften Klassenkämpfen im Rahmen aller kapitalistischen Staaten findet.

Zu diesen Auseinandersetzungen muß das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei rüsten, indem es eine breite rote Abwehrfront, besonders in den Betrieben, gegen die weitere Massenverelendung organisiert und diese Front gleichzeitig über die Grenzen hinaus ausbaut zur internationalen Kampffront der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und ihre faschistischen und sozialfaschistischen Trabanten.

Glänzender Wahlsieg auf „De Wendel"

Die Sozialfaschisten bei der Betriebsratswahl vollkommen geschlagen

Die Betriebsratswahl auf der Zeche „De Wendel" in Herringen hatte folgendes Ergebnis:

Opposition	2590
Christen	148
Bergarbeiterverband	534
Hirsch-Dunckersche	63.

Die Opposition erhält 13 Betriebsräte und 1 Ergänzungsmann, die Reformisten 2 Betriebsräte und 1 Ergänzungsmann, Christen und Hirsch-Dunckersche kein Mandat. Früher hatte die Opposition 10 Betriebsräte, die Reformisten 5. Die Opposition besetzt jetzt den gesamten Betriebsausschuß.

Dieser glänzende Sieg der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist von größter politischer Bedeutung. Auf dieser Zechenanlage hat die Arbeiterschaft in den Maitagen, als Zörgiebels Polizeibrutalitäten gegen das Berliner Proletariat erfolgten, zur Waffe des politischen Massenstreiks gegen den Polizeiterror und den Hungerschiedsspruch gegen die Bergarbeiter gegriffen.

Der sozialfaschistische Angestellte des BAV. hat damals mit Hilfe von Polizeihundertschaften, die den Weg zum Zechentor besetzt hielten, den Streikbruch organisiert. Der Betriebsratsvorsitzende Genosse Funk und andere Betriebsratsmitglieder wurden gemaßregelt. In den letzten Tagen der Wahlkampagne haben die Husemänner die niederträchtigste Hetze gegen die Oppositionsliste, auf der auch der gemaßregelte Genosse Funk kandidierte, entfaltet.

Das Wahlergebnis auf Zeche „De Wendel" ist ein Appell an das gesamte Proletariat:

Fegt die sozialfaschistischen Streikbrecher und Gewerkschaftsspalter weg!

Der Arbeiterrat des Leuna-Werkes für die KPD.

Mit Stimmenmehrheit, gegen die Stimmen der SPD.-Leute, der Gelben und Christen, nahm der Arbeiterrat des Leuna-Werkes gestern noch folgende Entschließung an:

„Entgegen der Meinung der Belegschaft nahm in der am 6. August 1929 stattgefundenen Betriebsratssitzung die Mehrheit des Betriebsrates, bestehend aus Freigewerkschaftlern (Amsterdamer Richtung), Gelben und bürgerlichen Angestellten, einen Antrag an den Preußischen Landtag an, der die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Landtagsabgeordneten Max Lademann verlangt. Dieser Antrag entsprang der politischen Feindschaft der Amsterdamer gegen den Vertreter der Kommunistischen Partei, denen sich zur trauten Einheitsfront gegen die Kommunisten obengenannte Gruppen anschlossen. Der Arbeiterrat verurteilt die Haltung der Mehrheit des Betriebsrates und sieht in diesem Beschluß ein Täuschungs- und Spaltungsmanöver zum Schaden der Belegschaft.

Der Arbeiterrat erklärt, daß er sich mit der politischen Tätigkeit des Abgeordneten Lademann voll und ganz solidarisiert, da sie nur im Interesse der Gesamtbelegschaft liegt."

Ein Provokateur der Krüger-Polizei entlarvt

Hackmann, der Leiter der Ia in Merseburg, wil ein Blutbad organisieren

Donnerstag gegen 22 Uhr wurden einige Genossen Zeugen eines Gespräches, das zwischen einem Merseburger Gastwirt und dem Leiter der Merseburger Kriminalpolizei, Hackmann, stattfand. Das Gespräch war so ungeheuerlich, daß es verdient, der gesamten Oeffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Einwandfreie Zeugen geben es wie folgt wieder:

Hackmann: „Die Freidenkerdemonstration am Sonntag wird einfach ein Skandal."

Gastwirt: „Ihr hattet viel zu wenig Polizei. Solche Demonstrationen müßten überhaupt verboten werden."

Hackmann: „Na, das wird anders! Die schreiben immer über Zörgiebel-Methoden, beim nächsten Mal werden wir sie auch in Merseburg anwenden."

Gastwirt: „Das ist auch notwendig." (!)

Hackmann: **„150 Mann werden an Polizei angefordert, und verlaß Dich darauf: der erste Schuß fällt aus den Reihen der Demonstranten. (!) Dann aber drauf!" (!)**

Gastwirt (schweigt einige Momente).

Hackmann: „Sage mal, kennst Du überhaupt den S.? Der ist der, der auf dem Markte zur Bildung der Roten Arbeiterwehr aufforderte."

Gastwirt: „Ja, der ist mir bekannt, genau sogar."

Hackmann: „Na, den Bruder werde ich mir ganz gehörig vorknöpfen! Der ist in letzter Zeit überhaupt aggressiv geworden. Seine Arbeitsstelle habe ich schon erkundet."

(Es folgten dann noch interne Einzelheiten, die wir aus politischen Gründen vorläufig für uns behalten. Das Gespräch wurde im Beisein von drei Reichsbanner-Leuten geführt. [!])

Das der Tatbestand. Hackmann, der Leiter der Ia in Merseburg, weiß, daß bei einer der nächsten Demonstrationen der erste Schuß aus den Reihen der Demonstranten fällt. Deutlicher konnte sich dieser Provokateur nicht entlarven.

Das sind also die besten Stützen und zuverlässigsten Beamten des „großen Metallarbeiters" Krüger!

Wie mögen die Berichte aussehen, die ein solcher Bursche seiner obersten Dienststelle über uns Kommunisten liefert? Was er nicht herausbekommt durch seine Spitzelei, das ersetzt er durch seine verbrecherische Phantasie. Karriere machen ist bei ihm alles.

Die revolutionären Arbeiter werden ihm das schändliche Handwerk legen. Sie werden ihm und seinen Achtgroschenjungens das Provozieren auszutreiben wissen, und wenn 150 Mann Polizei nach Merseburg kommen. Die Rote Arbeiterwehr wird auf dem Posten sein!

Die Kampffront der Erwerbslosen

Eine Belegschaftsversammlung der Baufirma Riedrich, Chemnitz, zu der die Kollegen restlos erschienen waren, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der sich die Kollegen hinter den Aufruf der Chemnitzer Belegschaft Karl Otto stellt, am Tage vor der Reichstagseröffnung in den Proteststreik zu treten.

Kürzlich demonstrierten zirka 100 Ausgesteuerte in Gotha vor dem Amtszimmer des Bürgermeisters und verlangten Arbeit und Brot. Der Bürgermeister forderte Polizei an. Die Hungernden wichen nicht. Der Wohlfahrtsdezernent mußte zugestehen, daß einstweilen jeder Ausgesteuerte ein 6-Pfund-Brot bekommt. Die Erwerbslosen aber begnügten sich damit nicht, sie verlangen Arbeit und werden nicht ruhen, bis ihre Forderung erfüllt ist.

Zur gleichen Zeit erläßt auch die Generalversammlung der Baugewerkschaft Königsberg i. Pr. eine Entschließung der Königsberger Bauarbeiter. Die Entschließung ist nach außen hin ziemlich radikal gehalten, so daß man genau merkt, daß die reformistischen Führer des Baugewerksbundes ein Ventil für die Massenempörung ihrer eigenen Mitglieder schaffen wollten.

Auf dem Flusse Ussuri beschossen die Chinesen einen Sowjetkutter in der Nähe von Iman. Der Dampfer „Karl Liebknecht" wurde 20 Kilometer von Blagowetschtschensk beschossen; dabei wurden der Kapitän und mehrere Passagiere verwundet.

Die russische Hochseeflotte hält Uebungen in der Ostsee ab. Ein Geschwader von 20 Schiffen kreuzt an der Bornholmer Südküste.

Warum flog der Zeppelin nicht über Moskau?

Wir entnehmen einem Artikel der Moskauer „Prawda" über die „Hintergründe der Zeppelinfahrt" folgendes:

„Die Bevölkerung Moskaus war lange Zeit vorher über Tag und Stunde des Zeppelinfluges in Kenntnis gesetzt. Die Moskauer verhielten sich sehr aktiv, sehr wohlwollend dem deutschen Luftschiff gegenüber. Es fanden sich seltsame Leute, die mit Teekesseln und Ferngläsern bewaffnet, auf den Dächern Umschau hielten. Damit widerlegten die Sowjetangehörigen nochmals die dumme Legende, als seien sie, die Sowjetangehörigen, nach zwölf Jahren der proletarischen Diktatur „träge und uninteressiert".

Eine dumme Legende, denn das brennende Interesse für alle Formen der Technik wächst in der Sowjetunion spontan, unaufhaltsam, überwältigend. Spezielle technische Zeitschriften haben Massenauflagen, die absolut und relativ alle derartigen Erscheinungen in Westeuropa übertreffen. Jeder Artikel, jede Information, jedes Telegramm über Erfindungen auf dem Gebiete der Technik, des Flugwesens, des Kraftverkehrs werden gelesen und unter Teilnahme der breiten Massen auf das aktivste erörtert. Aber dieses Interesse beschränkt sich nicht nur auf die Telegramme. Ist ein Unternehmen wie die Eisfahrt des „Krassin" nicht ein Beweis dafür?

Der Verband für Luft- und Gasverteidigung hat eine Reihe Unterstützungsmaßnahmen für das deutsche Luftschiff eingeleitet und allen seinen Organisationen die Anweisung gegeben, dem Zeppelin in jeder Weise Hilfe zu leisten. Nichts ist mit dem Luftschiff auf dem Sowjetterritorium geschehen. Allerdings konnte es nicht über Moskau fliegen. Das verhinderten, nach deutschen Meldungen, „die sehr starken Winde". Man mußte weit nach Norden ausbiegen. Aber das alles ist nicht so einfach, wie es scheint. Uns kamen von Anfang an Zweifel bezüglich dieser Winde. Wie man weiß, sind sogar für ein gebrechliches Einmotorenflugzeug heutzutage Gegen- und Seitenwinde kein Hindernis. Es bedarf schon ungeheurer Stürme, um die Fahrtroute eines vielmotorigen Luftwunders um beinahe tausend Kilometer abzudrängen. Solch einen Sturm gab es nicht. Was war?

Die schlimmsten unserer Bedenken wurden gerechtfertigt. Aus Berlin wird berichtet, daß Dr. Eckener bewußt den Flug über Moskau und überhaupt über irgendeine der großen Sowjetstädte vermieden hat. Er tat das durchaus nicht aus technischen Erwägungen. Der Korrespondent der „Vossischen Zeitung", irgendein Gustav Kaufer, schreibt:

„Zu unserem Glück nahm Eckener den Kurs weit nach Norden von Moskau, und infolgedessen haben wir das alte, unveränderte Rußland ohne bolschewistischen Stempel gesehen."

Die Herren irren sich, wenn sie glauben, daß Rußland fern von den Städten alt und unverändert geblieben ist. Dem Schein nach — vielleicht. Wälder, Wiesen — sie sind gleich geblieben. Aber sie gehören anderen Herren. Die schönen Gutsbesitzerhäuser, die den Korrespondenten der „Vossischen Zeitung" in seiner Höhe erfreuten, sind durch Dorfsowjets, durch Bauernschulen, durch die Leitung von Kollektivgütern besetzt. Unter uns gesprochen, Herr Kaufer — diese Geschichten auf dem Dorf sind noch viel schlimmer als andere Einrichtungen in der Stadt!

Wir sagen nicht: „Schade, daß Zeppelin keine Notlandung auf dem Sowjetterritorium unternehmen mußte." Nein, das sagen wir um Himmelswillen nicht. Aber . . . wenn etwa . . . eine so traurige Sache . . . es hätte geschehen können — Eckener und seine Passagiere hätten durch eigenen Augenschein den Unterschied zwischen dem zaristischen Dorf und dem Sowjetdorf begriffen.

Aber wenn eine so bedeutenswerte Notlandung stattgefunden hätte, wenn die Dorfjugend herbeigeströmt wäre, um den Luftfahrern zu helfen — dann wäre sie wohl ihrerseits vor Erstaunen verstummt. Denn, hört, was der geschwätzige Vertreter der „Vossischen Zeitung" schreibt:

„Von Moskau an bis hinter dem Ural müssen wir auf allerhand gefaßt sein, was auch durch den Umstand bewiesen wird, daß „Graf Zeppelin" zum erstenmal auf seinen Reisen bewaffnet fährt. Er hat eine ganze Anzahl Jagdgewehre, rund 3000 Schuß Munition und noch andere Waffen für noch ernstere Fälle, als sie Bärenangriffe vorstellen könnten, angeblich auch zwei Maschinengewehre, auf die Reise mitgenommen."

Die deutschen patriotischen Luftfahrer führen mit sich Maschinengewehre und Patronen, und nicht für Bären. Und sie halten sich von den Sowjetstädten fern. Und sie betrachten als den gefährlichsten — im Kampfsinne — Teil der Fahrt die Strecke zwischen Moskau und dem Ural? Was ist das? Eine politische Demonstration . . .

Wir legen keinen Wert darauf, Dr. Eckener, Herrn Kaufer u. Ko. zu überzeugen und zu diskreditieren. Auch ohnedies haben sie ein ziemlich jämmerliches Aussehen — diese kläglichen Imperialisten ohne Imperium, diese Kolonisatoren ohne Kolonien. Mögen die Eckener u. Ko. in national-chauvinistischer Leidenschaft entbrennen. Die ganze Welt weiß ja, daß die Zeppeline in Deutschland gebaut werden, aber nicht für Deutschland. In Tokio hat man darauf hingewiesen, daß die deutsche Luftschiffahrt faktisch Amerika gehört.

Bei uns wird man dem deutschen Volk für die frechen Manöver des anmaßenden Eckener nicht zürnen. Bei uns sympathisiert man mit den Werktätigen Deutschlands für die Meisterwerke, die sie mit Hilfe ihrer herrlichen Technik schaffen. Und man bedauert zugleich die Arbeitsbedingungen, unter denen sie diese Werke schaffen müssen. Hatte, für uns unerträgliche Arbeitsbedingungen.

Wir sind nicht beleidigt. Wir sind nicht hochfahrend. Aber die jenigen, die etwa die Demonstration Eckeners ernst nehmen oder sie zu wiederholen gedenken, müssen wir ernsthaft warnen: Der Weg von Deutschland nach Japan führt immerhin über Moskau. Wenn wir wollen — gewähren wir die Durchfahrt. Wenn wir nicht wollen — gewähren wir sie nicht. Wenn wir wollen — erlauben wir, ohne Landung zu fliegen. Wenn wir nicht wollen — ordnen wir an, daß man auf dem Moskauer Flugplatz landen und die Mütze abzunehmen hat."

Nur wer die Sehnsucht kennt . . .

Im neuesten „Angriff", dem Organ der Berliner Nazis, finden wir folgendes nette Inserat:

Parteigenossin,

27 Jahre, ersehnt tüchtigen Klempner zwecks Heirat. J. Sch. 152.

Was mag's da wohl zu verlöten geben? Ist etwa der Klempner laden eines seligen — ersten — Gatten zu reparieren oder redet die sehnende Nazisse damit, daß ein Klempner im nächsten Stadium bad zuerst einen solchen Laden sein eigen nennen dürfte? Oder ist vielleicht das rassige Gebiß der holden Thusnelda bereits so ramponiert, daß sie keine Margisten mehr fressen kann?

Doch was wollen solche prosaischen Erwägungen angesichts dieses erschütternden Sehnsuchtsrufes besagen! Welcher (noch) freie teutsche Klempner wird sich ihm verschließen können?

Im Namen des großen Adolf — Löter heraus!

„Eine russische Fabrik"

Der mitteldeutsche Sender sendet am 31. August von 19 bis 19.30 Uhr einen Vortrag „Eine russische Fabrik". Im Programmheft steht allerdings für diese Zeit „Turmblasen". Wir wissen nicht, ob das eine bewußte Aenderung ist oder nicht. Jedenfalls weisen wir die Arbeiterschaft auf diesen, natürlich durch die Zensur sehr verstümmelten Vortrag hin. Wir werden darauf zurückkommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0002

Bisher 153 Millionen Raub an den Erwerbslosen

Zur Vorbereitung weiterer Verschlechterungen des Wissellschen Hungergesetzes — Anprangerung der sozialdemokratischen Verlogenheit und Demagogie durch die Kommunisten

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages sollten in der Sitzung am Mittwoch, dem 28. August, die zurückgestellten Paragraphen, die den **Abbau der Arbeitslosenunterstützung für Saisonarbeiter, die Verlängerung der Wartezeit und die Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterstützung** betreffen, beraten und damit die erste Lesung im Ausschuß beendet werden. Der vorgenannte Gesetzeskomplex umfaßt diejenigen Abbaubestimmungen, bei denen durch weitere Verschärfungen das nach der Berechnung der Regierung noch vorhandene Defizit in Höhe von 47 Millionen ausgeglichen werden soll.

Der Vorsitzende des Ausschusses gab zu Beginn der Verhandlungen eine Erklärung ab, in der er sich alle **endgültigen Entscheidungen der Zentrumspartei** bis nach dem Stattfinden der Vollfraktionssitzung am 31. August vorbehielt. Er ließ jedoch deutlich erkennen, daß der von Wissell vorgesehene Leistungsabbau **eine wesentliche Verschärfung erfahren soll.** Deshalb werde die Zentrumsfraktion einen ihrer Vorschläge aus den Verhandlungen der Sachverständigenkommission wieder aufnehmen, nach dem die Höhe der Unterstützung allgemein nach der Beschäftigungsdauer abgestuft werden soll.

Die Einzelforderungen dieses Vorschlages, der außerdem noch

schlechtere Sonderbehandlung der Saisonarbeiter

vorsieht, besagen, daß von der 5. Lohnklasse an die volle Unterstützung nur nach einjähriger Beschäftigungsdauer, nach einer Beschäftigungsdauer von 9 Monaten 75 Prozent der vollen Unterstützung und nach einer Beschäftigungsdauer von weniger als 9 Monaten nur 50 Prozent der vollen Unterstützung gezahlt werden sollen. Das Zentrum rechnet bei der Durchführung dieser Forderungen mit einer „Ersparnis" von 153 Millionen Mark.

Genosse Rädel stellte in seinen Ausführungen fest, daß zweifellos die Absicht auf weitere Verschlechterung des

Wissellschen Entwurfes innerhalb der Regierungsparteien

eine einheitliche sei. Graßmanns Ausführungen trugen lediglich der verlogenen Darstellung über die Rolle der Sozialdemokratie, wie sie Aufhäuser vor den Berliner SPD.-Funktionären gab, Rechnung. Daß die SPD. selbst auf einen scheinbaren Kampf im Sinne der Forderungen, wie sie Aufhäuser in der Versammlung der SPD.-Funktionäre vertreten habe, verzichtet, zeige die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion keinerlei Anträge gegen die zur Beratung stehende **Kernstück der allgemeinen Verschlechterungen**, die der Wissellsche Entwurf bringt, eingereicht habe. In seinen weiteren Ausführungen geht Genosse Rädel auf die verlogene Berichterstattung des „Vorwärts" ein. So habe der „Vorwärts" geschrieben, daß die sozialdemokratische Fraktion für den kommunistischen Antrag auf Einführung des Meldezwanges für offene Arbeitsstellen und Einführung des Vermittlungszwanges durch die Arbeitsämter gestimmt habe. Das Gegenteil ist richtig. Gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien hat die SPD.-Fraktion diesen Antrag niedergestimmt. Im „Vorwärts" vom 28. August wird die Behauptung aufgestellt, daß die Kommunisten für die Beseitigung der Strafbestimmungen für Unternehmer gestimmt hätten. Das Gegenteil ist richtig. Die Kommunisten haben für diese Strafbestimmungen gestimmt, sie fordern sie viel schärfer, als der Entwurf sie vorsieht. Wenn der „Vorwärts" seinem Lügenbericht die Ueberschrift gibt: „Die Kommunisten gegen die Erwerbslosen", so kann dies höchstens derjenige glauben, der sich heute noch mit der Wahlseife Künstlers vom Mai 1928 einseifen läßt.

Die durch die Erklärung des Abgeordneten Esser und durch das Verhalten der SPD.-Fraktion geschaffene Lage im Ausschuß sei ein äußerst lehrreiches Kapitel für die Arbeiterschaft und dürfte auch so manchem gläubigen SPD.-Funktionär zur Aufklärung dienen.

Die Erwerbslosen müssen dem Hungerfeldzug der Unterdrücker den ernsten Willen zum Kampf entgegensetzen. Von der Kräfteentfaltung hängt es ab, ob die notwendigen Erfolge zur Lebensmöglichkeit erzielt werden können.

SPD. verkauft die Saisonarbeiter

Geständnis eines SPD.-Blattes

Hinter den Kulissen verhandeln jetzt wieder die Vertreter der Koalitionsparteien, um sich über alle Einzelheiten des Abbaus der Arbeitslosenunterstützung zu einigen.

Was für Vorschläge die SPD. dabei macht, verrät am 28. August die sozialdemokratische „Volksstimme" Frankfurt am Main, die folgendermaßen schreibt:

„Bei der Saisonarbeiterfrage ist eine Einigung möglich, wenn die freien Gewerkschaften mit ihrem Vorschlag auf der anderen Seite endlich mehr Verständnis finden. Dieser Vorschlag besteht darin, daß für die Unterstützung der Saisonarbeiter während der Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit die Sätze der Krisenfürsorge maßgebend sein sollen, natürlich unter Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung. Das ist ein sehr weit entgegenkommender Vorschlag."

Diesem Eingeständnis muß unter den Saisonarbeitern die weiteste Verbreitung verschafft werden, damit sie in Massen auf den Plan treten und sich wehren.

Bisher hat die SPD.-Presse abgeleugnet, einen Abbau der Unterstützung zu wollen. Nun sind die lügnerischen Sozialfaschisten überführt. Dafür, daß sie ihre Ministersessel und Pfründen behalten dürfen, verkaufen die Sozialfaschisten die Saisonarbeiter, wie sie alle Arbeitslosen verraten.

Den Saisonarbeitern droht nicht nur die Kürzung der Unterstützungssätze bis zur Hälfte und darunter, sondern auch noch eine unerhört verlängerte Wartezeit.

Saisonarbeiter, wehrt Euch! Rechnet ab mit den skrupellosen reformistischen Arbeiterverrätern.

Die Verschuldung der deutschen Gemeinden

Ausgesteuerte Erwerbslose bekommen keine Unterstützung

Nach einem von der Berliner „Volkszeitung" veröffentlichten vorläufigen Ergebnis der Reichsfinanzstatistik betrug die Gesamtverschuldung der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1928 5474,7 Millionen Reichsmark, und in der Zwischenzeit wird die Summe 6 Milliarden schon wesentlich überschritten haben. Die enorme Verschuldung der Gemeinden ist eine Folge des Finanzausgleiches, der alle ausgiebigen Steuererträge den Kommunalverwaltungen entzieht und Reich und Ländern zur Verfügung stellt.

Der Finanzausgleich und die durch ihn bedingte schlechte Finanzlage der Kommunen hat aber noch eine ganz besondere Bedeutung im Zusammenhange der von der Koalitionsregierung mit aller Kraft geförderten allgemeinen Unternehmeroffensive. Den Arbeitslosen, denen die Unterstützung geraubt wird und die doch nicht zu Lohndrückern und Streikbrechern werden wollen, bleibt eine letzte, sei es noch so notdürftige Zuflucht in Gestalt der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge. Je mehr die verfügbaren Geldmittel der Kommunen eingeschränkt werden, desto mehr fällt dieser Rückhalt fort, war doch vor kurzem die **Gemeinde Pirmasens (Pfalz) außerstande, den Tausenden ausgesteuerter Erwerbsloser irgendeine Unterstützung zukommen zu lassen.** Der Finanzausgleich gibt den Reformisten in den Kommunen den bequemen Vorwand, die Unterstützung von Erwerbslosen mit Wohlfahrtsmitteln zu verweigern und sogar vom Staate, damit die Arbeitslosen keine Ansprüche mehr stellen können, eine Beschneidung der als Richtschnur festgesetzten Unterstützungssätze zu verlangen.

An den arbeitenden Massen liegt es, am 17. November bei den Kommunalwahlen den reformistischen Heuchlern im Reich wie in den Kommunen eine klare und eindeutige Antwort zu geben.

Empörung der Königsberger Arbeiterschaft gegen den Abbau der Erwerbslosenversicherung

Die Front der Gewerkschaftsopposition wird immer stärker!

Unter der Arbeiterschaft Königsbergs wächst die Empörung gegen den neuesten Schandstreich der sozialdemokratischen Führer, den Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Am 26. August tagte eine Vertrauensmännerversammlung der Betriebe Königsbergs, zu der von 24 Betrieben Delegationen entsandt worden waren. Nach der Berichterstattung über die schändlichen Pläne, die auf einen Abbau der Erwerbslosenversicherung hinzielen, wurde einstimmig ein Aufruf angenommen, der die gesamte Arbetierschaft Königsbergs am Montag, dem 2. September, zu einer Protestkundgebung auf dem Jahrmarktsplatz aufruft. Eine Reihe von Protesten der einzelnen Betriebe Königsbergs waren ebenfalls auf der Vertrauensmännerkonferenz eingelaufen, die sich ebenfalls aufs schärfste gegen die Politik der Kapitalisten und der sozialdemokratischen Führer in der Frage der Arbeitslosenunterstützung wandten.

Angesichts der großen Empörung der Königsberger Arbeiter erließ der Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Königsberg, an alle freien Gewerkschaften, Betriebsräte, Erwerbslose sowie proletarische Organisationen einen Aufruf, der in knapper Form die unerhörten Verschlechterungen der Abbauvorlage feststellt und die proletarische Oeffentlichkeit auffordert, sich zu einer gewaltigen Protestdemonstration am Montag, dem 2. September, auf dem Jahrmarktsplatz in Königsberg zusammenzuschließen.

Die Verfolgung kommunistischer Funktionäre

Klassenurteil des Reichsgerichts

Vor dem Ferienstraffenat des Reichsgerichts wurde heute gegen den Maurer Bludau aus Königsberg verhandelt, der als Zersetzungsfunktionär (!) wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit einem Vergehen gegen das Republikschutzgesetz angeklagt war. Eine im Januar d. J. bei ihm vorgenommene Haussuchung förderte erheblich belastendes Material zutage, darunter über 200 Exemplare von inzwischen beschlagnahmten, für die Reichswehr bestimmten Schriften. Der Ferienstraffenat plädierte auf Festungshaft von **1 Jahr 6 Monaten** sowie eine Geldstrafe von **150 Mark.** Die Geldstrafe und 7 Monate gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Erkelenz zurückgetreten

(Eig. Meldg.) **Berlin**, 28. August.

Die „Voss. Ztg." berichtet: Abgeordneter Erkelenz, der langjährige Vorsitzende der Demokratischen Partei, ist durch eine schwere Erkrankung gezwungen worden, das Amt des Vorsitzenden, das er seit längerer Zeit bereits faktisch nicht mehr ausüben konnte, nunmehr definitiv niederzulegen.

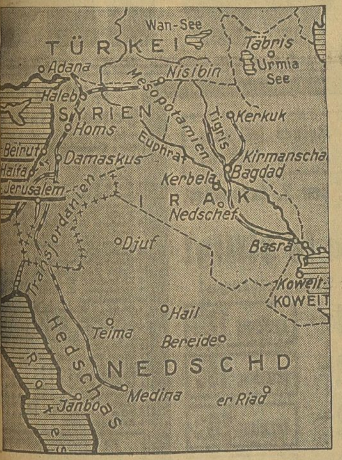
Herr von Gerlach meldet sich

In unserer 1.-August-Nummer brachten wir einige Zitate aus der „Welt am Montag" vom August 1914. In seiner bekannten arroganten Art sendet uns v. Gerlach eine Art Berichtigung ein, in der er feststellt, daß von den angeführten fünf Zitaten nur das letzte unmittelbar aus seiner Feder herrühre. Das ändert aber nichts daran, daß auch die vorhergehenden vier Zitate von dem Geist erfüllt sind, mit dem der sonderbare Pazifist Gerlach 1914 die wilhelminische Kriegspolitik mitmachte. Und darauf kommt es an — verstanden!

Neue Kämpfe bei Jerusalem

Englische Kampfflugzeuge gegen aufständische Araber — Standrecht in Haifa

Seit Mittwoch vormittag ist eine förmliche Schlacht zwischen englischen Regierungstruppen und aufständischen Arabern in Siedlungsgebieten um Jerusalem im Gange. Der Sonderberichterstatter des „Daily Expreß" meldet dazu, daß arabische Scharfschützen, die sich in einem größeren Dorfe auf den Jerusalem beherrschenden Bergen eingenistet hatten, am Mittwochmittag durch britische Truppen, von Panzerwagen und Kampfflugzeugen unterstützt, vertrieben worden seien.



Palästina in Flammen

Ueberſichtskarte über Palästina und seine Nachbarländer

Hunderte von Arabern hätten sich ergeben. Abermals Hunderte seien geflohen und dabei durch niedrigfliegende Flugzeuge mit Maschinengewehrfeuer niedergestreckt worden.

Das ganze Gebiet sei, wie in einem Kampfabschnitt an der Somme während des Weltkrieges, von toten Beduinen übersät.

Die genaue Zahl der Getöteten bei den gestrigen Kämpfen sei noch nicht bekannt. Doch seien die Verluste die schwersten gewesen, die überhaupt bisher während der Unruhen zu verzeichnen wären.

Unruhen in der Umgegend von Haifa wurden von einer Landungsabteilung des Schlachtschiffes Barham unterdrückt. Dieser Landungsabteilung hatten sich etwa 700 zionistische Legionäre angeschlossen.

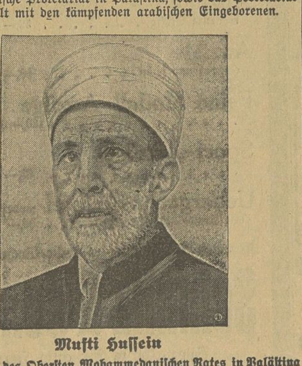
Auf Grund des brutalen Vorgehens der englischen Regierung breitet sich der Aufstand der Araber bereits in ganz Syrien aus. Von überall her rücken arabische Verstärkungen heran, um den Stammesgenossen bei Jerusalem zu Hilfe zu eilen. Der Aufruhr trägt einen typisch antienglischen Charakter.

Die Führer der Aufständischen erklären, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo man sich von den Engländern größere Freiheiten in bezug auf das Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung Palästinas ertrotzen müsse. **Palästina gehöre den Arabern und sei kein Versuchsobjekt für zionistische Utopien.**

In Haifa kam es gestern wieder zu einem Zusammenstoß zwischen Arabern und britischem Militär, wobei nach amtlicher Meldung dreißig Araber erschossen und zahlreiche verwundet wurden. Der englische Henker hat über Haifa den Belagerungszustand verhängt und das Standrecht verkündet.

Inzwischen legt der Zionismus seine Maske offen ab. Unter der Führung Jabotinskis, der seinerzeit schon mit dem Weißgardisten Petljura gemeinsame Sache machte, führt die „Jüdische Legion", deren antiarabische Demonstration in Jerusalem der direkte Anlaß des Aufstandes war, den Kampf gegen die Araber. Ihre amerikanische Sektion hat sich an den britischen Botschafter in Washington gewandt und verlangt, in den Kampf gegen die Araber eingesetzt zu werden.

Die internationale Arbeiterschaft begrüßt auf das lebhafteste die heldenhaften Kämpfe, die die arabische Bevölkerung gegen die Zionisten, diese Zutreiber und Agenten der englischen Imperialisten, in Palästina führen. Gemeinsame Klasseninteressen verbinden das jüdische Proletariat in Palästina, sowie das Proletariat der ganzen Welt mit den kämpfenden arabischen Eingeborenen.



Mufti Hussein

der Vorsitzende des Obersten Mohammedanischen Rates in Palästina und Führer der Araber

...Frische allein genügt nicht

Reich an Genuß und gehaltvoll soll „unser täglich Brot" — *und was dazu gehört!* — sein. Nicht *nur* frisch. Also bitte, nehmen Sie *Fri-Ho-Di*, die ist nicht nur frisch, sondern wird auch noch **mit dickem, süßem Rahm zubereitet.** / Die wertvollsten und teuersten Zutaten sind uns für *Fri-Ho-Di* gerade gut genug. Und doch kostet *Fri-Ho-Di* nur wenig mehr als gewöhnliche Margarine. Holen Sie sich noch heute ½ Pfund für 60 Pfennige zur Probe; Sie werden angenehm überrascht sein. Es gibt nichts Gleichwertiges für weniger Geld.

Fri-Ho-Di

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0003

Es lohnt sich

schon jetzt diese

Herbstschlager

zu kaufen

Ottomane Mäntel
mit modernem Plüschkragen, halbgefüttert, Rücken mit Steppesteppereien und Gürtel
Stück **11,75**

Damen-Mäntel
aus englischem gemustertem Stoff mit Seidenpalse, großer, feicher Plüschkragen, mit aufgelegten Taschen und Gürtel
Stück **19,50**

Popeline Kleid
reine Wolle mit Steppesteppereien, Rock mit eingelegten Falten
Stück **6,95**

Tanz-Kleider
aus kunstseidenem Taffet, Stilform, in lichten Farben
Stück **7,50**

Filz-Gamins
für Backfische und Kinder in den Modefarben
Stück **2,75**

Filz-Hüte
jugendliche u. Frauen-Formen sehr kleidsam
Stück **3,75**

Weiße Herren-Oberhemden
mit gemusterten Einsätzen
Stück **2,75**

Crêpes de chine
reine Seide
ca. 100 cm breit
hell- und dunkelfarbig
Meter **2,95**

Kunstseiden
für Kleider
bedruckt, moderne Muster
Meter **0,75**

Binde-Kragen
aus Wolle mit Valenciennes-Spitze
Stück **0,88**

Kleid. Popelines
doppeltbreit
moderne Farben
Meter **1,40**

Kleider-Samt
bedruckt
„die große Herbstmode"
68/70 cm breit
Meter **2,25**

Foto-Abteilung
8 Reihenbilder in verschiedenen Stellungen . . 90 Pf.
Amateurarbeiten
Entwickeln
Abzüge
Als Größte 13×18 Platte . . . 10 Pf.
Kollitipe . . . . . 6 Stück 60 Pf.
4½×6 10 Pf. 9×12 15 Pf.
6×9 10 Pf. 13×18 35 Pf.

J. LEWIN

Walhalla

Dir. O. Kleinhanns Tel. 283 85
Beginn: 20 Uhr
Nur noch heute und morgen:
Der stürmische Erfolg
Die gr. Ausstatt.-Revue-Operette
„Der Soldat der Marie"
in 25 Bildern Musik von Leo Slezak
60 Mitwirkende
Ab Sonntag, 1. September:
Sensations-Gastspiel der großen Berliner Ausstattungs-Revue
„Die verfixte Liebe"
in 24 singenden, klingenden Bildern von Jansen Jacobs 2230
Die Revue der schönen Frauen!
Die Revue der Stars!
60 Mitwirkende! Prachtausstattung!
Die internationale Tanzattraktion
Jansen Jacobs — Nutta Nikiopa
vom Salala-Theater Kopenhagen
und weitere Ueberraschungen
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.

Volkshaus, Eisleben

VI. Abonnements-Konzert
(Streichmusik)
findet am Sonnabend, dem 31. Aug., abends 8 Uhr, statt. Bei ungünstigem Wetter im Saale [2210
Anschließend Tanz

Sonntag, d. 1. September, im Schützenhaus Klein-Wittenberg
Box-Kämpfe
Larich, Berlin — Eiche, Wittenberg
Anfang 20 Uhr Eintritt 60 Pf.
Vor und nach den Kämpfen
Ball 2228
Anfang 16 Uhr (s. auch morgen im Sportteil)

Werbt für den Klassenkampf

Stadt-Theater

Heute, Freitag 19,30 bis 23,30 Uhr 1. Vorstellung für Freitag-Abonnenten
Rienzi 2226
Oper v. R. Wagner
Sonnabend 20 bis 23 Uhr
Die Räuber
Schauspiel von Friedr. Schiller

Prima
Fleisch- und Wurstwaren 2218
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei Weißenfels,
Fischgasse 1

Arbeit.-Sport-Vereinigung „Ludwig Jahn" Eisleben E. V.
Sonntag, den 1. September, von 19 Uhr an im „Volkshaus":
Tanzvergnügen
Hierzu ladet alle Mitglieder und Gäste ein
2229 Der Vorstand

Richard Hirschfeldt
Wittenberg 2215
Collegienstr. 22 Mittelstr. 51
Ständig größte Auswahl in moderner Herren- u. Knaben-Kleidung
● Alleiniger Lieferant ●
der Konsumvereine GmbH., Wittenberg u. Umg., Elster und Jessen 60

Max Werner
Wittenberg, Heubnerstraße Nr. 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
2216 **Fleisch- und Wurstwaren**

Capsapon
2214 bestes Mittel gegen Gicht und Rheumatismus empfiehlt die
Adler-Apotheke, Wittenberg

Werbe-Woche

Keiner soll das Zahlen spüren!

vom Freitag, den 30. August, bis Sonnabend, den 7. September, wie immer:

Teilzahlung und trotzdem so billig!

Während dieser Verkaufs-Veranstaltung bieten wir Außergewöhnliches!

Anzüge moderne Stoffe	52,— 45,— 39,—	34-	Anzahlung 12-M
Anzüge elegant und schön	68,— 62,— 59,—	52-	Anzahlung 15-M
Feine Modell-Anzüge	120,— 112,— 95,—	82-	Anzahlung 20-M
Sport-Anzüge	72,— 65,— 54,—	45-	Anzahlung 15-M
Uebergangs-Mäntel mit Rund- und Rückengurt moderne Formen	85,— 72,— 64,—	52-	Anzahlung 15-M

Kommen Sie in unserer Werbe-Woche, Sie sollen billig kaufen und doch gut

Schmitz & Co., Halle a. S., Neumarktstraße 6

Spezialhaus für gute Herren- und Knaben-Kleidung 2204

Seifen- und Haushalt-Artikel
kaufen Sie bei dieser Qualität bei
000 g Oranienburger Ia. . . . . .
4teilige Alo-Riegel, nur . . . . . .
4 Riegel Kernseife . . . pfennig
5 Handtücher (sehr günstig) . . . . .
1 Pfund Elain-Fettseife . . . . . .
3 Lamberts Seifenpulver a 1 Pfund
1 Alo-Gold-Seifenpulver, 50% und
1 Pfd. Elain-Fettseife u. 1 Pfund
3 Lamberts Waschdichte, à 6 Pf.
welche Ihnen bei der Wäsche die größten Vorteile bietet, wo
4 Pakete Zündhölzer . . . . . .
5 Rollen Klo-Papier, Krepp . . . .
5 Rollen Butterbrotpapier . . . . .
1 Waschseife, 10 Meter . . . . . .
1 Waschseife, 20 Meter . . . . . .
3 Scheuertücher . . . . . .
1 Glanz-, 1 Wichse od. Auftragebürste
1 Dose Schuhcreme . . . . . .
1 Einkaufs-Netz, Seide u. Bindfaden
und 1 Paket Lamberts Seifenpulver
1 Flasche Mapol . . . . . .
1 Pfund Bohnermasse, lose . . . .
1 Alo-Mop . . . . . .
1 Alo-Handmop . . . . . .
1 Wäschebrett . . . . . .
Strandbesen . . . . . .
nadelnde Fahrräder . . . . . .
4 Stück Harpuchile-Seife . . . . .
4 Stück Fliederseife . . . . . .

Die konkurrenzlosen Seifenblumen
6 Stück Blumenseife . . . . . 95 Pf.
5 Stück Blumenseife . . . . . 95 Pf.

Auf Palmolio-Rasiercreme ein Rasierapparat mit Klinge gratis!

Große Auswahl in Bürsten
Auf diese Artikel und Preise noch 4% Rabatt

Arthur Lambert
Halle: Steinweg 5, Breitgarten (Kaufhaus Bernburger Str. 29, Bitterfeld: Tr. Str. 68, Torgau: Fischerstr. 20, Wittenberg, Pleßerstr., Annaburg, Elsterwerda

Hausfrauen
berücksichtigt unsere Inserenten

Qualität bei niedrigster Preisstellung
darauf kommt's an!

2232
Feinfarbige Damen-Spangenschuhe
mit Block- und Louis-XV.-Absatz . . . . . .
Paar 10,90 8,90 **7,90**

Herren-Halbschuhe
weiß gedoppelt, braun und Lack . . . . . Paar **9,90**

Herren-Halbschuhe
braun und schwarz Boxcalf u. Lack . . . . . Paar **12,50**

Herren-Halbschuhe
Rahmenarbeit, in braun Boxcalf, Lack und schwarz, Erfurter Rahmenarbeit . . jedes Paar **16,50**

Wiebach
SCHUHWARENHAUS
nur Leipzigerstraße 101

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0004

Der proletarische Reporter
Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Der Henker der Vereinigten Staaten

15 700 Dollars für 140 Menschenleben

John Hulbert trägt die offizielle Amtsbezeichnung eines beamteten elektrischen Scharfrichters der Vereinigten Staaten. Er ist seit zwölf Jahren der Henker des Staates Neuyork und „rühmt" sich, im Laufe dieser Zeit nicht weniger als 140 Menschen ins Jenseits befördert zu haben. Bis zum Jahre 1917 war Hulbert kleiner Beamter in der Gefängniskanzlei. Als der damalige Scharfrichter Davis plötzlich erkrankte und sein Amt niederlegen mußte, erklärte sich John Hulbert bereit, sein Amt zu übernehmen.

Sein erstes Honorar betrug 50 Dollars für jede Hinrichtung.

Es wurde aber von Fall zu Fall erhöht und erreichte nach zwei Jahren eine Höhe von 150 Dollars. Vor einiger Zeit reichte Hulbert ein Gesuch ein und bat um Erhöhung seines Hinrichtungshonorars auf 250 Dollars, was aber abgelehnt wurde.

Hulbert unterscheidet sich in seinem Aeußeren durch nichts von einem gewöhnlichen Beamten irgendeiner Behörde. Es genügt aber, seinen Namen zu nennen, um bei Gefängnisbeamten wie bei Gefangenen ein Gefühl des Ekels auszulösen. Niemand will ihm die Hand geben; ein Gefängniswärter erzählt, daß er einen Herzkrampf erlitten habe, nachdem Hulbert ihm die Hand gedrückt hatte. Jeder dreht sich um, wenn er Hulbert im Korridor des Gefängnisses begegnet, und sogar der Direktor von Sing-Sing, Mr. Laws, weicht dem Scharfrichter bei jeder Gelegenheit aus.

Hulbert ist in ganz Neuyork bekannt, da seine Bilder oft in Zeitschriften erscheinen. Einmal geschah es, daß sich ein ganzer Straßenbahnwagen leerte, als Hulbert einstieg. Hulbert rühmte sich seiner Kaltblütigkeit, wovon er in zahlreichen Interviews erzählt.

Oft setzt er sich in dasselbe Auto, in dem die Leichname seiner Opfer fortgeschafft werden.

Einmal geschah es, daß Hulbert an einem guten Bekannten, einem gewissen Leo Salwadowski, der seine Frau ermordet hatte, das Todesurteil vollstrecken mußte. Der Todeskandidat ließ am Tage vor der Hinrichtung den Scharfrichter in die Zelle kommen und fragte ihn, ob er wirklich den Mut habe, einen guten Bekannten gegen ein Honorar von nur 150 Dollars zu töten. „Das Gesetz befiehlt es," erwiderte der Scharfrichter, „wenn ich es ablehne, tut es ein anderer."

Auch während der Hinrichtung Salwodowskis zeigte er die größte Ruhe. Während der Todeskandidat an den Stuhl geschnallt wurde, näherte sich Hulbert dem Delinquenten und sagte ihm etwas leise ins Ohr. Salwadowski erwiderte ihm mit ruhiger Stimme: „Erfülle Deine Pflicht, Hulbert."

Der Henker verschwand hinter dem Wandschirm und schaltete den Strom ein.

Eine Minute später schnallte er, scheinbar völlig unberührt, den Leichnam ab und ging zum Essen . . . Für 140 Menschenleben hat Hulbert, der ein festes Gehalt bezieht, im ganzen 15 700 Dollars an Sondergebühren bekommen.

Seine elf Kinder umgebracht?

Unter dem Verdacht, elf seiner Kinder ermordet zu haben, steht der 51jährige Landwirt Augustin aus einem Dorf in der Nähe von Lyon. Augustin war Anfang Juli verhaftet worden, weil er wenige Tage nach dem Tode seiner Frau seine 14jährige Tochter mißbraucht hatte. Im Laufe der Untersuchung wurde festgestellt, daß von den 22 in den Geburtsregistern eingetragenen Kindern nur noch sechs lebten. Da Augustin nur den Tod von fünf Kindern angemeldet hat, ist die Polizei geneigt, den unter der Bevölkerung des Ortes umlaufenden Gerüchten Glauben zu schenken, daß Augustin die übrigen elf Kinder kurz nach der Geburt ermordet und die Leichen im Garten seines Hofes verscharrt hat. Das Gericht hat Nachgrabungen angeordnet.

Profitopfer der Kohlenmagnaten

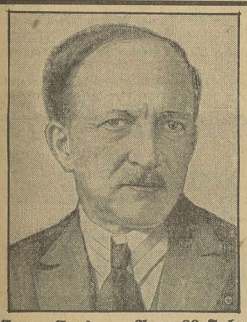
Auf der Hohenlohegrube verunglückten zwei Grubenarbeiter infolge Zusammenbrechens einer Strecke. Sie konnten beide nicht mehr lebend geborgen werden

Schweres Sprengunglück

An der Neckarbaustelle ging bei Sprengarbeiten ein Schuß vorzeitig los; hierdurch wurden vier Arbeiter teils schwer, teils leicht verletzt, einer der Arbeiter ist inzwischen gestorben.

Panzerkreuzer-Müller erholt sich

Nach Bühlerhöhe ist Müller gereist, um sich von den „Strapazen" als Reichskanzler auszuruhen. In seiner Gesellschaft befindet sich der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher (in der Mitte) und dessen Gattin. Hier wird Müller neue Pläne aushecken zur politischen Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung.



Dr. Georg Graf von Arco 60 Jahre alt

Am 30. August feiert Graf Georg Arco, der große Erfinder und Pionier des deutschen Rundfunkwesens, seinen 60. Geburtstag. Graf Arco, der seit 1903 Direktor der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken) ist, schuf in unermüdlicher Arbeit die technischen Vorbedingungen für den Ausbau der drahtlosen Telegraphie und Telephonie.

Das Hochwasser des Indus

Das Hochwasser des Indus hat zahlreiche Dörfer zerstört und die Ernte vernichtet. Man befürchtet, daß ungefähr 300 Menschen ihr Leben verloren haben. Ein Telegramm aus Attock besagt, daß zahlreiche am Ufer des Flüsse Indus und Kabul gelegenen Dörfer von dem Hochwasser weggeschwemmt wurden. Viele Personen sollen dort ums Leben gekommen sein. Die Straßenverbindung zwischen Peshawar, Rawalpindi und Kaschmir ist durch Erdrutsche und Ueberschwemmungen unterbrochen. Die Regierung von Pundschab hat die Bevölkerung aufgefordert, sich auf eine Ueberschwemmung vorzubereiten, wie man sie noch nicht gesehen hat.

Riesenbrand in Neuyork

Drei Tote und elf Verletzte

Bei dem Brande einer vierstöckigen Mietskaserne in der unteren Stadt sind drei Personen verbrannt und elf verletzt worden. Eine große Anzahl Menschen sind gefährdet worden, konnten aber in Sicherheit gebracht werden.

200 Zentner Korn auf der Straße

In Prizwalk kam es zu einem eigenartigen Zwischenfall. Im oberen Stockwerk der Stadtmühle war ein Fenster gesprungen und in kurzer Zeit rieselten zweihundert Zentner Korn auf die Straße hinab und bedeckten den Bürgersteig und die Fahrstraße bis zu einer Höhe von eineinhalb Metern. Zahlreiche fleißige Hände beseitigten das „Verkehrshindernis".

Raubüberfall auf zwei Kassenboten

Zwei Kassenboten der Hannoverschen Landesbank wurden auf dem kurzen Wege von der Reichsbank nach der Hannoverschen Landesbank auf belebter Straße von Banktäubern überfallen. Der eine riß dem einen Kassenboten die Geldtasche aus der Hand, der andere schoß den um Hilfe Rufenden mit einer Browningpistole nieder. Ehe jemand zu Hilfe eilen konnte, waren die Räuber bereits in ein Auto gesprungen und davongefahren. Es handelt sich nach der Autobezeichnung um einen Hamburger Wagen. Der eine Kassenbote mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Der geraubte Betrag beziffert sich auf 60 000 Reichsmark.

20 Scheunen und 2 Wohnhäuser niedergebrannt

In dem Dorfe Wormsfelde bei Landsberg a. d. Warthe brach ein Feuer aus, das sich mit Windeseile über das ganze Dorf verbreitete und innerhalb weniger Stunden fast 20 Scheunen und zwei Wohnhäuser vernichtete. Der Schaden ist groß.

Großer Fabrikbrand

In den Hansa-Werken in Westerwenhe, Kreis Uelzen, die sich mit der Herstellung von Fußbodenbelag und Isolierstoffen aus Korkplatten befassen, brach ein Brand aus, der in dem in der Fabrik lagernden Kork reiche Nahrung fand. Die Fabrikgebäude standen bald in ihrer ganzen Ausdehnung in Flammen. Mehr als 1000 Kubikmeter Kork sind verbrannt.

Eine ganze Familie an Pilzvergiftung erkrankt

Die Familie des Buchhänders Croner in Erlangen ist nach dem Genuß von selbst gesammelten Pilzen schwer erkrankt. Ein dreijähriger Sohn ist gestorben. Der Zustand des Vaters ist gleichfalls sehr ernst, dagegen befinden sich die Mutter und ein zweiter Sohn auf dem Wege der Besserung.

Brand in der Hardtmuthschen Bleistiftfabrik

Durch Selbstentzündung brach in der Zelluloidabteilung der Bleistiftfabrik von L. C. Hardtmuth in Budweis ein Feuer aus, das alsbald große Ausdehnung annahm. Der Brand gestaltete sich sehr gefahrdrohend, da auch das Magazin, das zur Einlagerung von Spiritus, Aether und Oel dient, Feuer gefangen hatte. Gegen zehn Personen wurden verletzt, darunter einige schwer.

Unfall eines Postautomobils

In der Nähe von Memmenhausen stürzte ein Postautomobil über die Straßenböschung. Von den Insassen des Wagens, der voll besetzt war, wurden sieben Personen verletzt, davon eine schwer.

Schwerer Unfall in einem italienischen Steinbruch

Durch Absturz eines Steinblocks von ungefähr 1000 Tonnen Gewicht wurden in einem Steinbruch bei Messina zwei Arbeiter zerschmettert, während zwei andere schwer verletzt wurden.

Folgenschwerer Gerüsteinsturz

Beim Neubau eines Schulgebäudes in Domdrowa stürzte ein Gerüst ein. Dabei stürzten drei Männer aus einer Höhe von drei Stockwerken ab. Einer blieb tot liegen, während die anderen schwere Verletzungen davontrugen.

Vier Todesopfer eines Flugzeugabsturzes

Ein von dem deutschen Flieger Arthur Schneider gesteuertes Junkers-Flugzeug stürzte in Cochabamba (Bolivien) ab, fiel auf einen Straßenbahndraht und verbrannte. Der Führer, der Mechaniker und zwei Passagiere wurden getötet.

Zusammenstoß zwischen Auto und Triebwagen

Beim Zusammenstoß eines Autos mit einem Eisenbahntriebwagen wurden in Banerost vier Frauen überfahren und getötet.

Die Opfer der Cholera in Bombay

Seit der letzten Juniwoche sind in den verschiedenen Distrikten der Präsidentschaft Bombay mehr als 11 000 Fälle von Cholera festgestellt worden. Davon verliefen 4272 tödlich. Sechs Beamte des Gesundheitsdienstes der Regierung sind in den betroffenen Gebieten tätig.

Großfeuer im Berliner Westen

13 Feuerwehrleute verletzt — Zwei tödlich verunglückt

Am Kurfürstendamm in Berlin brach am Mittwochfrüh in einem Dachstuhl Feuer aus, das bald großen Umfang annahm. Gleich zu Beginn der Löscharbeiten wurden drei Feuerwehrleute von einer Stichflamme erfaßt und von den anderen Löschtrupps abgeschnitten. Mit Brandwunden bedeckt und halb erstickt konnten sie erst nach großen Anstrengungen geborgen werden. Kurz darauf stürzte eine Decke ein, einen Löschtrupp unter sich begrabend. 6 Schwerverletzte und ein Leichtverletzter wurden aus den brennenden Trümmern geborgen. Während der Aufräumungsarbeiten kamen dann noch weitere Feuerwehrleute durch Brandwunden und Rauchvergiftung zu Schaden, so daß sich die Zahl der Verletzten auf insgesamt 13 erhöhte. Der schwer verletzte Feuerwehrmann Klemm ist gestern morgen im Hildegard-Krankenhaus in Wilmersdorf gestorben, ebenfalls ist der schwer verletzte Brandmeister Meissner im Schöneberger Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Ein Oberfeuerwehrmann liegt schwer darnieder. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Dieser Hausbrand zählt mit zum größten Berlins.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0005

Stadt Halle

30. August 1929.

„Volksblatt"-Denunzianten

Die Schmierfinken im „Volksblättchen" benutzen den am Dienstagabend auf dem Riebeckplatz erfolgten Polizei- und Faschistenüberfall auf die demonstrierenden Jungarbeiter zu einer dreckigen Hetze gegen den Kommunistischen Jugendverband. In einem mit der Ueberschrift „Prügel-Demonstranten" versehenen Artikel werden die jungen Arbeiter aufs gemeinste verleumdet und als ein „wild durcheinanderschreiender Haufen" bezeichnet. Weiter wird die unverschämte Behauptung aufgestellt, daß die Jugendlichen den am Riebeckplatz Verkehrsdienst tuenden Polizeibeamten niedergeschlagen und mit extra zurechtgemachten Transparentlatten sowie mit Hörnern der Spielleute aufs schwerste mißhandelt hätten.

Der Zweck eines solchen verlogenen Geschreibsels ist nur allzu durchsichtig. Die hallischen Sozialfaschisten denunzieren die revolutionären Jungarbeiter absichtlich bei der Polizei, um die am Sonntag anläßlich des 15. Internationalen Jugendtages geplante Demonstration entweder unmöglich zu machen oder um zu erreichen, daß auch diese Demonstration gestört wird, damit es zu weiteren Zwischenfällen kommt. Diese sozialdemokratische Lumperei ist umso größer, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Internationale Jugendtag nun schon seit 15 Jahren stattfindet und eine feste revolutionäre Tradition in der Geschichte der Arbeiter-Jugendbewegung hat. Diese Herrschaften haben anscheinend vergessen, daß auch ihre eigene Jugend während des Krieges an diesem Tage demonstrierte und das rote Banner der revolutionären Jugendbewegung stets gegen alle feigen Ueberfälle und Angriffe seitens der Reaktion verteidigte. Es ist nicht notwendig, die verlogenen Behauptungen des „Volksblatt" zu widerlegen. Die Werbedemonstration des Kommunistischen Jugendverbandes am vergangenen Dienstag verlief in voller Disziplin und die revolutionären Jungarbeiter besitzen genug proletarisches Verantwortungsgefühl, um alles zu tun, damit irgendwelche Zwischenfälle unterbleiben. Sie wird auch am kommenden Sonntag während der Massendemonstration, an der sch auch die erwachsene Arbeiterschaft beteiligen wird, für eine disziplinierte Durchführung des Aufmarsches Sorge tragen und sich von keinerlei Provokateuren faschistischer und sozialfaschistischer Couleur aus der Ruhe bringen lassen.

Festgestellt sei aber noch, daß der „Volksblatt"-Artikel eine offene Denunziation der Jungarbeiter darstellt, was in folgendem Satz zum Ausdruck kommt: „Das wird man sich merken müssen wenn es heißt, für diese Heldentaten auch die Verantwortung zu übernehmen."

Es wird nämlich behauptet, daß der Polizeibeamte und auch der Straßenbahnführer, der sich in gemeinsten Beschimpfungen gegenüber den jungen Arbeitern erging, ohne irgendwelchen Grund absichtlich verprügelt worden seien. Unparteiische Zeugen, die dem Vorfall am Dienstag beiwohnten, haben selbst geäußert, daß den demonstrierenden Jungarbeitern keinerlei Schuld zugesprochen werden kann.

Wir nageln hiermit die erbärmliche Handlungsweise des Denunziantenpacks aus der Märckerstraße fest. Die revolutionäre Jugend wird diesen Kreaturen noch rechtzeitig die gebührende Antwort zu erteilen wissen. Trotz aller Hetze, Denunziationen und Provokationen lautet die Parole für die gesamte hallische Arbeiterschaft:

Heraus zum Massenaufmarsch am Sonntag!

Achtung, hallische Buchdrucker!

In der heute abend stattfindenden Buchdruckerversammlung soll unter anderem auch über den Ausschluß des Genossen Wilhelm Barnack aus dem Verband entschieden werden. Die nötigen Vorarbeiten sind von den Drahtziehern schon getroffen.

Die hallischen Buchdrucker müssen sich absolut klar darüber sein, daß es sich hier nicht um die Abstimmung über die Person des Genossen Barnack handelt, sondern, daß hier eine politische Abstimmung erfolgt. Es soll der Einfluß der KPD. im Buchdruckerverband vernichtet werden. Alle Versuche, die Abstimmung als eine harmlose, persönliche, unpolitische Sache hinzustellen, scheitern an dem Stande des offenen Kampfes zwischen Reformisten und Gewerkschaftsopposition, wie er zurzeit ist.

Der Vorstand des Ortsvereins hat am Dienstag den Ausschluß bereits beschlossen. Der Genosse Barnack soll den Verband geschädigt haben (§ 10 Abs. 2 des Statuts). Die Schädigung wird darin erblickt, daß er angeblich dem Korrektor Niebenstahl gekündigt haben soll. Diese Kündigung soll eine „politische Maßregelung" darstellen, weil dieser auf dem Verbandstag der Buchdrucker gegen die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen kommunistischen Buchdrucker gestimmt hat.

Niebenstahl weiß ganz genau, daß der Genosse Barnack gar keinen Einfluß auf die Kündigung hat, weil die Leitung der Produktiv-Buchdruckerei gar nicht in seinen Händen liegt. Niebenstahl weiß ferner genau, daß die Kündigung wegen Arbeitsmangels erfolgt ist. Niebenstahl wird es keinem Buchdrucker weismachen können, daß sein Ausschlußantrag gegen den Genossen Barnack, welcher 31 Jahre Mitglied des Buchdruckerverbandes ist, etwas anderes darstellt als einen elenden Racheakt. Niebenstahl wird auch keinem Arbeiter plausibel machen können, daß er aus anderen Motiven handelt als denen, sich bei der Gewerkschaftsbürokratie beliebt zu machen durch Materiallieferung gegen die verhaßte KPD., um seine Tüchtigkeit für einen Posten im Buchdruckerverband zu beweisen. Anders ist es nicht möglich, das Vorgehen von Niebenstahl zu erklären, eines Mannes, dessen Verhalten in den vergangenen Jahren seiner Tätigkeit als Korrektor sehr häufig die Möglichkeit zu einer fristlosen Entlassung gegeben hätte, der aber gerade von dem Genossen Barnack immer wieder gehalten wurde. Wir glauben, daß die Mehrzahl der hallischen Buchdrucker erkennen wird, was hinter diesem Vorgehen gegen den Genossen Barnack steckt.

Die SPD., die sich heute über die schändliche Rolle Niebenstahls freut, wird auch ihn behandeln nach dem Grundsatz: „Man liebt den Verrat, aber nicht den Verräter!" — und das ist Niebenstahl!

Großfeuer in der Geiststraße

Gestern nachmittag um 14.19 Uhr wurde die Feuerwehr durch Feuermelder und fernmündlich nach dem Grundstück Geiststraße 55 gerufen, woselbst die Dachstühle eines Seiten- und eines Quergebäudes in Flammen standen. Es handelte sich um alte Fachwerkhäuser, welche Wohn- und Lagerzwecken dienen. Die ersten über die Treppenhäuser vorgehenden Schlauchtrupps fanden die Bodenzugänge brennend vor.

Gefahr einer Weiterverbreitung des Brandes auf Nachbarfachwerkhäuser bestand, so daß auch auf dem Grundstück Geiststraße 54 sowie Harz 6/7 Schlauchleitungen gelegt werden mußten. Nach einstündiger Tätigkeit wurde das Großfeuer durch Einsatz von sechs Schlauchleitungen und einer mechanischen Leiter gelöscht. Um 16.35 Uhr waren die Aufräumungsarbeiten beendet. Der Brand ist durch Spielen von Kindern mit Streichhölzern entstanden.

Lastkraftwagen gegen Bahnschranke

Gestern mittag um 1 Uhr fuhr der Lastkraftwagen I M 37096, Führer Teichmann aus Dieskau, in die für D-Zug 140 geschlossene Wegeschranke der Bude 13 bei der Abzweigung At an der Artilleriestraße. Die Schranke wurde beschädigt. Personen sind nicht verunglückt. Nach Angabe des Führers hat er das Unglück selbst verschuldet.

Sozialreaktionäre Vorstöße gegen die AOK.

Einheitsfront von Sozialdemokraten, Gelben und Unternehmern

Bereits gestern berichteten wir allgemein über die Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Halle. Ueber den Verlauf derselben muß besonders erwähnt werden, daß der Vorsitzende Zwanzig (Christliche Gewerkschaften) das Projekt des Architekten Knauthe lobend erwähnte. Die Bausachverständigen, die den Entwurf des Architekten Knauthe prüften, haben ihn als einen erstklassigen bezeichnet. Urteile in dieser Richtung gaben auch der Baurat Jost und Dr. Kitzschmann ab. Die Genehmigung des Finanzierungsplanes zu dem Verwaltungsneubau ging ziemlich reibungslos vor sich, trotzdem Krüger von den Christlichen in der Vorbesprechung der Versichertenvertreter, einen Sabotageakt angekündigt hatte, der ihm schwer zu stehen gekommen wäre.

Ein kleines Intermezzo gab es in der Frage der Baukommission. Direktor Buchmann unternahm gegen den Vorstand einen Vorstoß. Letzerer hätte nicht die Baukommission bei der Inangriffnahme des Neubaues hinzugezogen. Er beantragte, daß dies baldigst geschehen möge. Hiergegen wandte sich der Versichertenvertreter Somiewski (KPD.). Er wies darauf hin, daß die Baukommission vom Ausschuß nur gewählt worden sei, um den Ankauf eines Grundstückes vorzunehmen.

Diese Arbeit ist erledigt worden und somit hat die Baukommission keine Daseinsberechtigung mehr.

Die Arbeitgeber haben in der Vergangenheit bewiesen, daß sie durch diese Kommission nur die Arbeit des Krankenkassenvorstandes hemmen wollten. Da der Antrag vom Vorstand vorlag, die Baukommission aufzulösen, da sie statutenwidrig sei, wurde dem entsprochen.

Gebt Quartiere zum 1. September!

Wie alljährlich, so findet auch diesmal am 31. August und am 1. September der 15. Internationale Jugendtag als eine Kampfveranstaltung der revolutionären Jugend in Halle statt. Da eine große Anzahl junger Arbeiter bereits für den Sonnabend gemeldet sind, so ergeht der Ruf an die hallische Arbeiterschaft, Quartiere für diese jungen Genossen und Genossinnen bereitzustellen.

Erwähnt soll hierbei noch werden die Einstellung des Geheimrats Finger vom Versicherungsamt zur Frage des Neubaues. Monatelang hat die hallische Presse über den Kauf oder Nichtkauf des „Pfälzer Schießgrabens" geschrieben. Die Oeffentlichkeit wurde laufend über die Angelegenheit unterrichtet. Auch erhielt Geheimrat Finger die Protokolle von den Ausschußsitzungen der AOK. Als er nun zu der Grundsteinlegung des neuen Gebäudes der Krankenkasse vom Kassenvorstand eingeladen wurde, lehnte er ab, zu erscheinen. Seine Begründung dafür war, daß er nicht wisse, was dort eigentlich vor sich gehen solle und ob der Neubau nur dazu diene, eine 7 bis 10 Zimmer große Direktorwohnung zu schaffen. Diese spitzfindigen Bemerkungen des Geheimrats Finger lassen erkennen, mit welchem reaktionären Geist dieser Herr behaftet ist. Gegen diesen Bürokratismus wandten sich die Versichertenvertreter, ausschließlich der Sozialdemokraten. Diese mußten als treue Staatsstützen und heftige Gegner des Krankenkassenvorstandes selbstverständlich eine Attacke gegen denselben reiten. Sie merkten gar nicht, welch' lächerliche Figuren sie dabei abgaben.

Besonders der monotone SPD.-Vielredner Schmidt spielte den „Gewissenhaften".

Seit einiger Zeit versucht dieser Schwätzer sich bei seinen oberen Parteifreunden beliebt zu machen. Jede Gelegenheit, und ist sie noch so dumm, muß dafür herhalten. Die richtige Antwort darauf hat er erhalten, denn wer für den reaktionären Oberbürgermeister Rive ist, kann sich nicht gegen den Geheimrat Finger wenden. Ein Antrag der kommunistischen Versichertenvertreter-Fraktion, **der dem Vorstand das Vertrauen ausspricht, seine Initiative in der Frage des Neubaues begrüßt und sich gegen den Bürokratismus des Geheimrats Finger wendet,** wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der Arbeitgeber und Sozialdemokraten angenommen. Hier offenbart sich die Einheitsfront der Sozialfaschisten mit dem Bürgertum. Gegen die Abstimmung über den Antrag versuchten die Sozialdemokraten zu protestieren, aber bekamen einen gehörigen Rüffel von ihrem eigenen Parteifreund und Ausschußvorsitzenden Koch.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung gab es eine heftige Aussprache. Direktor Buchmann und der abgetakelte frühere Krankenkassendirektor der AOK. Halle, Thier, hatten einen Antrag auf Abänderung der Wahlordnung eingebracht. Dieser wendet sich gegen das bisherige Wahlreglement und fordert eine Verschärfung desselben.

Genosse Schmidt sprach zu dieser Frage. Dieser Antrag stellt ein Mißtrauensvotum gegen den jetzigen Vorstand und den Wahlausschuß dar.

Auch bedeutet dieser Entwurf, wenn er angenommen würde, eine starke finanzielle Belastung der AOK.

Im vorigen Jahre haben gerade die Arbeitgeber sich gegen die angeblich hohe Unkostenquote der AOK. gewandt. Durch ihren Antrag würde sich dieselbe bedeutend erhöhen. Eigentlich müßte jeder Vertreter, wenn er den § 11 Abs. 5 betrachtet, in dem gesagt wird:

„Vor Beginn der Wahlhandlung hat der Vorsitzende mit den übrigen Mitgliedern des Wahlausschusses die Wahlurne darauf zu prüfen, daß sich diese in ordnungsmäßigem Zustand befindet und leer ist",

den Antrag der Arbeitgeber ablehnen. In diesem Satz ist das größte Mißtrauen dem verantwortlichen Wahlausschuß ausgesprochen. Die sozialreaktionären Vorstöße der Trustbourgeoisie durch ihre Vertreter im Reichs- und Landtag läßt die einheitliche Linie erkennen, die zwischen diesen und dem Vorstoß der hallischen Arbeitgeber besteht. Die Wahlordnung ist als Musterordnung vom ADGB. eingeführt und gilt im ganzen Reiche. Nur in Halle, wo eine kommunistische Mehrheit im Krankenkassenvorstand vorhanden ist, versucht man die Verschärfung einzuführen. Aus diesem Grunde lehnte die kommunistische Versichertenvertreter-Fraktion den Antrag ab.

Die Sozialdemokraten und die Christlichen dagegen unterstützten mit aller Kraft den Vorstoß der Unternehmer.

So verstieg sich SPD.-Schmidt soweit, zu behaupten, daß der Antrag der Arbeitgeber fortschrittlich sei. Christen und SPD. erklärten, denselben Antrag auch eingebracht zu haben, wenn ihnen nicht die Arbeitgeber voraus gekommen wären. Dabei schwätzten die Vertreter vom „gelben Block" — die Christen, Sozialfaschisten und Werksgemeinschaftler — von „Demokratie". In Wirklichkeit verstecken sich hinter dem Antrag der Unternehmer diktatorische Gelüste.

Genosse Schröter wies diesen Doppelzünglern nach, daß ihre Politik dahin gehe, das Selbstbestimmungsrecht der Ortskrankenkassen zu beschneiden. Den besten Beweis hat die Krankenkassentagung in Nürnberg geliefert. Sehr bedrückt saßen die Herrschaften, von den Sozialdemokraten bis zu den Arbeitgebern, auf ihren Stühlen und wußten kein Wort zu erwidern auf die Argumente unseres Genossen.

Eilig stellten die Arbeitgeber einen Schlußantrag, um die Debatte abzuwürgen,

der angenommen wurde. Mit dieser Abwürgungspolitik haben sie zugegeben, was für Gründe hinter ihrem Abänderungsantrag zur Wahlordnung steckt. Sie sahen sich gründlich entlarvt. Da keine Mehrheit in einer Gruppe für den Antrag der Arbeitgeber zustande kam, wurde er durch die Stimmen der kommunistischen Versichertenvertreter abgelehnt.

Die Ausschußsitzung hat wiederum den Beweis erbracht, wie einheitlich die Unternehmer und Sozialdemokraten in der Bekämpfung der Kommunisten zusammenarbeiten. Die SPD. ist die treueste Verfechterin der Sozialreaktion zugunsten der Trustbourgeoisie.

„Mehr persönliche Opfer für unsere Sache!"

Ein russischer Buchdrucker schreibt seinen ehemaligen hallischen Arbeitskollegen aus Moskau

Der Setzer David Gutmann, der nach vielen Rundfahrten in der Welt 1924 nach Deutschland kam und im Mai 1929 nach der Sowjetunion zurückkehrte, schreibt seinen ehemaligen Arbeitskollegen der Produktiv-Buchdruckerei folgenden Brief:

Moskau, den 25. August 1929.

Liebe Genossen M..... und S...!

Einen etwas ausführlichen Brief will ich Euch heute schreiben... Die ersten drei Wochen meines Aufenthalts in der Sowjetunion verbrachte ich zu Hause in der Ukraine. Jetzt bin ich in Moskau. Ich werde Euch über alles die Wahrheit schreiben.

Der Teil der Bevölkerung, dem es am besten geht, das sind die Arbeiter und ist die Jugend. Solche sozialen Einrichtungen gibt es nirgends. Gewiß sind auch Teile da, denen es nicht besonders gut geht: das sind ehemalige Bourgeois und überhaupt deklassierte Elemente, die niemals gearbeitet haben...

Im allgemeinen sollt Ihr den Berichten im „Klassenkampf" mehr Vertrauen schenken. Alles, was unsere Presse schreibt, ist, wie ich mich hier selbst überzeugt habe, wahr.

Ich arbeite in einer Druckerei, in der in 16 bis 20 Sprachen gedruckt wird. Es wird bei uns sehr viel in deutscher Sprache gedruckt. Die Arbeit ist im Verhältnis zu der bei Euch nach meiner Meinung nicht besonders rentabel, da wir Broschüren und Zeitungen, wie z. B. die „Moskauer Rundschau" (die in deutscher Sprache erscheint. D. R.) mit der Hand setzen. Auch diese für uns fremden Sprachen müßten im Maschinensatz hergestellt werden. Aber das ist eben unsere Armut, die wir geerbt haben von — der Teufel soll ihn holen! — dem Zarismus. Das Wachstum, die Entwicklung fühlt man ja überall. Auch sind hier große Aenderungen im gesellschaftlichen und familiären Leben vor sich gegangen.

Die Frau verdient tatsächlich genau so viel wie der Mann und ist ein gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft. Je länger man hier lebt, um so mehr gefällt einem das Leben.

Man schickt jetzt die „Tausende" in die Hochschulen. Nach einem Beschlusse des Zentralkomitees der Partei und der Sowjetbehörden müssen die Fabriken einige Tausende von den Arbeitern der Belegschaften in die Hochschule schicken.... Glaubt nicht der bürgerlichen und sozialdemokratischen Pressemeute. Ueberall sitzen hier Arbeiter: im Staatsapparat, in fast allen Anstalten. Es sitzen auch hier und da Leute von anderen Schichten, aber nur solche, die ehrlich und zuverlässig sind. Es sind hier noch große Mängel in den Restaurants und in der Ernährungsfrage. Aber vor einigen Jahren war es bedeutend schlimmer. Das beweist uns, daß alles sich zum besten entwickelt.

Die Arbeiterschaft bringt hier bewußt Opfer für den sozialistischen Aufbau. Es ist hier so, als hätten hier niemals Kapitalisten gehaust.

Wenn man durch einen Betrieb geht und die Belegschaftsversammlungen beobachtet, besonders wenn wirtschaftliche oder auch politische Fragen behandelt werden, so bekommt man tatsächlich den Eindruck, als hätte es hier niemals Kapitalisten gegeben. Die Belegschaft, in der ich arbeite, ist fast 600 Mann stark. Vom Direktorposten bis ganz unten im Angestelltenapparat sitzen überall Arbeiter und Angestellte. In unserer Fabrik arbeiten Leute mehrerer Nationalitäten: Russen, Juden, Litauer, Tataren, Chinesen (auch in chinesisch wird bei uns gedruckt!) Finnen usw. Die Zusammenarbeit ist gut, es gibt keine nationalen Reibungen. Wir haben eine Frauenabteilung, Jugendabteilung usw. Gewiß sind in der gesamten Arbeit noch Fehler und Mängel da.

Aber ich glaube, wenn die deutsche Arbeiterschaft sich unsere Erfolge bewußt wäre, würde sie es der russischen Arbeiterschaft nachmachen.

Wenn man die russischen mit den deutschen Verhältnissen vergleicht, kommt man zur festen Ueberzeugung, daß nach einer deutschen proletarischen Revolution die deutschen Arbeiter schnell in einem Paradies leben würden, da in Deutschland die technischen Voraussetzungen zum Sozialismus mehr als in Rußland zu Beginn der Revolution gegeben sind. Die hochentwickelte deutsche Industrie und der gesamte Wirtschaftsaufbau garantieren der deutschen Arbeiterschaft nach einer proletarischen Revolution die glänzendste Zukunft.

Ich möchte den Kollegen König, den hallischen Gauleiter vom Buchdruckerverband, hier haben. Auch den Kollegen Krüger!

Ich glaube, daß sie unbewußt wie viele andere Reformisten durch ihre Stellung gegen die Sowjetunion der Arbeiterbewegung großen Schaden bringen. Und eben deshalb: **schärferen Kampf den Reformisten!** Sie alle, die bewußten und unbewußten, sind offene Verbündete der Bourgeoisie. Das sieht man hier am deutlichsten, wenn man sich erinnert, mit was für schmutzigen Mitteln sie in Deutschland den Arbeiterstaat verleumden.

Ich sage Euch offen, daß ich selbst nicht erwartet habe, hier so viel Gutes zu finden. Man kann nicht in Worten beschreiben, was hier vorgeht. Das muß man miterleben!

Im großen und ganzen: Machts nach, arbeitet mehr für die Partei! Bringt mehr persönliche Opfer für unsere Sache!

Mit Riesenschritten nähern wir uns der Zeit, wo die letzten Schlachten zwischen Arbeit und Kapital geschlagen werden. Und deshalb keine Minute versäumt. Wenn ich hier die sozialdemokratische Presse lese, besonders den schwarzen „Vorwärts", dann kann ich nur sagen: Der Teufel soll sie holen, diese Verleumder und Agenten des Kapitals! Aber es kommt die Zeit...

Die besten und herzlichsten Grüße an die gesamte Belegschaft und alle revolutionären Arbeiter in Mitteldeutschland!

David Gutmann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0006
DFG

Vor- und Zuname an Fuhrwerken

Die Bestimmungen des Paragraphen 3 der Straßenverkehrsordnung vom 5. März 1927, daß bespannte Lastfuhrwerke mit einer außer den Zunamen auch die Vornamen des Fuhrwerksbesitzers angebenden Aufschrift versehen sein müssen, kann nach einer in letzter Zeit ergangenen Entscheidung des Kammergerichts nur in dem Sinne verstanden werden, daß auch der Vorname des Fuhrwerksbesitzers aus der Aufschrift zweifelsfrei hervorgehen muß. Diese Auslegung allein entspricht dem Wortlaut der Vorschrift und deren Zweck, die sofortige und tunlichst genaue Feststellung der Person des Fuhrwerksbesitzers zu ermöglichen. Es genügt also nicht, daß der Anfangsbuchstabe des Vornamens angegeben ist; der Vorname muß vielmehr ausgeschrieben sein.

Das Rauchen im Triebwagen teilweise gestattet

Das Rauchen im Triebwagen, das bisher verboten war, soll, wie die Deutsche Reichsbahngesellschaft mitteilt, jetzt in größerem Maße gestattet werden. In den Triebwagen mit Benzolmotoren bleibt das Rauchen jedoch nach wie vor verboten. In allen anderen Triebwagen werden Raucherabteile 2. und 3. Klasse vorgesehen, wenn diese Abteile durch vorhandene Trennwände und Türen von den Nichtraucherabteilen getrennt werden können. Ist nur ein Abteil vorhanden, so ist das Rauchen nur unter Zustimmung aller Mitreisenden gestattet. Wo mehrteilige Triebwagen oder Anhängewagen verwandt werden, sollen nach Möglichkeit ganze Wagen als „Raucher" oder „Nichtraucher" bezeichnet werden.

Ein Arbeiter tot — 60 Mark Geldstrafe

Am 9. Mai hatte bekanntlich ein junger Student mit seinem Motorrad einen von einem Straßenbahnwagen abspringenden Schaffner angefahren, der bei dem Sturz schwere Verletzungen erlitt und in der Universitätsklinik eine halbe Stunde später starb. Der Student, der mit rasender Geschwindigkeit gefahren war, wurde zu der lächerlich geringen Geldstrafe von 60 Mark verurteilt. Dieses Urteil stellt vor allem deshalb eine Ungeheuerlichkeit dar, weil hier ein vom Dienst heimkehrender alter Arbeiter durch einen mitten im Stadtverkehr mit seinem Motorrad wie wahnsinnig dahinrasenden Studenten, der möglicherweise noch von einer Bierreise kam, um das Leben gekommen ist.

Hallische Tageschronik

Selbstmordversuch

Gestern nachmittag gegen 15.30 Uhr versuchte sich am Kuhberg in der Heide ein Mann in selbstmörderischer Absicht die Schlagadern am Halse und an den Händen zu öffnen. Der Mann wurde dem Diakonissenkrankenhaus zugeführt.

Selbstmord eines jungen Mädchens

Am 28. August verübte in einem Grundstück in der Lauchstädter Straße ein etwa 16jähriges Mädchen durch Einatmen von Gas Selbstmord. Die von der Feuerwehr angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg.

Ueberfallkommando schreitet ein. Am 29. August gegen 11.00 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach einem Grundstück in der Forsterstraße gerufen. Dort war es zwischen zwei Männern zu einer Schlägerei gekommen. Im Verlauf der Schlägerei wurde ein Mann an der linken Kopfseite erheblich verletzt. Er wurde der Universitätsklinik zugeführt. Der Täter wurde nach dem Polizeigefängnis gebracht.

Straßenbahn gegen Kohlenwagen. Gestern früh gegen 9.45 Uhr stießen in der Gr. Brunnenstraße vor dem Grundstück 51a eine Straßenbahn und ein Kohlenwagen zusammen. Vom Straßenbahnwagen wurde ein Türgriff abgerissen. Das Pferd des Kohlenwagens wurde am rechten Vorderbein leicht verletzt. Personen kamen anscheinend nicht zu Schaden.

Vorsicht auf der Straße! Am 28. August gegen 18.30 Uhr, lief in der Seebener Straße vor dem Grundstück 173 ein etwa achtjähriger Schüler gegen einen fahrenden Personenkraftwagen. Der Schüler erlitt leichte Hautabschürfungen an den Knien. Er wurde der elterlichen Wohnung zugeführt.

Der Spion von Odessa

Dieser in der „Schauburg" laufende Film der „Meschrabpomfilm A.-G., Moskau", führt uns zurück in die Zeit der bewaffneten Interventionen gegen die junge Sowjetmacht. Die äußerst spannende Handlung beginnt mit dem Einmarsch der weißen Truppen in die von Kriegsschiffen der Entente belagerte Hafenstadt Odessa im Frühjahr 1919. Während aber die Bourgeoisie den Truppen der Konterrevolution und ihren weißen Generalen zujubelt, rüsten die Bolschewiki fieberhaft zum Gegenangriff. In einer Geheimdruckerei werden Flugblätter hergestellt, die nachts an den Betrieben angeklebt und unter die Soldaten verteilt werden. Die Vorposten der Revolution arbeiten aber auch in den Kreisen der Befehlshaber und Offiziere der weißen Armeen. Hier springt die Handlung des Filmes in einen äußerst spannenden Spionagefall über. Ein als zaristischer Offizier verkleidetes Mitglied des Geheimkomitees der Bolschewiki wird erkannt und auf Befehl des Chefs des Spionage-Abwehrkommandos der Weißen auf die im Hafen stationierte „Todesbarke" gebracht, wo es ohne Gerichtsurteil erschossen werden soll. Dank der mit großen Gefahren verbundenen geschickten Arbeit des „Spions von Odessa" kann der verhaftete Genosse noch rechtzeitig gerettet werden. Der Film ist vorzüglich aufgemacht, das Spiel flott und abwechselungsreich. Leider ist der deutsche Text so miserabel zugestutzt worden, so daß die Tendenz des Filmes stark beeinträchtigt wird. Trotzdem verdient der Film, der sich weit über das Niveau der üblichen Abenteurer- und Spionagefilme erhebt, größte Beachtung, und wir können den Besuch der „Schauburg" nur aufs stärkste empfehlen. br.

Im Thaliatheater geht am Sonntag, dem 1. September, Molnars Spiel in drei Akten „Olympia" in Szene. Es wirken mit die Damen Dülfer, Heller und Johow, ferner die Herren Hensel, Norkolt, Reichert und Richter. Spielleitung: Elsa Rochel-Müller. Uniformen und Entwürfe der Toiletten aus der Vorkriegszeit: Peter Rohrer. Bühnenbild: Heinz Behrens.

Volksbühne. Das Stadttheater öffnet jetzt wieder seine Pforten. Wir beginnen mit der Sondervorstellung „Rienzi" von Richard Wagner am 7. September. Karten wahlfrei gegen Mitgliedskarte in der Geschäftsstelle. Im Schauspiel beginnt: „Kalkutta, 4. Mai" von Lion Feuchtwanger, und zwar am 14. September (Erstaufführung) für A, sowie am 19. für B und am 23. für C, ferner „Königskinder", Musikmärchen von Humperdinck, am 21. für H. Wir bitten, die Einlösungstage auf unseren schwarzweißen Plakaten an den Säulen zu beachten. In der Operette wahlfrei am 4. September „Der liebe Augustin" von Leo Fall. Die Thaliareihe bringt fünf wohlfeile Lust- und Schauspiele. Weitere Vergünstigungen haben unsere Mitglieder für Sinfoniekonzerte, Kulturfilme u. a. Anmeldungen zur Mitgliedschaft für Stadttheater, Thalia, Sondervorstellungen, Konzertgemeinde usw. ständig in unserer Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, Ruf 234 79.

Aus dem Saalkreis

Wieder ein Opfer der Autofalle

Am Mittwochabend ereignete sich auf der berüchtigten Strecke zwischen Rosengarten und dem „Schützenhaus" wieder ein schwerer Verkehrsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Gegen 18.45 Uhr näherte sich von Ammendorf aus in nicht allzu schnellem Tempo ein Auto, das zu Viehtransportzwecken benutzt wird, der Kreuzung der Halleschen und Steinstraße. Von Halle her kam ein Motorradfahrer, der an seinem Rade einen leeren Beiwagen hatte. Zwischen der Steinstraße und dem „Schützenhaus" erfolgte auf eine bisher ungeklärte Weise ein fürchterlicher Zusammenprall zwischen beiden Fahrzeugen. Der Anprall war so stark, daß der schwere Viehtransportwagen umkippte und ein Rind, welches sich auf dem Wagen befand, auf die Straße geschleudert wurde. Der Motorradfahrer erlitt fürchterliche Verletzungen. Das rechte Bein bis zur Wade wurde ihm vollständig zerfetzt und der Schädel buchstäblich gespalten. Nach wenigen Sekunden starb der Unglückliche. Das Motorrad mit Beiwagen wurde vollständig zertrümmert. Der Straßenbahnverkehr nach Merseburg konnte 1½ Stunde nur durch Umsteigen aufrechterhalten werden. Mit der Aufklärung der Schuldfrage ist zurzeit die Kriminalpolizei beschäftigt. Die völlig unzureichenden engen Straßenverhältnisse an jener verhängnisvollen Stelle haben infolge des immer stärker werdenden Autoverkehrs wieder ein neues Todesopfer gefordert. Wann wird hier endlich Abhilfe geschaffen werden?

Praktische Gemeindepolitik der Kommunisten in Möderau

Vor einigen Tagen fand eine ziemlich erregte Sitzung der hiesigen Gemeindevertretung statt, stand doch die Beschlußfassung über Aufnahme eines Zwischenkredits von 20 000 Mk. zum

Neubau eines Fünf-Familien-Hauses

auf der Tagesordnung. Die beiden hiesigen Gutsbesitzer wollten mit allen Mitteln den Beschluß hintertreiben. Hatten sie sich bei der Beschlußfassung am 18. Dezember 1928 für den Neubau bekannt, so behaupteten sie gegenüber dem Landrat und den Mitgliedern des Kreisausschusses, die eine persönliche Feststellung über die hier herrschende Wohnungsnot machten, frech und dreist, hier herrsche keine Wohnungsnot, und sie hätten immer gegen einen Neubau gestimmt.

Durch Einsichtnahme in das Protokoll wurde jedoch der Schwindel aufgedeckt. Diese Herrschaften reden in der Oeffentlichkeit von „sozialem Verständnis", und hinter den Kulissen hintertreiben sie alle Fürsorgemaßnahmen. Jedenfalls war der Kreisausschuß zur Ueberzeugung gelangt, daß hier Abhilfe geschaffen werden muß und hat die Ausführung des Baues genehmigt.

Den reaktionären Agrariern wurde aber die Maske vom Gesicht gerissen. Der sofortige Baubeginn sowie Aufnahme des Zwischenkredits wurde gegen zwei Stimmen beschlossen. Die beiden anderen bürgerlichen Vertreter hatten für den Bau gestimmt. Die Gutsbesitzerin Strumpf beschimpfte in der Sitzung die Erwerbslosen. Diese hätten keine Lust zum Arbeiten. Von den Zuhörern und Arbeitervertretern wurde ihr jedoch gehörig die Wahrheit gesagt.

Zu Punkt 2 wurden die Arbeiten dem Unternehmer Sommerlatte, Teicha, übertragen. Nur die Erd- und Tischlerarbeiten werden von ortsansässigen Gewerbetreibenden ausgeführt.

Sommerlatte muß alle Erwerbslosen am Orte einstellen.

Der Bau muß bis 1. Dezember fertig sein. Weiter wurde die Stellung eines Dispensantrages für die Wohnung im Dachgeschoß beim Kreisausschuß beschlossen. Der Haushaltvoranschlag stand nochmals zur Beratung. Der Beschluß vom 15. Juli wurde aufrechterhalten. Es war damals beschlossen worden, 150 Prozent Zuschlag zu bebautem, 270 Prozent zu unbebautem Grundbesitz und 475 Prozent Gewerbesteuer zu erheben. Da die Firma Baensch, Dölau, sämtliche Gräben verschlämmt, soll diese aufgefordert werden, zu den Reinigungskosten beizutragen. Die Herrschaften zahlen 66 Pf. Stundenlohn, beuten die Arbeiter bis zum Weißbluten aus, zahlen keine Gewerbesteuern und versauen Straßen und Gräben, welche die Gemeinde instandhalten soll.

Die Firma J. G. Boltze alias Wentzel teilt mit, daß sie es der Gemeinde verbiete, aus dem von ihr gepachteten Grubenloch der Konkurrenzfirma Bode in Morl Betriebswasser holen zu lassen. Auch würde sie eine Substanz ins Wasser schütten, wodurch es für Industriezwecke verwendungsunfähig würde. Die Gemeindevertretung war der Ansicht, der Firma Bode das Wasser weiter entnehmen zu lassen, da diese sonst den Betrieb schließen müßte, wodurch 50 Proleten brotlos würden.

Die Gemeindepflaumen werden für 4 Mk. pro Zentner durch Lose an die Einwohner verpachtet. Da in der Gemeinde kein Raum für Obdachlose vorhanden ist, erhält jeder Obdachlose 1 Mk. Schlafgeld. Der Gemeinde sind 1200 Mk. Provinzialhilfe und 200 Mk. Ergänzungszuschuß zu den Schullasten bewilligt worden. Es sind weiter zwei neue Straßenlampen für 75 Mk. angebracht worden.

Zum Schluß teilte der Gemeindevorsteher mit, daß der Aufseher Hennicke verschiedenen Arbeitern bei Androhung von Entlassung, bzw. anderen wirtschaftlichen Schädigungen

die Kandidatur oder Stimmabgabe für die „Roten" verboten hat.

Da nach den gesetzlichen Bestimmungen hierbei krasseste Wahlbeeinflussung in Frage kommt, müßte dem Halunken das Handwerk gründlich gelegt werden.

Erst gegen 1 Uhr war die Sitzung beendet, sie hat gezeigt, wie notwendig es ist, daß in den Agrardörfern die klassenbewußte Arbeiterschaft am 17. November die Mehrheit in der Vertretung erhält, um der Willkür der Gutsherren Einhalt zu gebieten.

Döllnitz. Auf zum Internationalen Jugendtag. Alle Genossinnen und Genossen nehmen am Sonntag, dem 1. September, geschlossen an der Demonstration zum Internationalen Jugendtag teil. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß mit der revolutionären Jugend aufmarschieren. Am Sonnabend ist Treffpunkt um ½7 Uhr am Gasthaus „Zum Palmbaum". Am Sonntag um ½10 Uhr ist der Treffpunkt an derselben Stelle.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Erich Behnke, Halle, für Lokales und Saalkreis; Bernard Koenen, Merseburg, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Feuilleton, Reporter, Sport; Fritz Lessig, Halle, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Alfred Buhle, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

Wie wird das Wetter?

Für Sonnabend: Heiter und warm, im Harz ganz vereinzelt örtliche Gewitterbildungen.

Für Sonntag: Langsam fortschreitender Wolkenaufzug, sonst noch keine Aenderungen wahrscheinlich.

Kommen Sie zu uns...

Quälen Sie sich nicht mit Fußschmerzen..

2224

Unser

Pedoskop - Röntgen

-Apparat zeigt Ihnen, ob Ihr Fuß im Schuhwerk den genügenden Spielraum hat — die Zehenlage bequem — die Form des Schuhes Ihrem Fuß angepaßt ist

Unsere **orthopädische** Abteilung bringt für empfindliche Füße zweckentsprechendes Schuhwerk. Wir haben in Halle den Alleinverkauf der berühmten „Chasalla-Schuhe", den fertigen Schuh nach Maß. Außer den „Chasalla-Schuhen" führen wir noch orthopädische Schuhe zu volkstümlichen Preisen —

Wir bringen in unserem heutigen Angebot:

Orthopädisch richtig gearb. Schuhe mit beiderseit. hochgewölbt. Stütze i. echt. Ledern z. Einheitspreis von **12,50**

In dieser Serie sind:

Schnürschuhe	schwarz Boxkalf oder Lack mit eingearbeiteter Einlage	12,50
Schnürschuhe	braun Boxkalf mit eingearbeiteter Einlage	12,50
Einspangenschuhe	Boxkalf oder Lack mit eingearbeiteter Einlage	12,50
Zweispangenschuhe	echt Chevreaux mit eingearbeiteter Einlage	12,50
Spangenschuhe	braun Boxkalf mit eingearbeiteter Einlage	12,50
Hellfarbige Einspangenschuhe	mit eingearbeiteter Einlage	12,50

Reformschuh

Friedrich Oehlschläger nur Leipziger Str. 3

Rote Gewerkschaftsopposition in England

(Eig. Ber.) **London,** 29. August.

Am Sonnabend und Sonntag tagte in London der diesjährige Kongreß der englischen Minderheitenbewegung. Ueber 700 Delegierte waren anwesend.

Mit größter Begeisterung wurde der brüderliche Delegierte des Allrussischen Gewerkschaftskongresses, Zikon, empfangen.

Eine große Anzahl von Gewerkschaftsorganisationen sandte Begrüßungstelegramme, desgleichen die politischen Gefangenen in Merut, die streikenden Textilarbeiter von Gastonia und andere. Genosse Allison, ein schottischer Bergarbeiter, der im Vorjahre aus Indien deportiert wurde, nachdem er viele Monate im Gefängnis gesessen hatte für die Unterstützung der indischen Arbeiter durch die Organisierung von Gewerkschaften, brachte eine Resolution ein, in der er die sofortige Befreiung der indischen Kommunisten und Gewerkschaftsführer, die in Merut gefangen gehalten werden, fordert. Eine Reolution gegen die Lohnsenkungen für die Textilarbeiter wurde von einer Textilarbeiterin eingebracht.

Genosse Zikon überbrachte die brüderlichen Kampfesgrüße der 10½ Millionen organisierten Arbeiter der Sowjetunion. Er forderte die englische revolutionäre Arbeiterschaft auf, alle Kräfte zur revolutionären Einheit der Gewerkschaftsbewegung einzusetzen und den Kampf gegen Reaktion und Kriegsgefahr zu führen. Er wies auf die Rolle der Labour-Regierung hin, die die Politik der Konservativen in der Frage des Achtstundentages, des Antigewerkschaftsgesetzes, des Kampfes gegen die indischen Arbeiter und Bauern fortsetzt. Diese Labour-Regierung unterscheidet sich nicht von der Baldwin-Regierung in ihren Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Er appellierte an die Delegierten, die Beschlüsse des 6. Kongresses der RGI. getreu und fest durchzuführen, besonders in der Frage der Bildung von Kampfleitungen in den Betrieben und die Einbeziehung der Unorganisierten in diese Kampfleitungen.

Der Kongreß faßte eine besondere Resolution, in der der schärfste Protest gegen die Absendung von Kriegsschiffen und Truppen nach Palästina erhoben wird. Die Resolution erklärt weiter, daß der Kampf zwischen Arabern und Juden von der englischen Regierung geschürt und organisiert wurde.

Die Konferenz beschloß ferner, einen Vertreter der Minderheitsbewegung der Metallarbeiter nach Indien zu delegieren zur Unterstützung der indischen revolutionären Arbeiterorganisationen.

Zum Schluß wurde Tom Mann zum Vorsitzenden und Arthur Horner zum Generalsekretär gewählt.

Der Bericht der Mandatskommission ergab, daß auf der Konferenz 708 Delegierte vertreten waren, davon 62 Eisenbahner, 89 Metallarbeiter, 45 Bergarbeiter, 59 Bauarbeiter und 26 chemische Arbeiter.

Nazis überfallen Arbeiter . . .

(Eig. Meld.) **Berlin,** 29. August.

Zu den Ueberfällen der Nationalsozialisten auf Arbeiter, die sich in den letzten Tagen sowohl in Hamburg, wie in Berlin ereignet haben, muß jetzt gezwungenermaßen auch die bürgerliche Presse Stellung nehmen. Während der heutige „Abend-Vorwärts" zu diesen Vorfällen nichts mehr zu sagen weiß, aber in seiner Morgenausgabe „Sie prügeln sich untereinander" veröffentlicht, schreibt die „Berliner Volkszeitung" in ihrer Abendausgabe vom 29. August über die Hamburger Ueberfälle:

„Ohne daß es der Polizei gelang, derartige Uebergriffe zu verhindern, wurden ferner an verschiedenen Stellen der Stadt offenbar auf Grund einer vorher geheim ausgegebenen Parole einige Reichsbannerleute von Nationalsozialisten mißhandelt und ihrer Abzeichen beraubt. Merkwürdigerweise scheint die Hamburger Polizei von irgendwelchen Sistierungen der angreifenden Nationalsozialisten völlig abgesehen zu haben, so daß diese kaum irgendwelche strafrechtlichen Folgen für ihre empörenden Ueberfälle zu befürchten haben dürften."

In ähnlicher Weise berichtet dasselbe Blatt über die nationalsozialistischen Ueberfälle in Berlin. Es schreibt wörtlich:

„Es steht nunmehr fest, daß bei den Krawallen, die sich am Dienstagabend zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten im Berliner Westen ereigneten, die Nazis die Angreifer waren. Die Kommunisten hatten eine Versammlung einberufen, in der ein früherer Nationalsozialist über die Abhängigkeit der Hitler-Leute vom industriellen Schwerkapital referierte. In der Versammlung war der nationalsozialistische Abgeordnete Göbbels mit einem Stoßtrupp eingedrungen. Die Nationalsozialisten wurden jedoch nach verschiedenen Störungsversuchen samt ihrem sogenannten Führer an die frische Luft befördert."

Auch die „Vossische Zeitung" sieht sich veranlaßt, in ähnlicher Weise zu schreiben. Das aber hindert den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel und den preußischen Innenminister Grzesinski nicht, dem nationalsozialistischen Gesindel die Demonstrationsfreiheit zu ihren Ueberfällen auf Arbeiter zu geben, während sie umgekehrt nach wie vor das gänzlich ungerechtfertigte Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes aufrecht erhalten.

. . . der Staatsanwalt verklagt kommunistische Redakteure

(Eig. Meld.) **Berlin,** 29. August.

Die „Rote Fahne" hatte in ihrem Leitartikel vom 29. August Stellung zu den Ueberfällen der Nationalsozialisten auf kommunistische Arbeiter genommen und die Bezirksleitung der KPD. Berlin-Brandenburg hatte in einem Aufruf in unserem Zentralorgan die Arbeiterschaft Berlins dazu aufgerufen, mit aller Kraft sich den faschistischen Ueberfällen entgegenzustellen und die Faschisten aus den Betrieben zu verjagen. Wie das „Berliner Tageblatt" in seiner Abendausgabe vom 29. August mitteilt, prüft die Staatsanwaltschaft, ob sich die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei durch diesen Leitartikel und den Aufruf der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten schuldig gemacht hat, während die Polizei selbst nach bürgerlichen Presseurteilen tatenlos zusieht, wenn die Nationalsozialisten ihre Ueberfälle auf Arbeiter inszenieren, wird die Justiz angespannt, nicht etwa gegen die Nationalsozialisten vorzugehen, sondern gegen die KPD., die den Abwehrwillen der Arbeiterschaft gegen die Nationalsozialisten und das ganze faschistische Gesindel Ausdruck verleihen.

Hitler bei Hugenberg

(Eig. Meld.) **Nürnberg,** 29. August.

Die Deutschnationale Volkspartei hielt am Abend des 28. August eine Kundgebung gegen den Young-Plan ab, bei der der General Lettow-Vorbeck und Hugenberg selbst das Wort ergriffen. Zum Schluß sprach der nationalsozialistische Pfarrer Traub. Als er äußerte, daß heute eingetreten sei, was man vor acht Wochen noch für unmöglich gehalten habe, nämlich, daß Hitler und Hugenberg auf einer Plattform stehen, daß Thyssen und der Bund der Landwirte und die christlichen Bauernvereine zusammenstehen, brach ein minutenlanger frenetischer Beifall aus, der in „Heil Hitler"-Rufen ausklang. — „Heil Hitler" — die Front der Schwerindustrie steht!

Wollen Sie vorteilhaft einkaufen?
dann beachten Sie nachstehende Angebote!

Endepols & Dunker

Hosen-Woche

Arbeits-Hosen					
RM.	2,90	3,50	4,25	5,50	6,5[illegible]
Gestreifte Hosen					
RM.	3,90	4,50	6,50	8,50	10,5[illegible]
Breeches					
RM.	6,50	8,50	9,50	10,50	12,5[illegible]
Knickerbocker					
RM.	7,50	9,00	11,00	13,00	15,0[illegible]

2233 **Gr. Ulrichstraße 19/20**

Heute erscheint:

Mitteldeutsches Echo

Außer anderen interessanten Artikeln:

Freispruch nach 2½ Jahren Haft!

Das „M. E." ist an allen Kiosken zu haben. — Bestellungen nehmen unsere Trägerinnen entgegen

Damen-Mäntel
Damen-Kostüme
Herren-Mäntel
Herren-Anzüge
Sport-Anzüge
Gummi-Mäntel
Schuhe für Damen und Herren

¼ Anzahlung
Wochenrate 3,— Mk.
Monatsrate 12,— Mk.

Teilzahlung

Carl Klingler,
Halle a. d. S., Leipziger Straße 11,
erste Etage
Eingang Sandberg
2203

Jedes Kind erhält einen Ballon 2207

ZADEK
Halle, Steinweg 46/47.

„Es bricht sich Bahn nur das, was gut,
beim Einkauf mußt Du daran denken;
vor Billigkeit sei auf der Hut,
es kann Dir niemand etwas schenken!"

Schlafzimmer in allen Holzarten
Speisezimmer Anzahlung v. 50 ℳ an
Küchen Serie I . . Anzahlung 15 ℳ
Küchen Serie II . . Anzahlung 30 ℳ
Küchen Serie III . . Anzahlung 45 ℳ
Alle Einzelmöbel in riesiger Auswahl

S. Oßwald
Weißenfels, nur Große Kalandstraße 21
Freie Autolieferung nach auswärts 2208

Hausfrauen, gute Romane stehen im „Klassenkampf"

Aeußerst preiswerte
Speisezimmer
echt Eiche
Büfett, 180 cm breit, Anrichte, Zweizugtisch, 6 Polsterstühle
nur 596,— Mk. 2217
Speisezimmer
in Eiche, Nußbaum, Birke
in großer Auswahl
zu allerbilligsten Preisen
Jungbluts Möbelhaus
Albrechtstr. 37

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Volksbuchhandlung
Eisleben, Rathausstraße 7
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel

Für die Innen-Ausstattung:
Alle Arten Gardinen
Stores, Vitragen usw.
Etamine, engl. Tüll
Portièrenstoffe, Kissen
Decken 2222
B. Kinsky & Co.
Wittenberg, am Markt

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für Burgörner-Hettstedt gesucht
Meldungen beim Genossen Kegel
Neudorf

Gut kochende
Speisekartoffeln
10 Pfd. 45 Pf.
Mehrstedt, Jacobstr. 20
und Hallmarkt

**Sohlenleder
Gummiabsätze
Schuhleisten**
billigst bei 2220
M. Wintler
Glauchaer Str. 27

1 Hausgrundstück
ist zu verkaufen
Zu erfragen bei Frau Maschke, Putzgeschäft, Klostermansfeld, Chausseestr. 26
Wohnung wird bei Zahlung frei 2209

Werbt für die „Rote Hilfe"

Werbt f. den Klassenkampf

Küchen	280,-	180,-	120,-
Schlafzimmer	650,-	550,-	430,-
Speisezimmer	650,-	550,-	430,-
Kleiderschränke	75,-	68,-	45,-
Bettstellen	35,-	26,-	24,-
Sofas	90,-	70,-	50,-
Chaiselongues	45,-	38,-	33,-
Stahlmatratzen	15,-	12,-	9,-
Auflegematratz.	28,-	24,-	15,-

sowie sämtliche Einzelmöbel
zu besonders billigen Preisen 2231
Möbel-Schieke
Friedrichstraße 7
Weitgehendste Zahlungserleichterung — Freie Lieferung auch nach auswärts

2219 Prima
fettes Fleisch
alle Wurstsorten
Fett und Schmalz
Täglich von 4 Uhr
„Heiße"
Karl Kessler
Weißenfels
Marienstraße Nr.
Telephon 614

**Papier
Zeitungen**
Lumpen, Knochen
kauft
A. Bode
Große Klausstraße

Hausfrauen,
kauft nur bei unseren Inserenten

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 754) und der Zustimmung des Regierungspräsidenten zu Merseburg vom 13. August 1929 wird der § 4 Abs. 3 der Wohnungsnot-Verordnung für den Stadtkreis Halle vom 22. Oktober 1926 wie folgt geändert:

„Wohnungen, die eine zur Zeit des Freiwerdens bestehende Friedensmiete (im Sinne des § 2 des Reichsmietengesetzes) von mindestens 800 Mark aufweisen, können auch an Wohnungssuchende, deren Wohnungsbedürfnis als dringlich anerkannt ist (Inhaber einer roten Karte) oder an Inhaber einer selbständigen Wohnung von wenigstens zwei Räumen und Küche vermietet werden, sofern diese Wohnung dem allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt wird."

Halle, den 21. August 1929.

Der Magistrat.

Mitteldeutschland

Das Lied vom trockenen Brot

Von Walter Mehring

Ein Chanson aus Mehrings „Kaufmann von Berlin", der am Freitag in der Piscator-Bühne (Berlin) zur Uraufführung gelangt.

Wer arbeit' muß auch essen. Und weil er essen muß,
Das macht das Essen so teuer —, daß er mehr arbeiten muß.
Und wenn er noch mehr arbeit' —, is mit der Arbeit Schluß,
Dann gibt es keine Arbeit —, so daß er hungern muß!

Rechten, Linken! Rechten, Linken!
Trocken Brot und Wasser trinken,
Das is unsre Welt!
Keen Ende und keen Anfang,
Immer an der Wand lang, immer an der Wand lang,
Dahinter liecht das Jeld!

Wer hungert, kann nich arbeit'n. Wer nich arbeit', braucht kein Brot,
Brot gibts nich ohne Arbeit —, kein Brot is Hungersnot!
Und hungern, das tut Wunder —, das ist eine Himmelsmacht,
Dran haben sich Millionen, Millionen gesund gemacht.

Rechten, Linken! Rechten, Linken!
Essen, trinken, essen, trinken,
Davon lebt die Welt.
Uns trennt bloß eine Handlang
Immer an der Wand lang, immer an der Wand lang,
Dahinter liecht das Jeld!

Pflichtarbeit und Erwerbslosenunterstützung

Dem Beispiel der Stadt Wiesbaden folgend, hat der Magistrat von Aschersleben beschlossen, arbeitsfähigen Personen nur dann Pflichtarbeit leisten. Die Unterstützungsempfänger sollen zunächst hauptsächlich auf dem Friedhof, wo Planierungs- und Wegebauarbeiten als Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden sollen, beschäftigt werden. — Ein neuer Beweis dafür, wie schnell die Rücksichtslosigkeit des Sozialdemokraten Wissell im Vorgehen gegen die Erwerbslosen Schule macht.

Raubüberfall auf zwei Kassenboten

Zwei Kassenboten der Hannoverschen Landesbank wurden am Mittwochmorgen auf dem kurzen Wege von der Reichsbank auf belebter Straße von Bankräubern überfallen. Der eine riß dem Kassenboten die Geldtasche aus der Hand, der andere schoß jemand zu Hilfe eilen konnte, waren die Räuber bereits in ein Auto gesprungen und davongefahren. Es handelt sich nach der Autobezeichnung um einen Hamburger Wagen. Der eine Kassenbote mußte schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Der geraubte Betrag beziffert sich auf 60 000 Mark.

Weimar. Die Rechnungskammer zu den Theaterüberstiegen. In dem dem Landtag von Thüringen zugegangenen Bericht der Rechnungskammer für 1926/27 äußert sich die Kammer kritisch zu den Ueberstiegen der einzelnen Thüringer Theater. Dabei kommt sie zu dem Resultat, daß die Ueberschreitungen bei Weimar, Altenburg und Meiningen nicht schuldhaft überstiegen sind, während bei Gotha und Sondershausen die Genehmigung der Gesamtüberschreitung nicht befürwortet wird. — Man fragt sich, wie lange diese Zuschußwirtschaft noch dauern soll, ohne daß die werktätigen Kreise etwas davon haben.

Weimar. Von der Deutschen Dante-Gesellschaft. Die diesjährige Hauptversammlung der Deutschen Dante-Gesellschaft wird am 19. und 20. Oktober in Weimar abgehalten. Die Tagesordnung ist noch nicht festgesetzt.

Weimar. Ein schwerer Autounfall mit tödlichem Ausgange. Auf der Landstraße zwischen Erfurt und Weimar bei Ulberg stieß beim Schneiden einer Straßenkurve ein dem Rechtsbeistand Eckardt in Langensalza gehörendes Auto, das eine Dame lenkte, mit einem aus Richtung Weimar kommenden Auto zusammen. Die Wagenlenkerin trug dabei so schwere Verletzungen davon, daß sie einige Zeit darauf im Krankenhaus in Weimar starb. Die übrigen Insassen des Wagens, zwei Herren und eine Dame, erlitten leichte Verletzungen.

Jena. Zwei Fälle von Selbstmord in Jena. In der Nähe der Kahlaischen Straße ließ sich eine jüngere Frau vom Zuge überfahren. — Durch Einatmen von Leuchtgas gab sich eine in der Bachstraße wohnhafte ältere Frau den Tod.

Sömmerda. Ein ganzer Ortsfriedhof von Unbekannten verwüstet. Auf dem Friedhofe im Nachbarort Tunzenhausen haben Unbekannte in der Nacht zum Donnerstag 32 Grabdenkmäler, darunter starke, hohe Säulen und Marmorplatten, zerstört. Grabtafeln und Kreuze lagen zerstört umher. Obwohl die Landjägerei sofort einen Spürhund ansetzte, gelang es nicht, die Spur zu verfolgen, da die Einwohnerschaft inzwischen in den Friedhof eingedrungen war und die Spuren verwischt hatte.

Westeregeln. Schornsteinriesse. Die Alkaliwerke lassen den Schornstein des neuerbauten Kesselhauses auf 140 Meter erhöhen. Die Arbeiten werden bei vollem Betriebe des Werkes und auch des Schornsteins ausgeführt. Durch ein in die Oeffnung des Schornsteins eingesetztes Eisenrohr werden die Maurer vor der Hitze und dem Rauch geschützt.

Osterode am Harz. Selbstmord eines Zahnarztes. Hier ist der 24jährige Zahnarzt Dr. Myrwolt in seiner Wohnung erschossen aufgefunden worden. Es liegt Selbsttötung vor. Der Genannte, ein gebürtiger Norweger, hielt sich hier vertretungsweise auf. Die Gründe, die ihm zu dieser Tat Anlaß gaben, sind noch unbekannt.

Thale. Geschenk vom Papst. „Frau Generaldirektor Brennecke", hier, bekam zu ihrem 60. Geburtstag ein Bild vom Papste mit seinem eigenhändig „geschriebenen Segen". — Die Alte muß doch den Pfaffen gute Dienste geleistet haben, daß sie ihren Segen schriftlich bekommt. Mit leiblichem Segen ist es für sie jedenfalls vorbei.

Worbis. Bei der Ernte tötlich verunglückt. Ein Landwirt in Breitenworbis wollte vom Erntewagen aus die Bremse anziehen. Dabei wurde er durch einen Ruck heruntergeschleudert. Erst schlitten ihn die Pferde ein Stück mit, und dann ging ihm ein Rad über die Brust. Eine gebrochene Rippe drang in die Lunge ein und führte den sofortigen Tod des erst in den dreißiger Jahren stehenden Mannes herbei.

Köthen. Rohe Patrone überfielen in der Fasanerieстraße nachts einen jungen Mann und mißhandelten ihn schwer. Er erlitt so schwere Schädelverletzungen, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Regierung in Merseburg im Kampfe gegen die Arbeiterjugend

Das sozialdemokratische Regierungspräsidium in Merseburg erließ vor drei Wochen eine Aufforderung an alle „Herren Landräte" und Magistrate, an alle Stadt- und Kreisjugendpfleger und an die der Vorbereitung und Durchführung eines Lehrganges für Jugendpfleger Anfang September.

Die Vorbereitungen zum Internationalen Jugendtag seitens der Kommunistischen Jugend, im Sinne des revolutionären Klassenkampfes die arbeitende Jugend zu sammeln und voranzubringen, gaben besondere Veranlassung,

die Regierungspolitik im Merseburger Schloß gegen die Jugend

etwas näher zu beleuchten.

Wenn wir hier ausdrücklich sagen gegen die Jugend, so ist das ganz offenkundig und jedem verständlich begründet in den Polizeiattacken, die die Schupo gerade in den letzten Tagen gegen junge Arbeiter in Halle und anderen Orten geführt hat.

Aber auch der „Lehrgang" der Regierung für die sogenannten Jugendpfleger und Erzieher beweist dasselbe. Das Anschreiben der Regierung und der Lehrplan zeigen, daß es diesen Organen der Trustbourgeoisie nur darauf ankommt, die Jugend abzulenken von jeder Idee und Organisation des Klassenkampfes, abzulenken von jedem Wissen, welches wie die Geschichte Aufschluß geben würde darüber, wie auch die heute herrschenden Klassen unter mehr oder weniger blutigen Kämpfen zur Macht gekommen sind.

Es ist hahnebüchen, was man den Jugendpflegern dort vorsetzen kann. Der Leser überzeuge sich selber, es heißt in dem Regierungsschreiben:

„Vom 5. bis 7. September d. J. veranstaltet der Bezirksausschuß für Jugendpflege mit der Beratungsstelle für Heimatpflege und mit Unterstützung des Schönburg-Bundes im Vater-Hemprich-Haus bei Naumburg einen Lehrgang für die besondere Pflege heimatlicher Eigenart und ihrer Schönheit. Der Lehrgang ist gedacht für Jugendführer, Gruppenleiter, Lehrer(innen) und Erzieher, die sich verpflichten, späterhin in ihrem Arbeitskreis die dort erworbenen Kenntnisse weiterhin zu verwerten.

Beiliegenden Lehrplan übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme und bitte die Magistrate, Kreise, Kreis- und Stadtjugendpfleger, Lehrer und Verbandsvorsitzende, doch weitestgehend für den Lehrgang zu werben und ihn zu unterstützen. . . ."

„Plan des Lehrganges für Heimatpflege.

Veranstaltet vom Bezirksausschuß für Jugendpflege und der Beratungsstelle für Heimatpflege und mit Unterstützung des Schönburg-Bundes. Tagungsort: Vater-Hemprich-Haus bei Naumburg an der Saale. Tagungszeit vom 5. bis 7. September 1929.

Donnerstag, den 5. September. Tagesthema: Wandern und Heimatpflege. — Begrüßung und Eröffnung des Lehrganges. — Einleitungsvortrag: Bildungswert der Heimatkunde. (Rektor Mühlner, Helfta.) — Die Heimatwanderung. (Kreisjugendpfleger Hoffmeister, Magdeburg.) — Mittagspause. — Die Geologie des Saaletales bei Naumburg. (Rektor Haase, Halle a. S.) — Wanderung nach der Schönburg. — Beobachtung der Pflanzen und Vogelwelt der Heimat. (Lehrer Keller, Halle a. S.) — Aussprache und Auskland auf der Burg. (Gesang usw.)

Freitag, den 6. September. Tagesthema: Dorfkultur. — Das mitteldeutsche Bauernhaus. (Lehrer Nier, Prittitz.) — Das deutsche Dorf als Kulturgemeinschaft. (Lehrer Burkhardt, Wansleben.) — Pause. — Aussprache. — Heimat- und Denkmalschutz. (Kreisjugendpfleger Narten, Zeitz.) — Führung durch Naumburg. (Stadtjugendpfleger Hoppe, Naumburg.) — Die Entwicklung der berufsständigen Gliederung der Heimat. (Stadtjugendpfleger Hoppe, Naumburg.)

Sonnabend, den 7. September. Tagesthema: Heimatabende und Feste der Jugend. — Sitte und Brauch im Volke. (Lehrer Nier, Prittitz.) — Heimatliches Schriftentum. (Rektor Mühlner, Helfta.) — Pause. — Gute und schlechte Heimatfeste. (Bezirksjugendpfleger Theuermeister, Merseburg.) — Lichtbild und Heimatpflege. (Zautschel.) — Heimatabend: Lichtbildervortrag. (Stadtjugendpfleger Hoppe, Naumburg.) — Mundartliche Darbietungen. (Lehrer Kern, Eisleben; Rektor Mühlner, Helfta.)"

Diese „Pflege" spricht für sich selber.

Wir glauben, daß die Jugend des Bezirks dem keine bessere Antwort entgegenstellen kann, als die

intensivste Propaganda und Arbeit für Massenbeteiligung am Internationalen Jugendtag Sonntag, den 1. September, in Halle.

Für das Kinderheim Ruhla zahlten ein:
Die Thüringer Arbeiterschaft (1928/1929) 16 000 Mk.
Arbeiter in Moskau . . . . . 2 400 Mk.

In diesen Wochen wird die mitteldeutsche Arbeiterschaft beweisen, daß sie den Bau des Kinderheims in Ruhla unterstützt.

„Die Kinderheim-Genossenschaft" hat bei der Mitteldeutschen Landesbank Halle — das Konto 6260 —

Sacco und Vanzetti

Ihr Leben und Sterben / Von Eugene Lyons

26) Copyright 1928 by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

„Goodridge" verdankte seine Freiheit wahrscheinlich der Tatsache, daß er Sacco so eifrig „wiedererkannte". Um ihn als Zeugen benutzen zu können, sorgte Katzmann dafür, daß er nicht ins Gefängnis kam. Eine Sammlung seiner Trauscheine zeigte, mit welcher Leichtigkeit dieser Bursche Meineide schwor. Er gab drei verschiedene Städte als seinen Geburtsort an und schwindelte auch noch, wie es ihm paßte. Seine dritte Frau sagte unter Eid aus, daß ihr Mann einmal von mehreren Italienern angegriffen worden wäre, die er um ihre Habseligkeiten betrogen hatte. Seit jener Zeit haßte er alle Italiener ganz besonders.

Wurde jemals ein wichtiger Zeuge so vollständig und vernichtend diskreditiert?

Aber der Antrag wurde abgelehnt.

Noch ein Meineid

Die „ohnmächtige Lola" Andrews hatte behauptet, den unter dem Automobil liegenden Sacco nach einer naheliegenden Fabrik gefragt zu haben. Fünf Monate vor dem Prozeß konnte sie Sacco nicht wiedererkennen. Nichtsdestoweniger begab sie sich auf den Zeugenstand und identifizierte ihn. Neun Monate nach dem Prozeß bekannte sie, daß sie einen falschen Eid geleistet hatte. Sie schwor, daß sie durch den Distriktsstaatsanwalt Williams dazu gezwungen worden sei, da er sie mit Enthüllungen über ihr Privatleben bedrohte.

Vor etwa achtzehn Jahren hatte Frau Andrews einen unehelichen Sohn geboren. Dieser Sohn lebte in den Wäldern von Maine unter dem Namen John Hassam. Er hörte böse Gerüchte über seine Mutter, glaubte ihnen aber nicht. Frau Andrews bemühte sich mit allen Kräften, sich den Respekt ihres Sohnes zu erhalten. Es war das einzige, was sie noch in einem zerstörten Leben besaß.

Der Verteidiger brachte den Jungen, der ein naiver Hinterwäldler war, nach Boston. „Mütter lügen nicht", glaubte John. Darum wollte er seine Mutter bitten, die Wahrheit zu sprechen. Er sah, daß es sich hier um Menschenleben handelte, und meinte, daß seine Mutter ihm nicht ins Gesicht hinein lügen würde. So wurde eines Abends das Zusammentreffen arrangiert. Zwei Zeugen waren anwesend, als die Frau sich plötzlich ihrem Sohne gegenüber fand, den sie seit Jahren nicht gesehen hatte. Die Zeugen waren Fred Biedenkamp, der Kassierer der Arbeiter-Verteidigungsunion, und John Van Bärenewyck, der damalige Vizepräsident und jetzige Präsident der Arbeiterföderation von Massachusetts.

„Mutter," sagte der Knabe aufgeregt, „Du hast verschiedene Dinge zu verschiedenen Zeiten ausgesagt. Nimm Dich einmal zusammen und sage aufrichtig die Wahrheit. Wenn Du es nicht tust, bist Du nicht mehr meine Mutter."

Die Frau brach zusammen und erzählte eine Geschichte der Verfolgung, in der sie schilderte, wie Williams mit Zwangsmaßnahmen auf sie eingewirkt hatte, um sie zu einer belastenden Aussage zu zwingen. Sie gab eine Erklärung ab, die sie noch am selben Abend unterschriftlich bestätigte. Sechs Monate später nahm sie ihr Geständnis zurück und beklagte sich, daß die Verteidigung einen Zwang auf sie ausgeübt hätte. Ebenso wie Pelzer änderte sie viermal ihre Aussage. Die Verteidigung ersuchte um Wiederaufnahme des Prozesses, da sie ihr eigenes Zeugnis völlig vernichtet hatte.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Wie die Sachverständigen die Geschworenen zum Narren hielten

„Es war seine (Saccos) Pistole, die den Schuß abgab, der den Tod Berardellis zur Folge hatte. Für diese Behauptung führt der Staat Massachusetts zwei Zeugen auf, die Herren Proctor und Van Ambergh."

So sprach Thayer, mit der Sicherheit eines Richters, der das Beweismaterial eines siebenwöchigen Prozesses zusammenfaßt. Was sein Verstand aus der Aussage der beiden Sachverständigen für die Anklage herauslesen konnte, brachte er in zwei Sätze und legte das Sachverständigenurteil ebenso aus wie Katzmann, der den Geschworenen erzählte:

„Sie brauchen die ganzen Identifizierungen nicht beachten und können Ihr Urteil nur auf die Aussage der Sachverständigen stützen."

Die Geschworenen machten sich diese klare Auslegung zu eigen.

Mehr als zwei Jahre nach dem Prozeß gab einer der Sachverständigen, Hauptmann Proctor, eine Erklärung ab, in der er die Richtigkeit dieser Auslegung ableugnete. Er gab zu, daß er unter Beihilfe des Anklägers absichtlich die Geschworenen zu einem Mißverstehen seiner Aussage gebracht hatte. Der entsprechende Teil seiner Erklärung lautet:

„Der Distriktsstaatsanwalt fragte mich bei dem Prozesse nicht, ob ich Beweise dafür gefunden hätte, daß die sogenannte tötliche Kugel, auf die ich als Nummer 3 hingewiesen habe, aus Saccos Pistole gekommen war, auch im Kreuzverhör wurde diese Frage nicht an mich gestellt. Der Distriktsstaatsanwalt wollte diese Frage an mich stellen, ich hatte ihm aber wiederholt geantwortet, daß ich dann gezwungen wäre, sie zu verneinen. Deshalb formulierte er:

Frage: „Haben Sie eine Meinung darüber, ob diese Kugel Nr. 3 aus dem Colt-Automatic abgefeuert wurde, der sich hier befindet?" Worauf ich antwortete: „Ich habe eine Meinung."

Frage: „Und was ist Ihre Meinung?" Antwort: „Wenn meine Meinung ist, daß man annehmen kann, die Kugel sei aus dieser Pistole abgeschossen worden."

Ich hatte nicht die Absicht, mit dieser Antwort anzudeuten, daß ich einen Beweis gefunden hätte, die sogenannte tötliche Kugel sei durch diesen Colt-Automaticrevolver gegangen. Der Staatsanwalt wußte sehr gut, daß ich diese Absicht nicht hatte, und darum formulierte er die Fragen anders. Wäre ich direkt gefragt worden, ob ich einen positiven Beweis dafür gefunden habe, daß die sogenannte tödliche Kugel durch diesen Revolver Saccos gegangen ist, hätte ich damals, wie auch jetzt ohne Zögern im verneinenden Sinne geantwortet."

Auf Grund der Erklärung sollte eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchgesetzt werden. Hauptmann Proctor war der Befehlshaber der Staatspolizei von Massachusetts, als er die Aussage machte. Dreiundzwanzig Jahre war er in der Abteilung für öffentliche Sicherheit beschäftigt. Sein Wort galt bei einem Schwurgericht in Massachusetts zweifellos viel. Nach seinem eigenen Geständnis hatte er mit den Behörden konspiriert, um in einer wichtigen Beweissache einen zweideutigen Eindruck hervorzurufen. Die Anklage konnte nicht leugnen, daß hier eine geheime Abmachung vorlag, was auch aktenmäßig bewiesen werden konnte. Aber der Richter Thayer sah das nicht als genügenden Grund an, um eine Wiederaufnahme des Prozesses zu gestatten.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Das Mikroskop als Entlastungszeuge

Albert H. Hamilton, eine als Sachverständiger in den Vereinigten Staaten anerkannte Persönlichkeit, unterwarf Saccos Revolver und die Kugel, die dem Körper Berardellis entnommen war, in Gegenwart von Staatsbeamten einer mikroskopischen Untersuchung durch ein ungewöhnlich scharfes Mikroskop, das imstande war, ein Hunderttausendstel eines Zolles auf einer photographischen Platte festzuhalten.

Das Resultat war eine 93 Seiten lange Schilderung, überladen mit technischen Ausdrücken, begleitet von einem Berg von Photographien und Zeichnungen. Ein Laie kann unmöglich den Sinn dieses Materials wiedergeben — den Mut dazu haben nur allwissende Geschworene, „die ihre Pflicht im Geiste höchster Loyalität tun". Die Photographien bewiesen ausreichend, daß die sogenannte tödliche Kugel nicht aus Saccos Revolver abgefeuert sein konnte. Die allerfeinsten Messungen zeigten, daß der winzige Strich in der Kugel und die Rostfleck im Laufe, die man als Ursache des Strichs angenommen hatte, nicht übereinstimmten. Der Strich hatte eine andere Länge, Tiefe und Lage als die Rostflecke. — Doch warum diese Schilderung noch fortsetzen?

Der Antrag wurde abgelehnt.

Richter Thayer paßt sein Gewissen den Umständen an

Ein Teil dieses Beweismaterials war dem Richter Thayer bereits am 1. Oktober vorgelegt worden. Die formale Zulassung von William G. Thompson und Arthur D. Hill bot die Gelegenheit dazu. Moore hatte sie aufgefordert, durch ihr juristisches Talent und ihre Namen dem neuaufgehäuften Beweismaterial zum Siege zu verhelfen. Ende des Jahres 1924 verließ Moore Boston.

Thompson, ein behäbiger, konservativer und gelassener Rechtsanwalt, hatte es immer verstanden, sich den Respekt jedes Gerichtshofes zu erwerben. Thayer behandelte ihn jedoch nicht besser als Moore. Thompson war Mitglied des Rates der Bostoner Rechtsanwälte-Vereinigung und Lehrer an der juristischen Fakultät der Harvard-Universität. Hill war Professor an der juristischen Fakultät der Harvard-Universität und Distriktsanwalt im Kreis Suffolk, zu dem auch Boston gehört. (Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0009

Noch einmal der Finanzwirtschafts-skandal der Stadt Alsleben

(Schluß)

Wir stellen keine leeren Behauptungen auf, wenn wir sagen, die Anleihegelder seien nicht entsprechend ihren vorbestimmten Zwecken angelegt worden, sondern wir benutzen die Wiedergabe der Ausführungen des Bürgermeisters, wie sie in der bürgerlichen Presse erschienen sind, als Beweis hierfür. Hier zum Beispiel die Ausführungen über die Abdeckung des Restdarlehens für die Schaafstedter Straße. Es heißt dort: „Eine spezielle Abrechnung war erforderlich, weil diese in zwei Bauabschnitten ausgeführte Arbeit im Rahmen einer großen Notstandarbeit war. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 80 000 Mark, wovon 23 000 Mark als Zuschuß und 50 000 Mark als Darlehen aus Staatsmitteln gezahlt worden sind. Außerdem hat der Kreis eine Beihilfe von 5000 Mark gewährt. Die Schuld ist bis auf 20 000 Mark getilgt." Wir sehen also, daß noch 20 000 Mark ausstehen, trotzdem

aus der Anleihe 25 000 Mark zur Tilgung dieser Schuld verwendet werden sollten, aber hiernach doch nicht verwandt worden sind.

Die in der Anleihe-Aufstellung genannten Kosten von 8000 und 5000 Mark unter Punkt 6 und 5 sind als verausgabt nachgewiesen.

Die Instandsetzung des Marktplatzes mit Kanalisierung (Punkt 4) ist nicht erfolgt. Die 10 000 Mk. sind anderweitig angelegt.

Dafür ist die Ausgabe bei Punkt 3 (Abortanlagen im Rathaus) von 8000 Mark auf 12 000 Mark gestiegen.

Die Erbauung der Friedhofskapelle (Punkt 2) ist jedoch ebenfalls nicht erfolgt,

so daß auch diese 25 000 Mark der Anleihe anderweitig verausgabt worden sind.

Wir sagen, diese Posten sind anderweitig verausgabt, da in dem Bericht der bürgerlichen Zeitung, frei nach Bürgermeister Fiebig, für die laufenden Neubauten schon kein Geld mehr dagewesen ist und der Herr Ratmann Sommer in der Stadtverordnetensitzung erklärte,

daß selbst auch die Anleihe von 37 000 Mark für den Bau des Zwölf-Wohnungshauses einstweilen zur Deckung der Baukosten der Brücke verwandt wurden,

so daß der Wasserwerk-Rücklagenfonds von 33 000 Mark vorübergehend genommen werden mußte, um den Häuserbau in Angriff nehmen zu können.

Wir gehen also nicht fehl, wenn wir sagen, daß aus der 150 000-Mark-Anleihe zirka 55 000 Mark außer den angesetzten 60 000 Mark verwandt worden sind zur Deckung der Baukosten der Brücke und daß, wie der Ratmann Sommer selber erklärt hat, auch die 37 000 Mark der Hausbauanleihe zu diesem Zwecke verwendet wurden.

Die kommunistische Fraktion bestreitet ganz entschieden, daß in der Stadtverordnetenversammlung Beschlüsse gefaßt worden sind, die dem Magistrat ein Recht geben, in der genannten Weise über die oben aufgeführten Posten der 150 000-Mark-Anleihe zu verfügen. Auch der Nachtragszusatz zu dem Anleihebeschluß, den wir oben wiedergegeben haben, gibt dieses Recht nicht, so sehr wir dem Bürgermeister Fiebig glauben, daß er immer mit dieser Möglichkeit gerechnet habe.

Daß der Rendant Pflugbeil die Erklärung abgegeben hat, die Wasserwerksrücklagen seien „buchmäßig" vorhanden, ist bei Behandlung dieser Finanzfragen nicht von Bedeutung, da trotzdem die anderweitige Verwendung dieser Rücklagen erfolgt und ja auch von den Magistratsmitgliedern zugegeben ist, während gerade notwendige Arbeiten für das Wasserwerk ausgeführt werden, aber zurückgestellt werden mußten!

Die Baukosten der Saalebrücke

Zum Schluß noch einige Worte über die Abrechnung der Baukosten der Saalebrücke. Bürgermeister Fiebig glaubt, sein lange währendes Stillschweigen damit begründen zu können, daß er sagt: „Etwas Gutes bekommt die Bürgerschaft immer noch rechtzeitig zu hören". Damit kann sich natürlich kein Einwohner trösten, denn erstens wollen die Werktätigen nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag warten, ehe etwas Gutes kommt. Sie haben lange genug gewartet und beanspruchen, daß Gutes, und selbst das Beste, so schnell wie möglich komme. Aber weiterhin muß festgestellt werden, bis jetzt ist

über die Kostenrechnung des Brückenbaues für die Stadt Alsleben überhaupt noch nichts Gutes herausgekommen und jede neue Nachricht bringt darüber nur Schlechtes und Schlechteres.

Es muß mit den Gründen für das Verhalten des Bürgermeisters Fiebig schon sehr schlecht bestellt sein, wenn er solche Mätzchen anwendet, um sein Finanzgebaren und seine Geschäftsführung der städtischen Verwaltung damit „begründen" zu wollen.

Dem Bürgermeister sei noch gesagt, daß der kommunistische Stadtverordnete John in der Stadtverordnetensitzung wie auch in der öffentlichen Versammlung schon erklärt hat, daß ihm als Mitglied der Kassenkommission Klarheit über die gemachten Ausgaben ebensowenig gewährt worden ist, wie irgendwelche Einsicht in das besonders hierfür geführte Rechnungsbuch, trotzdem Genosse John mehrfach darnach gefragt hat!

Der Kosten- und Finanzierungsplan zum Brückenbau, den Bürgermeister Fiebig bekanntgibt, und von dem die bürgerliche Presse sagt, es sei „ein so glänzendes Ergebnis, mit dem nur die Kommunisten nicht zufrieden seien", enthält für die Stadtgemeinde Alsleben noch den „kleinen" bis dahin nie erwähnten Posten

einer neuen Anleihe von 162 000 Mark.

Bei der 150 000-Mark-Anleihe heißt es unter Punkt 1 klar und deutlich: „Zur Bezahlung des auf die Stadt entfallenden Teils der Baukosten für die Brücke: 60 000 Mark." — Damit sollte also der Anteil der Stadt gedeckt sein!

Hier tauchen aber neue 162 000 Mark auf.

Die Behauptung der kommunistischen Fraktion, daß die Brücke mindestens 100 000 Mark teurer werde, als die früher gegebenen Anschläge es vorsahen, bestätigt sich vollauf, und jeder Einwohner wird zugeben, daß das ganz bestimmt kein „glänzendes Ergebnis" ist.

Es sei aber auch noch festgestellt, daß selbst beim Bau der Brücke wiederum die unter allen Umständen zu verurteilende Methode der oberflächlichen Vorkalkulation der von der Stadt zu vergebenden Arbeiten angewandt wurde und wieder zum Schaden der Stadt.

Der eigentliche Brückenbogenbau, der von der Firma Dyckerhoff & Widmann ausgeführt wurde, ist für den fest vorveranschlagten Preis von 692 000 Mark erfolgt.

Die Steigerung des Gesamtbaupreises von 862 000 auf 925 000 Mark entfällt also ausschließlich auf den Rampenbau, der von der Stadt an die bekannten bei der Stadt bevorzugten Bauunternehmer erfolgt ist.

Wieder ein unerhörtes Ergebnis gegenüber dem Vertrag mit der fremden Firma Dyckerhoff & Widmann.

Und das sind die entscheidenden Gründe für die kommunistische Stadtverordnetenfraktion gewesen, die Anleihen für den Wohnungsbau seinerzeit abzulehnen, daß sie mit allen Mitteln erreichen wollte, daß endlich einmal die Oeffentlichkeit der werktätigen Bevölkerung Alslebens sich mit den oben gekennzeichneten Geschäftsmethoden des Magistrats beschäftige,

damit Schluß gemacht wird mit der Benachteiligung der Stadt durch die Schuld ihrer eigenen Leitung.

Den Beweis hierfür haben die Fraktion und die kommunistische Presse angetreten.

Die Einwohnerschaft hat am 17. November das Wort und sie muß und wird den Kommunisten ihr Vertrauen geben, um die bürgerliche Mehrheit zu brechen und damit die Stützen der Skandalwirtschaft, unter der Leitung des Bürgermeisters Fiebig, zu beseitigen.

Gegen die Spalter im Freidenkerverband

Im ganzen Bezirk wächst unter der Mitgliedschaft der Freidenkerorganisation der Unwille gegen die kommissarisch eingesetzte Leitung und gegen die Manipulationen des Bundesvorstandes. Wir haben in den letzten Tagen schon über 15 Erklärungen einzelner Ortsgruppen, die gegen das verbandsschädliche Verhalten der reformistischen Leitung Stellung nahmen, abgedruckt. Das ist ein Beweis der Aktivität der Opposition, die nicht willenlos den Verband zugrunde richten lassen will.

Auch die Berliner Opposition im Freidenkerverband ist sehr rührig. Sie benützte den roten Arbeiter-Sport- und Kulturtag am letzten Sonntag, um größere Teile des Proletariats aus der Kirche herauszuziehen. Mehr als 300 Austritte wurden vollzogen. Etwa die doppelte Anzahl mußte am Sonntag von einem Austritt absehen, weil die gesetzlich vorgeschriebenen Ausweispapiere im Augenblick nicht vorhanden waren. Groß war aber auch die Zahl derjenigen Arbeiter und Arbeiterfrauen, die wegen der notwendigen 2 Mark Notariatsgebühren, die sie von ihrem kargen Lohn nicht missen konnten, ebenfalls einen Austritt aus der Kirche nicht allsogleich zu vollziehen vermochten.

„Aber aufgeschoben, ist nicht aufgehoben", erklärte eine Arbeiterfrau, die mit ihren drei Kindern aus der Kirche ausscheiden will und somit 8 Mark bezahlen müßte. „Wir schaffen es doch noch und wenn wir noch eine Stulle weniger essen müssen." An diesem Ausspruch ersieht man, daß der Wille, aus der Kirche auch formell herauszukommen, sehr stark ist. Da aber der Gesetzgeber, der heutige Staat, die Koalitionsregierung, alles Interesse daran hat, die Massen in den Volksverdummungsanstalten festzuhalten, wird die Austrittsmöglichkeit mit allen Schikanen erschwert.

Leider kommt es noch immer vor, daß Arbeitereltern ihre Kinder direkt in die Kirchengemeinschaft bringen, um nach außen der althergebrachten, vermoderten bürgerlichen Moral genüge zu tun. Den Nachteil hat dann das Kind, wenn es, aufgeklärt über das Wesen der Religion, aus dieser Gemeinschaft wieder heraus will.

Das Merseburger Freidenkertreffen war gleichfalls ein glänzender Beweis für die Stimmung und den Kampfgeist im Freidenkerverband unter Führung der Opposition.

Auch heute sind wir wieder in der Lage, Berichte aus verschiedenen Ortsgruppen zu bringen. Ueberall ist der Wille zum Kampf gegen die Kulturreaktion und die Spaltungsmethoden der Reformisten vorhanden. Die Aktivität aller Ortsgruppen muß trotzdem noch erhöht werden und bis zur Unschädlichmachung der Konkordatssozialisten führen. **Heran an die Arbeit! Keiner stehe zurück!**

Sandersdorf

Am 24. August fand die fällige Monatsversammlung des Vereins für Freidenkertum und Feuerbestattung statt. Es wurde Stellung genommen zu den Spaltungsmaßnahmen der provisorischen Bezirksleitung. Hauptsächlich protestierten einige Genossen gegen die neuesten Gewaltmaßnahmen der Kolksch und Konsorten, die dieselben gegen den Arbeitsgebietsleitungsvorsitzenden, Genossen Fritz Rödel, durchführen wollen. Folgende

Resolution

wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

„Die am 24. August tagende Mitgliederversammlung der Freidenker, Ortsgruppe Sandersdorf, steht hinter dem Aufruf zum Freidenkertreffen in Merseburg und spricht der Arbeitsgebietsleitung das volle Vertrauen aus. Die Mitgliedschaft fordert sofortige Einberufung einer Bezirkskonferenz bis zum 8. September, weiter die Wiederaufnahme aller aus dem Freidenkerverband ausgeschlossenen oppositionellen Genossen und ihre Einsetzung in die alten Rechte. Die Mitgliedschaft erhebt schärfsten Protest gegen die Spaltung des Verbandes durch die Reformisten Kolksch und Konsorten."

Weiter nahm die Versammlung Stellung zur Propagandaarbeit für die Freidenkerbewegung. Hierbei kam man zu dem Entschluß, eine öffentliche Freidenkerversammlung anfangs Oktober zu veranstalten, wozu ein Referent durch den Vorstand angefordert werden soll.

Herzberg

In der am Sonnabend, dem 24 August, stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde nach ausgiebiger Debatte mit übergroßer Mehrheit folgende Resolution angenommen:

Resolution

Die Mitgliederversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Herzberg, nahm Stellung zu der fortschreitenden und immer frecher werdenden Kulturreaktion, und ist der Ansicht, daß die Haltung und Maßnahmen des Verbandsvorstandes bei und nach der Annahme des Konkordats eine vollkommene Preisgabe des Kampfes gegen die Kulturreaktion ist.

Der Ausschluß von Mitgliedern und das diktatorische Mundtotmachen vonseiten des Verbandsvorstandes gegenüber Genossen, welche nach wie vor der Kulturreaktion den Kampf ansagen und diesen Kampf auch führen, wird aufs schärfste verurteilt.

Die Versammlung fordert deshalb:

1. Sofortige Einberufung einer Bezirkskonferenz, in welcher über den Abschluß des Konkordats und die sich ergebenden Folgerungen (Zugeständnisse an die evangelische Kirche usw.) ernsthaft Stellung genommen wird
2. Wahl einer Bezirksleitung, welche imstande ist, einen Kampf gegen alle Maßnahmen der Kulturreaktion zu führen.
3. Aufnahme (und Wiedereinsetzung in die alten Rechte) aller Genossen, welche wegen ihrer oppositionellen Stellungnahme vom Verband ausgeschlossen wurden.
4. Ausschluß derjenigen Mitglieder, welche in den Parlamenten für Annahme irgendeines Konkordats stimmen, oder überhaupt der Kirche Mittel bewilligen.

Niederlage der Freidenker-Verbandsbürokratie

Die Ortsgruppe Eilenburg des V. f. F. u. F. nahm in einer am Montag, dem 19. August, stattgefundenen Mitgliederversammlung Stellung zu den Verhältnissen innerhalb des Verbandes. In eingehenden Ausführungen erläuterte der Vorsitzende, Genosse Platz, die Haltung des Verbandes zu allen Kulturfragen der letzten Jahre bis zur Annahme des Preußenkonkordats, schilderte auch das Entstehen und die Ursachen der immer mehr um sich greifenden Opposition in der Mitgliedschaft, die seitens der Verbandsbürokratie mit den brutalsten Mitteln zu unterdrücken versucht wird. Eine diesen Ausführungen entsprechende Resolution wurde gegen vier Stimmen angenommen.

Der Sprecher dieser Resolutionsgegner, einstmalig Mitglied der KPD. und heute einer der verbissensten SPD.-Funktionäre, mußte selbst zugeben, daß die Resolution nur selbstverständliche Forderungen enthalte; daß sie aber doch dagegenstimmen müßten, weil sie sich gegen ihre Partei und deren Führer wendet. Armselige Geister! Als ob wir dafür könnten, daß die SPD.-Fraktion des Preußischen Landtages fürs Konkordat gestimmt hat.

Die Resolution selbst verlangt Einberufung der längst fälligen Bezirkskonferenz im September, Wiederaufnahme sämtlicher ausgeschlossenen Mitglieder und Ortsgruppen und Ausschluß derjenigen Landtagsabgeordneten, die als Mitglieder unseres Verbandes dem Konkordat zugestimmt haben.

15. Internationaler Jugendtag am 1. September in Halle

Bitterfeld-Wittenberg

Wie Kolonialvölker um ihre Freiheit kämpfen

Hierüber spricht der Neger, Genosse Patterson (Negergewerkschaft der Vereinigten Staaten) am Sonnabend, dem 31. August, 20 Uhr, im „Volkshaus" zu Bitterfeld.

Patterson war Delegierter zum Antiimperialistischen Kongreß, der im Juli in Frankfurt a. M. stattfand.

Werktätige Männer und Frauen, beweist durch Massenbesuch, daß Ihr Euch mit den unterdrückten Völkern solidarisiert im Kampfe gegen die imperialistische Kolonialpolitik.

KPD. Bitterfeld. IAH. Bitterfeld.

Republikanisches Sängerfest in Ramsin

Der „Freie Sänger-Chor" Ramsin-Rennewitz feierte am 24. und 25. August sein fünfjähriges Bestehen. Mit dem Zeichen der schwarz-rot-goldenen Fahne erhoffte dieser Bildungsverein Sympathien unter der Bevölkerung zu gewinnen. Doch schon der Sonnabendabend ließ das Fernbleiben des größten Teils der Ramsiner Werktätigen erkennen.

Am Sonntag, in vorgerückter Morgenstunde, wehten aus den Giebelfenstern des Gasthausbesitzers zwei Fahnen, welche sich grundsätzlich widersprachen. Neben der sozialdemokratisch-republikanischen Reichsfahne sah man die rote Fahne. Ein Kommentar hierzu erübrigt sich.

Auch die Sonntagsveranstaltung zeigte keinen besseren Besuch. Die linken Sozialdemokraten führten dieses Ergebnis auf Sabotage zurück. So hat denn dieses Fest die Einflußlosigkeit der Sozialfaschisten bewiesen. Am 17. November muß eine endgültige Abrechnung der gesamten Arbeiterschaft diesen Leuten gegenüber erfolgen. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird seine Stimme der Kommunistischen Partei geben.

KPD. Piesteritz. Freitag, den 30. August, 20 Uhr, im „Schützenhaus" Mitgliederversammlung.

Mansfeld-Sangerhausen

Arbeitslosenversammlung in Wansleben

Am Sonnabend fand hier eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt. Besucht war sie von ungefähr 50 bis 60 Erwerbslosen. Der Referent, Genosse Gorisch, behandelte ausführlich das neue Gesetz und dessen Verschlechterungen, welche mit Hilfe der KPD. durchgeführt werden sollen. Dies löste eine ausgiebige Diskussion aus. Man wählte einen Erwerbslosenausschuß. Ebenfalls wurde eine **Resolution einstimmig angenommen, welche sich gegen eine weitere Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge wendet.** Die erwerbslosen Kollegen können versichert sein, daß ihre im Betrieb stehenden Arbeitsbrüder volle Solidarität üben werden. Es gilt für die kommenden Kommunalwahlen auch unter den Erwerbslosen Vorarbeiten zu treffen.

Teutschenthal. Heute auf zum Rußlandfilm. Im Gasthaus „Zum Würdenhof" wird heute abend der Film „Wolga-Wolga" mit Darstellungen aus dem Leben des Rebellenführers Stenka Rasins vorgeführt. Keiner versäume, diesen Rußlandfilm, die bekanntlich immer erstklassig sind, heute abend anzusehen.

Bennstedt. Wohnungsnot und leerstehende Wohnung. Wie überall herrscht auch in unserem Städtchen große Wohnungsnot. Trotzdem die so viel gepriesene Versafung jedem Deutschen eine gesunde Wohnung verspricht, zeigt die Praxis das Gegenteil. Gerade in den Landarbeiterkreisen herrschen die landlosesten Verhältnisse. Während man für Stallungen im Interesse des Profits keine Ausgabe scheut, läßt man die Landarbeiter in den erbärmlichsten Höhlen kampieren. Ein recht krasser Fall dieser Art liegt jetzt wieder beim Rittergutsbesitzer Wernicke vor. Dieser „Herr" hat schon seit Mai eine Wohnung, in welcher der Hofmeister wohnte, leerstehen. Landarbeiter, welche aus ihren ungesunden Löchern gern herauswollen, werden aber von dem „vornehmen Herrn" nicht in die leere Wohnung gelassen. So steht die Wohnung schon vier Monate leer, während die Arbeiter dabei in Löchern hausen müssen. Wir fragen bei der vorgesetzten Behörde, dem Kreiswohnungsamt und dem Amtsvorsteher an, warum in diesem Falle noch keine Belegung der Wohnung mit einheimischen Landarbeitern erfolgt ist? Trauen sich die Behörden nicht, in Herrn Wernickes Bereich Ordnung zu schaffen, oder wollen sie Wohnlücher der Landarbeiter als gesunde Wohnungen bezeichnen? Dann mögen die betreffenden Beamten mit den Landarbeitern, die aus den Löchern herauswollen, tauschen!

Sangerhausen-Nordhausen

Sangerhausen. Gute Ernte in der Goldenen Aue. Trotz des wenig günstigen Wetters ist die Ernte in der Goldenen Aue gut gewesen. Nur der Roggen erfüllt nicht die Erwartungen. Hingegen versprechen Rüben und Kartoffeln sogar eine Rekordernte. Die Preise werden trotzdem steigen.

Erwerbslose und Betriebsarbeiter!

Steigert die Protestwelle gegen Unterstützungsraub und den Verrat der SPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0010

Aus den Betrieben

Zum 15. Internationalen Jugendtag

(Jungarbeiter-Korrespondenz)

Vor 15 Jahren, inmitten des imperialistischen Völkermordens, bloß ein kleines Häuflein revolutionärer junger Arbeiter die [...]eihen, um zum ersten Male den Internationalen Jugendtag zu [...]egehen. Der revolutionäre Antimilitarismus war das Feldgeschrei [...]ieser kühnen Schar, die nicht müde wurde, die unterdrückten, [...]rigen Massen des Proletariats gegen den imperialistischen Blut[...]usch zum Sturz der herrschenden Klasse, zur Umwandlung des [...]perialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zu rufen. Es gibt [...]um einen historischen Kampftag in der Geschichte der modernen [...]rbeiterbewegung, dessen Traditionen stärkere Berührungspunkte

Wollt ihr einen neuen August 1914?

Ihr werdet es nicht wollen, darum demonstriert mit uns zum 15. Internationalen Jugendtag am 1. September gegen die drohende Kriegsgefahr.

[...]wiese, mit der gegenwärtigen, kriegsdräuenden Situation, als [...] den Internationalen Jugendtag, den die arbeitende Jugend am [...] September zum fünfzehnten Male begehen wird.

[...]chon züngeln die Flammen eines neuen Krieges empor. Die [...]perialisten schicken ihre Henkersknechte in China gegen das sozia[...]istische Vaterland der Werktätigen, gegen die Sowjetunion. Es [...] nicht beim Konflikt in China bleiben, die Imperialisten [...]den auch an anderen Stellen vordringen. Darum ist die Ver[...]igung der Sowjetunion der zentrale Gedanke, der die Massen [...] am 1. September demonstrierenden Jungarbeiter beherrschen [...]. Verteidigung der Sowjetunion heißt aber Kampf gegen [...]ismus und Sozialfaschismus, Kampf gegen die pazifistischen [...]aseure, gegen die SAJ. und die heuchlerischen „Linken“ in der [...]. Verteidigung der Sowjetunion heißt Kampf gegen die Mili[...]ierung der Jugend, gegen Ausbeutung im Betrieb und politische [...]rechtung der Arbeiterjugend, heißt Zersetzung der bewaffneten [...]fte unseres Klassenfeindes.

[...]er Internationale Jugendtag muß eine Probe für die kommen[...] größeren Aktionen der Arbeiterjugend gegen den imperia[...]ischen Krieg sein. Das Heer der Kommunistischen Jugendinter[...]onale wird in diesen Tagen in allen Ländern aufmarschieren, [...]den imperialistischen Kriegstreibern Trotz zu bieten. Darum [...]us in ganz Deutschland zum 15. Internationalen Jugendtag!

Pleite der Werksfaschisten

Sumpfdotterblumen der Weißenfelser Papiermühle machten Fahnenweihe.

A.-K. Der gelbe Werkverein der Weißenfelser Papierquetsche, bekanntlich durch ihre Arbeitsgerichtsprozesse in ganz Mitteldeutschland berühmt wurde, erlebte hier die Feier seines ein[...]gen Bestehens. Dietrich, dem die Betriebsratswahlen schwer [...]ie Nieren gegangen sind, hat tief in die Tasche gegriffen und [...]eine Vereinsfahne gestiftet! Er hatte auch befohlen, daß ein [...]r Umzug stattzufinden habe mit nationaler Musike und ent[...]sprechendem Klamauk. Aber siehe da, die Proleten hatten ihn [...]r im Stiche gelassen. Noch nicht einmal die eingeschriebenen [...]en waren gekommen!! So ging denn ein Umzug mit aus[...]igem Kroppzeug vonstatten. Voran trabten zwei Antreiber, [...]en „Werksgemeinschaftsgeist“ darstellen sollten. Dann folgte [...] Spielmannszug der Ammendorfer Fabrikfeuerwehr und dann [...]n wirklich einige Sumpfdotterblumen von Oskars Garde, [...]icht 4 bis 5 Dutzend! Die Jammergestalten der verdummten [...]vereinler erregten allgemeines Mitleid. Dietrich hatte sich [...] Vorsorge noch auswärtige Krieger und Stahlhelmer ver[...]ben und auch einen Knappschaftsverein. Aus Halle war so[...]der nationale sogenannte „Marineverein“ gekommen. Mit Gewalt sollte der Werksfaschismus hochgepäppelt werden. Es [...]ang wieder einmal. Die Gelben mögen sich auf den Kopf [...]n, sie schaffens nicht. Sie können in Weißenfels keinen [...]entopf gewinnen und sie werden auch nicht in der Lage sein, [...]Profite ihres „Brotherrn“ zu sichern, denn die Zeit der Lohn[...]rungen und Lohnkämpfe ist angebrochen. Gegen den Willen [...] Faschisten und gegen den Willen der unternehmerfreund[...] Sozialfaschisten wird die Arbeiterschaft kämpfen, bis auf allen [...]n, auch auf dem Dache der Weißenfelser Papierquetsche die rote [...]e weht.

Anstreichernöte im Leuna-Zuchthaus

Bei dem „Wundermeister“ der Gruppe Nord

[...]streicher sein ist ein bitteres Los, zumal unter der Aufsicht [...]ger Antreiber, die einem das Leben zur Hölle machen. Be[...]rs bei dem dicken Röpke ist es kaum auszuhalten. Zu ihm paßt [...]Meister Wunder, über den wir heute etwas berichten wollen.

[...]nder ist tatsächlich ein richtiger Wundermeister. Zu ihm paßt [...]Kostenmann Berndt. Nicht genug, daß die beiden Helden schon [...]Abrosten wie der Teufel hinter der Fliege her sind, werden [...]r nicht fertig mit der Kontrolle der gelieferten Arbeit. Der [...]erliche Wundermeister hüpft wie ein Baumaffe zwischen den [...]en herum, und munter schmiert er Striche, Ringe, Pfeile und [...]wundervolles W. mit Oelkreide an die vermeintlich fertige Ar[...] — Beanstandet! Die „Buntspechte“ müssen nochmals von anfangen, die gezeichneten Stellen suchen und nachstreichen. [...] Methode ist dazu angebracht, etwa gut gemachte Stunden [...]sehen zu lassen. Am liebsten nimmt Meister „Wunder“ diese [...]korrektur bei den Spritzern vor, weil diese Kollegen ihn stän[...]unbeachtet lassen, und beim Zusammenpacken ihrer Geräte nicht [...]en, bis er geruht, Feierabend zu bieten. Wenn die Schand[...] alle wieder verdeckt sind (mit Pinsel zugestrichen) und die [...]it als fertig abgegeben wird, dann geht Röpke alles noch ein[...]durch und dann geht das Ausbessern von vorne los! Beim [...]stänkern hat ja „Wunder“ Farbe abgekratzt durch sein Herum[...]ern. Da ist es dann kein Wunder, wenn der Wunderknabe [...]er wieder Wunderliches entdeckt. Er heckt alle Tage etwas [...]es aus. Weil beim Spritzverfahren nach Ansicht Röpkes und [...]ders die Zeiten im Akkord noch zu gut kalkuliert sind, erschien [...]ich die Akkordkalkulation und stoppte einzelne Arbeiten ab!

[...]arten wir das Ergebnis dieser Nachkalkulation ab, und dann [...] Dunst von der Akkordkommission des Betriebsrates. Da wird [...] der Wunder aber wundern. Steht zusammen, Kollegen! [...] Euch keine Akkordabzüge gefallen, kämpft gegen alle Schikanen. [...]ein in die rote Klassenfront! —jimm.

[...]he Deinen Kollegen zum „Klassenkampf“-Leser!

Schlagt den Sozialfaschismus in den Betrieben

Ueberall werden revolutionäre Arbeiter entlassen — Schwarzrotgelbe Organisationsbüros in Gemeinde- und Staatsbetrieben — Schafft rote Vertrauensleute

Die deutsche Republik muß ihre Betriebe von Rebellen säubern. Die verschärft einsetzende kapitalistische Nationalisierung, die Subventionierung der Trustbourgeoisie, die Vorbereitungen zum imperialistischen Kriege verpflichten die kapitalistische Republik und ihre sozialdemokratischen Baumeister, entsprechende Voraussetzungen, insbesondere in den Gemeinde- und Staatsbetrieben, zu schaffen. Dieser Aufgabe war sich auch der sozialdemokratische Direktor Brolat der Verkehrs-A.-G. in Berlin bewußt, als er von den Gemeindearbeitern Arbeitsdisziplin, Leistungssteigerung und Staatstreue forderte, worüber der „Vorwärts“ in Nummer 285 berichtete. Die Sozialfaschisten rüsten verstärkt.

In den letzten Monaten sind bei den Gaswerken, A.-G., in Berlin Neueinstellungen vornehmlich von Anhängern des Reichsbanners und der Sozialdemokratie vorgenommen worden.

Die Verwaltung richtete ein „Büro für Arbeiterangelegenheiten“ ein. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Riese wurde mit der Leitung dieses Büros beauftragt. Mit der Bezeichnung „Arbeiterangelegenheiten“ soll der Hauptzweck eines solchen Büros verdeckt werden. Die Tätigkeit des Riese nimmt darauf Bedacht, die unzufriedene Arbeiterschaft von der Verwaltung fernzuhalten und die Verwaltung über die Vorgänge im Betriebe zu informieren. Die Reichsbannerangehörigen gehen in diesem Büro ein und aus und es entpuppt sich diese Einrichtung immer mehr als ein Organisationsbüro des Sozialfaschismus. In den Elektrizitätswerken A.-G. in Berlin wurde für dieselben Zwecke ein ebensolches Büro unter der Leitung des sozialdemokratischen Stadtverordneten Schäfer eingerichtet. Die bevorzugte Einstellung von Anhängern des Reichsbanners hat den offensichtlichen Zweck, dem Betriebsfaschismus eine breitere Aktionsbasis gegen die sich radikalisierende Arbeiterschaft zu schaffen. Im Lager des Berliner Reichsbanners wird die Losung „Schafft Betriebsgruppen gegen den roten Terror“ eifrig propagiert.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten sind festes Bindeglied zwischen den sich bildenden sozialfaschistischen Betriebsgruppen und der Hindenburg-, Severing-, Grzesinski-Republik.

So kündigte in Köln die Stadtverwaltung die Entlassung von 300 Straßenbahnern an.

Die kommunistischen Anträge im Stadtparalament auf Verhinderung dieser Massenentlassung wurden von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion mit einer beispiellosen Rigorosität niedergeknüppelt. Das Vorhaben der sozialfaschistischen Führer ist klar. Es sollen die Gemeinde- und Staatsbetriebe von den unzufriedenen Arbeiterelementen gereinigt und zu festen Stützen des kapitalistischen Staates gegen die revolutionäre Front des Proletariats werden. In diesem Zusammenhang sind auch die Ausführungen von Polenske, dem reformistischen Führer des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, zu sehen, der die „Interessen der Arbeiterklasse den Interessen die Großbourgeoisie“ unterordnen will. Ebenso die Ankündigung des Reichsbannergenerals Höltermann, der „das Reichsbanner als legale Miliz des kapitalistischen Staates“ zu formieren gedenkt. Die Gemeinde- und Staatsbetriebe sind dafür als beste Operationsbasis ausersehen.

Die Konzentration des sozialimperialistischen Gewerkschaftsapparates ist verbunden mit einer verstärkten Faschisierung der Gewerkschaften und der Betriebe. Diesen sozialfaschistischen Rüstungen muß die Arbeiterschaft in den Betrieben eine geschlossene Einheitsfront gegenüberstellen. Entsprechend den Losungen und Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen sich die Gemeinde- und Staatsarbeiter sichere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung der kommenden Wirtschaftskämpfe, aber auch für einen Kampf zur Niederschlagung des Sozialfaschismus schaffen. In allen Betriebsabteilungen müssen vertrauenswürdige, klassenbewußte Funktionäre gewählt werden.

Durch Belegschaftsversammlungen mit einer umfassenden Aufklärungskampagne gegen den Betriebsfaschismus und für die Forderungen der der revolutionären Opposition ist ein jeder Betrieb zu einem aktiven Kampfblock der revolutionären Klassenfront zu gestalten.

Achtung! Chemie, Griesheim-Werke!

Am Freitag, dem 30. August, 17½ Uhr, findet eine Belegschaftsversammlung im Lokal Naumann in Bitterfeld statt.

Jeder Kollege muß unbedingt erscheinen.

Leuna-Zuchthaus und „Arbeiterrecht“...

Etwas über Klassenrichter, Leuna-Könige und Massenentlassungen

Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.

(Kommunistisches Manifest.)

A.-K. Der Kläger wird mit seiner Klage abgewiesen, das Gericht konnte sich nicht entschließen, die Entlassung des Klägers als politische Maßregelung zu betrachten — würdig und ernst nimmt der Leuna-Staatsanwalt Mathy dankbar das Urteil des Klassengerichts entgegen. Im Zuhörerraum höhnisch lachende, finstere Proletengesichter, die die feinen Zusammenhänge dieses Klassenurteils durchschauen.

Wochenlang dauerte der Kampf. Von Termin zu Termin wurde die Klage verschoben, um die günstigste Angriffsbasis für das Leuna-Zuchthaus herzustellen, um schließlich unter Assistenz der sozialfaschistischen Beisitzer ein Urteil zu fällen, das jedem Rechtsempfinden der Arbeiterklasse Hohn spricht, ganz zu schweigen von der Durchlöcherung des Entlassungsschutzes des Betriebsrätegesetzes.

*

Am 15. Juni d. J. wurde der Schlosser Georg Schreiber wegen „Arbeitsmangels“ vom Werk entlassen. Da der Genosse Schreiber auf der oppositionellen Betriebsratsliste kandidierte, zog er das „liebevolle“ Interesse der Werksleitung auf sich. Er wurde gemaßregelt. Nun teilt er das Los mit den vielen anderen.

Nach einer Bemerkung des Leuna-Staatsanwalts Mathy vor dem Arbeitsgericht sind bisher 2500 Entlassungen erfolgt!

In raffinierter Weise hat die Werksleitung verstanden, Argumente für die Entlassung des Genossen Schreiber heranzuziehen. Zwei Jahre lang war der Genosse in der Materialprüfung Me 175 beschäftigt, als ihm plötzlich eines Tages erklärt wurde, daß er wegen Arbeitsmangels entlassen werden soll. Auf Einspruch des oppositionellen Arbeiterrats wurde diese unglaublich plump angelegte Entlassung rückgängig gemacht! Um aber dennoch das Ziel zu erreichen, versetzte die Werksleitung den Genossen Schreiber zur Betriebskontrolle, von wo er dann, 14 Tage später, wegen „Arbeitsmangels“ endgültig entlassen wurde.

Unter dem Drucke der ungeheuren Erregung der Leuna-Arbeiter zur Zeit der Massenentlassungen, fand sich die Werksleitung bereit, für den übergroßen Teil der Tagschichtbetriebe den Achtstundentag einzuführen. Diese Arbeitszeitverkürzung fand auch auf die Materialprüfung Anwendung, um die Entlassung Schreibers zu rechtfertigen.

Nach erfolgter Maßregelung forderte die Werksleitung vom Arbeiterrat die Zustimmung zur Wiedereinführung des Neunstundentages für die Materialprüfung!

Brutaler konnte sich die schamlose Demagogie der Werksleitung nicht enthüllen. Aber auf das Arbeitsgericht blieben alle Argumente ohne jeden Einfluß.

Die Bemerkung des Klagevertreters, daß bereits 22 oppositionelle Betriebsratskandidaten gemaßregelt seien, quittierte der Vorsitzende mit einem verständnisvollen Kopfnicken. . . .

„Im übrigen“, so führte Mathy aus, „sind wir gezwungen, alle weit vom Werk entfernt wohnenden Arbeiter zuerst zu entlassen.“ Die Hintergründe dieser scheinheiligen Bemerkung des Leuna-Staatsanwalts werden blitzartig beleuchtet durch die Vorgänge in den Betrieben. Den Kollegen, die mehr als 40 Kilometer vom Werk entfernt wohnen, wird das Angebot gemacht, in eine beim Werk gelegene Wohnung zu ziehen. Weigern sich die Betreffenden, diesem Ersuchen mit Hinblick auf die mangelnde Sicherheit ihrer Existenz zu entsprechen, so wird ihnen entweder mit Entlassung gedroht oder aber die Entfernungszulage wird in Abzug gebracht.

Fürwahr, grausam gründlich werden alle Illusionen von einer Lebensstellung im Leuna-Werk vernichtet.

Die ungehemmte Profitgier der Leuna-Könige bestimmt die gesamte „fürsorgende“ soziale Wohlfahrt. In krasser, brutaler Deutlichkeit enthüllen sich die Tendenzen zum Lohnabbau und damit zu weiterer Massenverelendung Die Entlassungen revolutionärer Arbeiter, roter Betriebsräte und Betriebsratskandidaten sind in Verbindung mit den Lohnabbauversuchen in einem Teil der großen Kapitalsoffensive zu sehen, deren anderer Teil im schamlosen Abbau der Erwerbslosenversicherung zu suchen ist.

Stärkste Aktivität aller Genossen und die ehernen Gesetze des proletarischen Klassenkampfes werden auch dem letzten Leuna-Arbeiter die revolutionäre Erkenntnis ins Gehirn hämmern.

Wie werden revolutionäre Industrieverbände entstehen?

Wir entnehmen diesen Abschnitt dem Referat des Genossen Paul Merker auf dem Weddinger Parteitag. Das Referat ist als Broschüre erschienen mit dem Titel: „Die Spaltung der Arbeiterklasse und der Weg der revolutionären Gewerkschaftsopposition.“ Erhältlich bei den roten Buchhändlern, Preis 20 Pf.

Die Partei stellt die alte leninistische Losung auf: Eroberung der Arbeitermassen, Kampf zur revolutionären Umwandlung der Gewerkschaftsverbände zu einer einheitlichen Klassengewerkschaftsbewegung, organisiert nach den bestehenden Industrien und geleitet im Sinne des revolutionären Klassenkampfes!

Die Grundlage für diesen Kampf und für die kommende Umwandlung der Gewerkschaftsverbände sind die neuen Formen zur Organisierung der ökonomischen Arbeiterkämpfe.

Es sind die revolutionären Vertrauensleute, die revolutionären Betriebsräte, die Versammlungen der Betriebsdelegierten und der Kampfleitungen.

Je mehr die Massen die Notwendigkeit der Herausbildung solcher Kampfesorgane verstehen, je mehr die Organisierung und Führung des Kampfes auf dieser Grundlage zur Selbstverständlichkeit wird, um so weniger kann die sozialimperialistische Bürokratie durch ihre Spaltungsmaßnahmen die Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes hindern. Vielmehr wird es der revolutionären Opposition gelingen, gestützt auf die einheitliche Kampfesfront der Arbeiter, die Spaltungsmaßnahmen wirkungslos zu machen durch die Festigung der Arbeiterfront in den Betrieben und durch den festen Zusammenschluß der Massen und der Teile der von den Reformisten zertrümmerten Gewerkschaftsverbände zu einheitlichen Industrieverbänden im Verlaufe des revolutionären Massenkampfes. Die Umwandlung der Gewerkschaftsverbände zu Industrieverbänden ist ein revolutionärer Prozeß, der sich nicht auf demokratischer Grundlage vollzieht. Er tritt in sein akutes Stadium ein im Verlaufe der akuteren revolutionären Situation und in Verbindung mit großen revolutionären Massenkämpfen und wird abgeschlossen nach der Uebernahme der Macht durch die proletarische Klasse. In diesem Prozeß wird die sozialimperialistische Bürokratie von den Massen isoliert und der reaktionäre Gewerkschaftsapparat zerstört.

Die Kommunistische Partei ist die Kraft, die den Kampf der Arbeiterklasse nach marxistischen und leninistischen Prinzipien führt.

Dieser Kampf ist aber nach den fundamentalen Grundsätzen von Karl Marx und Lenin in der imperialistischen Phase des Kapitalismus nicht zu trennen in einen ökonomischen und einen politischen Kampf des Proletariats. Die Verbindung dieser beiden Seiten des proletarischen Klassenkampfes, seine Führung mit revolutionären Methoden, das ist es, was die Partei lernen muß. Versteht sie, diese Grundsätze von Karl Marx und Lenin anzuwenden, dann sichert sie den Sieg der Arbeiterklasse. Denn darüber besteht kein Zweifel: Die deutsche Arbeiterklasse steht vor einer Periode großer, gewaltiger Klassenkämpfe, in denen die Entscheidung heranreift für die Eroberung der politischen Macht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0011

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 186 — Freitag, 30. August 1929

Krisenanzeichen in Amerika

Vor dem Ende der amerikanischen Hochkonjunktur?

Verschiedene Anzeichen kündigen das baldige Ende der Hochkonjunktur in USA. an.

Die gesteigerten Gewinne des amerikanischen Industriekapitals in der letzten Vergangenheit hatten den Anlaß zu einem beispiellosen Spekulationstaumel auf der Börse gegeben. Die fortwährenden Kurssteigerungen haben dazu geführt, daß immer mehr Geldkapital zu Spekulationszwecken auf der Neuyorker Börse Verwendung fand, wobei die Finanzmagnaten durch Neu-Emissionen usw. gewaltige Extragewinne für sich einsteckten. Trotz des amerikanischen Kapitalüberflusses trat deswegen eine Verknappung des Geldkapitals ein. Zeitweise stiegen die Zinssätze für kurzfristige Kredite bis auf 20 Prozent. Das muß natürlich sehr schnell auf die industrielle Konjunktur, die ebenfalls sich immer mehr auf Bankkrediten aufbaute, rückwirken. Die Neuyorker Bundesbank glaubte durch Einschränkung der Börsenkredite eine „Stabilisierung" der Konjunktur und einen schroffen Abbruch der Konjunktur verhindern zu können. Deswegen unter anderem die Neuyorker Diskonterhöhung um ein Prozent, die allerdings gleichzeitig ein Druckmittel auch gegen die Bank von England gewesen ist. Die Zinssätze für sonstige Bankakzepte wurden dagegen ermäßigt. Deswegen erlebte auch die Neuyorker Börse ihren Schwarzen Freitag. Waren doch die Börsenkredite (Maklerdarlehen) trotz der Maßnahmen der Neuyorker Bundesbank auf 7,4 Milliarden Dollar gegenüber 6,7 Milliarden im April und 4,8 Milliarden im Juli des Vorjahres gestiegen.

Diese Börsenkonjunktur hatte in der Vergangenheit zum Teil neue Antriebe für die Steigerung der industriellen Hochkonjunktur gegeben. Der Luxuskonsum der Bourgeoisie nahm zu. Vor allem fand in der Industrie eine beschleunigte Kapitalsakkumulation in Erwartung fortgesetzter Steigerung der Gewinne statt.

Konjunkturinderziffern des „Annalist"

	Juni 1929	Mai 1929	Febr. 1929	Mai 1928
Eisenproduktion	122,5	116,3	108,7	100,8
Stahlproduktion	131,6	121,7	107,0	106,6
Produktion v. elektr. Energie	—	105,3	102,1	101,7
Kohlenproduktion	93,0	94,8	105,3	86,3
Automobilproduktion	141,3	145,9	145,7	103,6
Baumwollverbrauch	104,8	113,5	107,7	101,1
Schuhproduktion	—	105,1	103,0	104,4

Im vergangenen Monat ist sogar noch eine weitere Zunahme der Produktion erfolgt. In der Stahlindustrie wurde die theoretische Produktionskapazität überschritten, während dagegen in der Automobilindustrie trotz der gesteigerten Erzeugung ein relativ großer Teil der Produktionskapazität nicht ausgenutzt wird. In der jüngsten Zeit hat der Absatz an Automobilen zu stocken begonnen, was ebenfalls ein wichtiges Anzeichen für die herannahende Krise ist; denn eine Krise in der Automobilindustrie muß gerade in Amerika eine Krise in der gesamten Wirtschaft hervorrufen. Auch der Baumarkt hat ene Abnahme der Bauabschlüsse zu verzeichnen.

An der bisherigen Hochkonjunktur haben gerade die Industrien, die Konsumgüter für den Massenbedarf erzeugen (z. B. Schuh-, Baumwollindustrie), nur in geringem Maße oder überhaupt nicht teilgenommen. Dies beweist, daß die Hochkonjunktur sich nicht auf den gesteigerten Konsum der Arbeiterschaft aufgebaut hat, wie es Reformisten und „demokratische" Amerika-Reisende fälschlich verkündeten. Die industrielle Hochkonjunktur stand vielmehr nur im Zeichen gesteigerter Kapitalakkumulation und Zunahme des Luxuskonsums der Bourgeoisie.

Wie lange noch wird die industrielle Produktion erweitert werden können, ohne auf die Marktschranken zu stoßen? Die ersten Absatznöte haben sich bereits gezeigt; deswegen auch das immer dringendere Verlangen der amerikanischen Trustmagnaten nach höheren Schutzzöllen. Vor allem beginnt gerade in Amerika die Agrarkrise sich zu verschärfen, wodurch die industrielle Konjunktur unmittelbar beeinflußt wird.

Deswegen sind in der neuen Schutzzollvorlage beträchtliche Zollerhöhungen für zahlreiche Nahrungsmittel, aber auch für Industrieerzeugnisse (u. a. für Baumaterialien, Leder, Schuhe, Textilien usw.) vorgesehen.

Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß die amerikanischen Notenbanken ihre gewaltigen Goldreserven zu einer neuen Vermehrung der Industriekredite und vermehrten Notenausgabe verwenden. Dadurch würde eine Welle der Preissteigerung und abermaligen Konjunkturaufstieges einsetzen. Allerdings müßte dann auch eine um so schärfere Krise erwartet werden.

Wirtschaftskrise in Amerika — das würde von weitgehendsten Folgen für Amerika selber und die gesamte Welt sein. Bereits an der gegenwärtigen Hochkonjunktur hat die amerikanische Arbeiterschaft nur sehr wenig oder überhaupt nichts profitieren können. Sogar der Berichterstatter des „Berliner Tageblatts" muß aus Neuyork feststellen, daß dort die „Arbeitslosigkeit, für die allerdings zuverlässige amtliche Statistiken fehlen, jedenfalls nicht abgenommen hat". Eine Wirtschaftskrise oder auch nur eine Depression würde ein schroffes Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen, für die es in Amerika überhaupt keine Unterstützungseinrichtungen gibt, zur Folge haben und die Radikalisierung der Arbeiterschaft auch in Amerika beschleunigen.

Ferner würde dann eine gewaltige Verschärfung des Konkurrenzkampfes eintreten. Für Amerika selber würde das vor allem eine noch stärkere Monopolisierung des Industriekapitals zur Folge haben. Bereits in den letzten Monaten sind u. a. innerhalb des Eisenbahnkapitals und des Bankkapitals neue bedeutende Zusammenschlüsse zu verzeichnen. Das Vordringen des amerikanischen Trustkapitals auf dem Auslandsmarkt würde dann noch vielfach stärker werden. Das amerikanische Finanzkapital würde noch aktiver als bisher profitable Anlagesphären für sich suchen, in Verbindung mit der Steigerung des Auslandsabsatzes für das amerikanische Industriekapital und der Stärkung seiner internationalen Konkurrenzstellung. Deswegen geht die Kapitalausfuhr nach Deutschland in der letzten Zeit zum großen Teil in der Form von Beteiligungen an Industriegesellschaften, die für das amerikanische Industriekapital sich zu einer gefährlichen Konkurrenz entwickeln könnten, vor.

Gegen die drohenden Absatznöte versucht das amerikanische Finanzkapital besonders durch den Aufbau seiner imperialistischen Machtpositionen in Südamerika und China vorzusorgen. Damit wächst aber auch das Interesse der amerikanischen Imperialisten an einer kapitalistischen „Erschließung" Rußlands, die die Schärfe des internationalen Konkurrenzkampfes mildern würde. Dies ist aber erst nach einer Niederschlagung der Sowjetunion durch die Imperialisten möglich. Die Beteiligung Morgans an der Reparationsbank ist die Ankündigung seiner Beteiligung an einer imperialistischen Einheitsfront gegen die Sowjetunion, wobei er allerdings für sich eine führende Stellung verlangt.

Mehr oder weniger Brot und Arbeit

Um die Senkung des Niveaus der Lebenshaltung der Arbeiterklasse

Aus der Rede des Genossen Kuusinen auf dem 10. Plenum des EKKJ. geben wir folgenden interessanten Absatz auch deshalb wieder, um unsere Leser anzuregen, die ganze Rede zu lesen. Sie ist in Nr. 71 der „Inprekorr." veröffentlicht. Diese erscheint laufend zwei- bis dreimal wöchentlich, nach Bedarf noch öfter, und kostet nur 1,50 Mark pro Monat.

Zur Frage der Kompensierung der gesteigerten Intensität durch Lohnerhöhung gehört auch folgende Frage: In unserem Thesenentwurf wird gesagt, daß die kapitalistische Rationalisierung das Lebenshaltungsniveau der Arbeiterklasse senkt. Genosse Varga, der in seiner zum 6. Weltkongreß herausgegebenen Broschüre „Die Wirtschaft der Niedergangsperiode des Kapitalismus nach der Stabilisierung" das Moment der Intensivierung der Arbeit bei der kapitalistischen Rationalisierung richtig hervorgehoben und es außerdem von der Steigerung der Produktivität unterschieden hat, hat im Präsidium gegen unsere Behauptung über die Senkung des Lebensstandards der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Rationalisierung Einspruch erhoben. Nun,

ich bin der Auffassung, daß wir an dieser Stelle ebensogut davon sprechen könnten, daß die kapitalistische Nationalisierung eine absolute Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse mit sich bringt. (Zuruf: Richtig!)

Ich glaube aber, daß auch das, was in unserem Resolutionsentwurf steht, richtig ist. Von der absoluten Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse kann man sogar im Falle der Erhöhung der Reallöhne sprechen und zwar in dem Sinne, wie Marx im 1. Teil von „Kapital" sagt, daß „im Maße, wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß" (Seite 610). Das war die Einstellung von Marx. Man kann aber auch die Behauptung unseres Entwurfes verteidigen, wenn man nur die Formulierung richtig versteht. Der Vorschlag des Genossen Varga zu diesem Punkt ist dagegen nicht akzeptabel. Er möchte unsere Formulierung durch die Worte ersetzen: Die kapitalistische Rationalisierung „setzt ihren Anteil (den Anteil der Arbeiter. K.) am eigenen Produkt herab". Jawohl, das tut die kapitalistische Nationalisierung sicher, das hat die kapitalistische Entwicklung immer getan. Darum handelt es sich hier nicht, sondern um etwas mehr.

Erstens: Im Lebenshaltungsniveau der Arbeiterklasse ist doch auch das Lebenshaltungsniveau der Arbeitslosen inbegriffen. Genosse Varga selbst hat die außerordentlich große Bedeutung der Massenarbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten und manchen anderen Ländern mit Recht betont. Ob er diese große Tatsache jetzt vergessen hat?

Zweitens: Ich richte eine Frage an den Genossen Varga: Bedeutet die Senkung des Arbeitslohnes unter den Wert der Arbeitskraft eine Senkung des Lebenshaltungsniveaus der Arbeiter oder nicht? Ich glaube ja. In diesem Sinne haben wir die Sache verstanden und darüber geschrieben.

Gerade diese Senkung des Arbeitslohnes unter den Wert der Arbeitskraft geschieht zweifelsohne in der Regel durch kapitalistische Nationalisierung.

Genosse Varga setzt das Lebenshaltungsniveau gleich mit „Reallohn" im allerengsten Sinne des Wortes und damit ... Nehmen wir an, daß das, was er behauptet, stimmt, daß der „Reallohn" der Arbeiter durch die kapitalistische Rationalisierung ... und nicht gesenkt wird. Sicher ist das durchaus nicht, aber wenn es auch so wäre, ist das ein Beweis dafür, daß dabei in Wirklichkeit der Lohn nicht unter den Wert der Arbeitskraft sinkt? (Zuruf: Weiter sinkt!) Nach Marx bedeutet die Lohnerhöhung ... faktische Senkung des Lohnes unter den Wert der Arbeitskraft, „wenn die Preiserhöhung der (Ware! D. R.) Arbeitskraft ... beschleunigten Verschleiß nicht kompensiert". Außerdem darf man nicht übersehen, daß nach Marx der Tageswert der Arbeitskraft „auf ihre normale Durchschnittsdauer oder die normale Lebensperiode des Arbeiters und auf entsprechenden normalen, ... Menschennatur angemessenen Umsatz von Lebenssubstanz in Bewegung" („Kapital" I, Seite 490) geschätzt ist.

Das ist in unsere Resolution berücksichtigt. Wird das in der kapitalistischen Praxis berücksichtigt?

Nein, gerade das monopolistische Kapital erzwingt nicht nur Monopolpreise für Waren, sondern auch Monopolpreise für Arbeit (in entgegengesetzter Richtung). Es erzwingt eine Senkung des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert.

Die Aneignung eines Surplusprofits auf diesem letzterwähnten Wege geschieht besonders durch die kapitalistische Rationalisierung, durch die ungeheure Intensivierung der Arbeit.

Genosse Varga berichtet über Amerika, daß der „Reallohn" dort eine steigende Tendenz zeige, aber wie groß oder wie klein die Erhöhung sei, untersucht er nicht, obgleich gerade diese Untersuchung ihm bewiesen hätte, daß das Lebenshaltungsniveau der Arbeiter in Wirklichkeit nicht steigt. In seiner oben erwähnten Broschüre gibt er außerdem folgende sehr sonderbare Erklärung:

„Die durch das Fließband erzwungene Arbeitskraftausgabe ist nur bei guter Ernährung und relativ kurzer Arbeitszeit durchführbar, sonst bricht der Arbeiter am Arbeitsplatz selbst zusammen. So wie man das Vieh bei schwerer Arbeit besser füttert, ist das Kapital gezwungen, den mit früher ungekannter Intensität arbeitenden menschlichen Automaten mehr Futter zu geben und mehr Ruhezeit zu gönnen als früher."

Das klingt ja ganz plausibel, besonders da sich Genosse Varga dabei in einer Fußnote auf Marx (!) beruft. Trotzdem ist es aber falsch, oder höchstens eine halbe Wahrheit. Das Wahre daran ist die Mitteilung, daß das Vieh bei schwerer Arbeit in der Regel besser gefüttert wird. Das Pech des Arbeiters aber liegt gerade darin, daß er unter dem Kapitalismus nicht in derselben glücklichen Lage ist wie das Vieh. Sein Futter wird nicht proportional mit der Schwere seiner Arbeit vergrößert."

Die Perspektiven für das Wirtschaftsjahr 1929/30

(Von unserem Moskauer Berichterstatter)

Moskau, im August 1929.

In unserem letzten Bericht wiesen wir darauf hin, welche Reserven der Sowjetunion zur Verwirklichung des Fünfjahresplanes zur Verfügung stehen und in diesem Zusammenhang machten wir auf die große Bedeutung des sozialistischen Wetteifers aufmerksam. Heute wollen wir einige Angaben machen über die Aussichten für das kommende Wirtschaftsjahr, das mit dem 1. Oktober beginnt. Zunächst jedoch einige wichtige Daten über die Verwirklichung des Wirtschaftsplanes im laufenden Jahr, die wir aus der Rede des Genossen Syrtzow, dem Vorsitzenden im Rate der Volkskommissare der RSFSR., entnehmen — einer Rede, die er auf dem Bezirksparteitag von Nischni-Nowgorod gehalten hat.

„Das Jahr 1928/29", führte Genosse S. u. a. aus, „ist das erste Jahr in der Verwirklichung des Fünfjahresplanes, aber es hat bereits greifbare Resultate auf dem Gebiet der Umgestaltung der Industrie gezeitigt.

Erst in der ersten Hälfte des Jahres 1928/29 wurden 50 neue Fabriken, Werke und Hochöfen in Betrieb gesetzt, deren Produktion im laufenden Jahr etwa 120 Millionen Rubel ausmachen wird."

„Der Jahresplan hinsichtlich des Wachstums der Industrie war auf zirka 21 Prozent (im Vergleich mit dem Vorjahre) vorgesehen, die tatsächliche Steigerung der gesamten Großindustrie betrug aber bereits in den ersten acht Monaten über 20 Prozent. Nimmt man jedoch die Produktion von Produktionsmitteln, die Schwerindustrie, so war die Steigerung ursprünglich auf 25,7 Prozent berechnet, die tatsächliche Steigerung in den ersten acht Monaten ergibt aber bereits 23,5 Prozent. Die Produktion der Massenbedarfsartikel sollte, dem ursprünglichen Plane nach, im Vergleich mit dem Vorjahre, um 18,6 Prozent steigen, hat aber in den ersten acht Monaten bereits die Ziffer von 19,5 Prozent erreicht."

Mit Recht fügte Genosse Syrtzow hinzu, daß diejenigen Genossen, die den Fünfjahresplan als utopisch betrachten, schon jetzt durch das Leben selbst eines besseren belehrt worden sind.

So stellt das neue Jahr neue, bedeutend größere Aufgaben, als sie ursprünglich selbst im Fünfjahresplan vorgesehen wurden. Diesen Fragen widmet nun die „Prawda" vom 9. August einen ausführlichen Artikel, der viel lehrreiches Material enthält und auch für den deutschen Arbeiter von Interesse sein dürfte.

Die Kapitalanlagen für das Jahr 1929/30 waren im Fünfjahresplan auf 2300 Millionen Rubel berechnet, im Vergleich mit den 1659 Millionen im laufenden Wirtschaftsjahr. Aber dieser Voranschlag, sagt die „Prawda", erfordert schon jetzt bedeutende Abänderungen.

„Der Fünfjahresplan", heißt es wörtlich, „der dem Rätekongreß zur Bestätigung vorgelegt wurde, hat erhebliche Korrekturen erhalten. Neue, bedeutend größere Aufgaben sind durch eine Reihe von Wirschaftszweigen gestellt worden." Das betrifft vor allem: Kohle, Naphtha, Maschinenbau, chemische Industrie usw. In erster Reihe jedoch die Metall- und Elektrizitätsindustrie ...

In diesem Zusammenhang steht auch die Frage der Beschleunigung des Tempos in der Errichtung der im Bau befindlichen Fabriken, Werke usw. Die Losung ist: Erreichung auf diesem Gebiete eines amerikanischen Tempos, was schon in manchen Fällen auch erfüllt worden ist. Denn „die Dynamik der Kapitalanlagen hat ihre Gesetzmäßigkeit".

Die Investierungen der vergangenen Jahre erfordern ein beschleunigtes Tempo auch in dem Bau der neuen Fabriken und Werke. Die Ausgaben für den Bau von Industrieanlagen, die bereits in Angriff genommen sind, machen im kommenden Jahr nicht weniger als 800 Millionen Rubel aus, zusammen mit der Renovierung einiger Großbetriebe über eine Milliarde. Die Gesamtsumme der Kapitalinvestierungen für das kommende Jahr wird aber auf nicht weniger als 2700 Millionen Rubel berechnet, d. h. um 400 Millionen Rubel mehr als im Fünfjahresplan veranschlagt und um 1040 Millionen Rubel mehr als im laufenden Jahr im ganzen investiert worden sind.

Diese Angaben zeigen die Perspektiven in der Verwirklichung des Fünfjahresplanes im kommenden Jahr.

Aber solche geradezu gigantischen Aufgaben zu erfüllen, ist alles andere als leicht. Heißt das aber, daß sie etwa unerfüllbar sind? Wir haben schon oben auf die Ausführungen des Genossen Syrtzow hingewiesen. „Zweifel hinsichtlich der Durchführung des Planes werden auch bei der Ausarbeitung des Planes für das laufende Jahr an den Tag gelegt . . .", sagt die „Prawda". „Die Partei wollte jedoch von diesem Zweifel nichts wissen. Das große Programm des Jahres 1928/29 wird, trotz aller Schwierigkeiten durchgeführt", und ebenso kann das große Programm für das kommende Jahr durchgeführt werden. „Für ein solches Programm", schließt der Artikel in der „Prawda", „müssen alle Zweige der Industrie vorbereitet, muß die Arbeiterschaft mobilisiert werden." Daß dies verwirklicht werden wird, zeigt die Durchführung des Planes im laufenden Wirtschaftsjahr.

In der Ukraine wird mit einem Kostenaufwand von 100 Millionen Dollars das Wasserkraftwerk „Dnjeprostroj" errichtet. Es stellt mit einer Leistung von 800 000 PS die größte elektrische Anlage Europas dar.

Dividendenausschüttungen. Nach Berechnung des Statistischen Reichsamtes haben 74,2 Prozent der deutschen Aktiengesellschaften eine Dividende von über 5 Prozent, 16,2 Prozent der A.-G. eine Dividende von über 10 Prozent (gegenüber nur 15,7 Prozent der A.-G im Vorjahre) an die Aktionäre verteilt.

Kartellbestrebungen im englischen Bergbau. In London sind 400 englische Bergwerksbesitzer zusammengekommen, um über die Gründung eines einheitlichen Preiswucherkartells zu beraten. Diese Verhandlungen stehen im Zusammenhang mit den Haager Reparationsverhandlungen, wo Loucheur als französischer Vertreter die Bildung internationaler Kartelle (vor allem für Kohle und Eisen) einschließlich des englischen Kapitals befürwortet hat.

Die Vogtländische Spitzen A.-G. hat die Erhöhung der Dividende auf die Sammelaktien von 9 Prozent im Vorjahr auf 14 Prozent in diesem Jahre beschlossen. Auf die Vorzugsaktien ... Fünffache, d. h. 70 Prozent Dividende ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0012

Arbeiter-Sport

1. Bezirk (Handball). Spiele am 1. September: 15 Uhr Canena 1. — Adler 1. (Krause, Zwintschöna). 16 Uhr Queis 1. — Fichte 2. (Krause, Reideburg). 15 Uhr Naundorf b. R. 1. — Wörmlitz 1. (Bornkessel, Othello). Dieskau 1. — Othello 1. (Brudhorf) (Kleinschmager, Naundorf). 15 Uhr Krosigk 1. — Trotha 1. (Plötz) (Döbejün). 16 Uhr Naundorf b. R. 2. — Beuchlitz 2. (Wörmlitz). 15 Uhr Beuchlitz 1. — Teutschenthal 1. (Eisdorf). 14 Uhr Osmünde 2. — Passendorf 2. ½15 Uhr Niemberg 1. — Reideburg 1. (Brachstedt). 15 Uhr Schraplau 2. — Stedten 2. (Beuchlitz). Dieskau 2. — Othello 2. (Naundorf b. R.) Jugend: 14 Uhr Dieskau — Reideburg (Zwintschöna). Pflichtspiele in Naundorf b. M.: Möderling 1. — Kayna 1. (Pienkwy, Schafstädt). Merseburg 1. — Teutschenthal 2. (Zuf. Schafstädt). Rössen 1. — Naundorf b. M. 1. (Merseburg). Merseburg Jgd. gegen Naundorf b. M. Jgd. (Möderling) Rössen Jgd. — Schafstädt Jgd. (Kayna). Die Zeiten werden noch bekanntgegeben.

Interessengemeinschaft Halle. Berichterstatter. Die Besichtigung der Produktiv-Druckerei findet bestimmt morgen, Sonnabend, den 31. August, statt. Treffpunkt ½18 Uhr dortselbst. Keiner fehle. Interessenten der Vereinsgenossen können sich anschließen. Besichtigung von 18 bis 19 Uhr. **Pezold.**

TV. Die Naturfreunde, Gebiet Halle. Sonntag, 1. September, nachmittags von 3 Uhr an, im Ammendorfer Naturfreundehaus Probesingen für das Gautreffen in Zeitz. Wir erwarten die Zeitz-Fahrer aller Ortsgruppen.

Achtung! Sportplatz Radewell Achtung!

Sonntag, den 1. September 1929, 16 Uhr, [2211

Fichte Ammendorf I. — Fichte Halle I.

Arbeiter-Fotografen-Vereinigung, Ortsgruppe Halle. Sonntag, 1. September, ½13 Uhr, Treffen Paradeplatz (Eingang Moritzburg). Es wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Kraft- und Artistenklub Atlas. Heute, Freitag, müssen alle Vereinsmitglieder restlos in dem Uebungslokal Huttenschule um 20 Uhr erscheinen zwecks Besprechung der Fahrt nach Hamburg-Altona. [2225

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Sonnabend, den 31. August, Beteiligung an der Eröffnungskundgebung zum Internationalen Jugendtag, 20 Uhr im „Volkspark".
Sonntag, den 1. September, 12 Uhr, Antreten zur Demonstration in den Stadtteilen. (Siehe Lokal-Notiz.)
Stadtteil Osten. Freitag, 30. August, 20 Uhr, im Lokal Hübner, Kurze Gasse, große Funktionärsitzung. Jeder Funktionär muß erscheinen. Stadtteilleitung eine Stunde früher.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Alle Ortsgruppen der Partei beteiligen sich an der Demonstration zum Internationalen Jugendtag. 12 Uhr Antreten in den Stadtteilen. (Siehe Lokalnotiz.)
Möhlich. Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, im Lokal Webers „Flugplatz-Kasino" Mitgliederversammlung. Referent Genosse Lüttich.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Großgörschen. Freitag, den 30. August, 13 Uhr, Erwerbslosenversammlung. Referent: Genosse O. Schlag. 20 Uhr: Mitgliederversammlung.
Dürrenberg. Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, Mitgliederversamml. Ref. d. UBL.
Querfurt. Kompol-Konferenz findet nicht am 1. September, sondern am 8. September statt. Genossen, richtet Euch darauf ein.
Goddula. Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.
Merseburg. Stadtteil 2. Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, in der „Funkenburg" Sitzung der Stadtteilleitung. Alles muß zur Stelle sein.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Freitag, den 30. August, 20 Uhr, in der „Händlerbörse" Sitzung der Gewerkschaftsfraktionen.
Teuchern. Sonntag, 1. September, 20 Uhr, im „Grünen Baum" Mitgliederversammlung. Referent der UBL.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Wittenberg, Zellengruppe Klein-Wittenberg-Piesteritz. Freitag, den 30 August, 20 Uhr, im „Schützenhaus", Zellengruppenversammlung. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
Bad Schmiedeberg. Freitag, den 30 August, 20 Uhr, Funktionärsitzung. Referent: Genosse Steinmetz.
Holzweißig. Freitag, 30. August, 20 Uhr, bei Bartholomäus Mitgliederversamml. Referent Genosse Schliebs.
Mühlbeck. Freitag, 30. August, 20.30 Uhr, b. Gen. F. Müller Mitgliederversamml.

Unterbezirk Mansfeld

A.-G. Teutschenthal. Für Zappendorf, Langenbogen, Eisdorf, Bennstedt, Teutschenthal und Steuden findet am Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, im „Würdenhof" in Teutschenthal eine Arbeitsgebietssitzung statt. Alle Gemeindevertreter und Kandidaten müssen daran teilnehmen. Referent der UBL.
Erdeborn. Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, bei Träger Mitgliederversammlung. Referent der UBL.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Sangerhausen. Freitag, den 30. August, 20 Uhr, im „Herrnkrug" Mitgliederversammlung. (Kongreß der werktätigen Frauen.) Referent der BL.
Riestedt. Sonnabend, 31 August, 20 Uhr, im „Brunnenschlößchen" Mitgliederversammlung.
A.-G. Artern. Sonntag, den 1. September, 14 Uhr, im „Goethehaus" in Artern Arbeitsgebietskonferenz. Zu erscheinen haben die alten Gemeindevertreter und Funktionäre der Ortschaften Gehofen, Reinsdorf, Ritteburg, Nicklausrieth, Katharinenrieth, Voigtstedt, Riethnordhausen, Schönfeld, sowie die Stadtverordneten und Funktionäre der Ortsgruppe Artern.
Nordhausen. Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, bei Schütt, Weidenstraße, Gewerkschaftsfunktionärsitzung. Auch die Salzaer Funktionäre haben zu erscheinen. Referent Genosse Dolgner.
Blankenheim. Sonntag, 1. Sept., 20 Uhr, im Lokal Kreuzberg Mitgliederversamml.

Die erwerbslosen Arbeiterinnen

haben nur Aussicht auf Besserung ihrer Lage und auf Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die jahrelanges Elend und Siechtum über Millionen von Familien bringt, wenn sie sich

zusammenschließen in breiter Front

mit den kampfentschlossenen männlichen Arbeitern. Daneben bedürfen sie der engsten Verbindung

mit den übrigen Massen der werktätigen Frauen!

Wählt darum in allen Betrieben, Gewerkschaften, Massenorganisationen, in Versammlungen der erwerbslosen Frauen usw. Delegierte zur

Bezirkskonferenz der werktätigen Frauen in Halle am 15. September

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Torgau. Freitag, den 30. August, 20 Uhr, in der „Waldschänke" Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
Plessa. Freitag, den 30. August, 20 Uhr, beim Genossen W. Pompsch Mitgliederversammlung.
Clöden. Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, bei Dumke öffentliche Versammlung. Thema: Kriegsgefahr. Referent: Gen. Rybarzeck.
Sonntag, 1. September, vorm. 10 Uhr, in der „Waldschänke" in Torgau Kreiskonferenz. Die Kandidatenlisten sind mitzubringen.

Unterbezirk Delitzsch

Schladitz. Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, in der „Gr. Linde" Sitzung. Referent Genosse Schubert, Schkeuditz.
Delitzsch. Sonnabend, 31 August, 20 Uhr, im „Lindenhof" Sitzung der Erweiterten UBL. Alle Ortsgruppen entsenden Delegierte.
Eilenburg. Sonnabend, 31. August, 20 Uhr, in „Stadt Leipzig" Mitgliederversamml. (Bericht der Stadtverordnetenfraktion.)

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Mitteilungen der BL.

Alle Gruppen müssen für August abrechnen. Es haben für Juli noch abzurechnen: Sennewitz, Dieskau, Zeitz. Folgende Ortsgruppen haben vom März bis Juli überhaupt noch nicht abgerechnet: Beesedau, Brehna, Helbra, Nordhausen, Heringen, Querfurt, Torgau, Mühlberg, Dommitzsch und Zschornewitz. Diese Gruppen müssen die Abrechnungen der fehlenden Monate noch nachholen.
Achtung, Internationaler Jugendtag! Alle Ortsgruppen und Teilnehmer zum Internationalen Jugendtag melden sich im Zentralen Jugendbüro, „Goldene Kette", Alter Markt. Dort werden die einzelnen Ortsgruppen im Quartierbezirk von Halle eingeteilt. BL.
Des weiteren müssen alle Teilnehmer sowie Ankunft zum Jugendtag bis Mittwoch der BL. gemeldet werden.
Achtung! Ortsgruppen, die Sonnabend per Bahn in Halle eintreffen, verlassen den Hauptbahnhof durch Ausgang Thielenstraße und werden dort empfangen.
Abrechnungen von Material zum Jugendtag, Plaketten usw. müssen bereits am Sonnabend im Jugendtagsbüro, „Goldene Kette", erledigt werden.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle, Gruppe Budjonny. Freitag, 30. August, 19½ Uhr, treffen sich alle Genossen im Lokal Föhse, Bergstraße 4.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Sonnabend, den 31. August, Abfahrt zum Internationalen Jugendtag. Sammeln am Bahnhof. Abfahrt von Eisleben 16.44 Uhr.

Unterbezirk Bitterfeld

Sandersdorf. Freitag, 30. August, 20 Uhr, Funktionärsitzung.
Alle Genossen von Wolfen und Greppin fahren am Sonnabend, 31. August, mit dem Zug 19.09 Uhr ab Bitterfeld zum Jugendtag. Fahrpreis 1,50 Mk. Sonntagskarte.
Bitterfeld. Sonnabend, 31. August, 18¾ Uhr, sammeln sich alle Genossen am Bahnhof zur Abfahrt nach Halle.

Unterbezirk Wittenberg

Piesteritz. Sonnabend, den 31. August, Abschiedskundgebung zum Internationalen Jugendtag im Gewerkschaftshaus Wittenberg.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Mitteilungen der BL. Alle teilnehmenden Pioniere am Jugendtag treffen sich um 12 Uhr an der Produktiv. Alle JSB.-Leiter und Helfer 10 Uhr an der Produktiv.
Halle. Freitag 18 Uhr erscheinen alle Pioniere auf dem Sandanger. Bei Regenwetter in der Produktiv.
Halle. Am Sonntag Pflichtbeteiligung am 15. Intern. Jugendtag. Die Pioniere treffen sich um 12 Uhr in der Produktiv.
Weißenfels. Sonnabend um 16 Uhr Antreten zur Abfahrt zum Intern. Jugendtag.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Ammendorf. Sonnabend treten alle Genossen um 8 Uhr auf dem Kirmesplatz an zum Empfang der Jugendgenossen und zur Demonstration.

Serien-Tage!

3 Meter Gardinen-Ringband	0,25
1 Bubihaube in schönen Farben	0,25
1 Hemdpasse 110 cm weit, guter, kräftiger Stoff	0,25
2 Doppelstücke Kernseife zusammen	0,25
12 Stück Rasierklingen zusammen	0,25
3 Paar Armhalter Gummi, in verschiedenen Farben zusammen	0,25
2 Scheibengardinen-Stäbe mit 4 Haken und 12 Stück Federringen	0,25
¼ Pfund Gelee-Früchte	0,25

1 Kurzwarentüte enthaltend: 1 Haarnetz, 2 Paket Haarnadeln, 3 Paket Lockennadeln, 1 Dtz. Sicherheitsnadeln, 1 Karton Reißzwecken, 2 Briefe Stecknadeln zusammen **0,25**

25 Pf.

1 Rolle Obergarn 1000 Meter, in schwarz oder weiß	0,48
1 Fl. Maschinenöl, 1 Dose Stecknadeln, 50 g, 1 Maschinennadel zus.	0,48
3 Paar Wäscheträger Ia. Qualität	0,48
1 Herren-Umlegekragen Mako, 4fach	0,48
1 Kinder-Röckchen fest gestrickt, weiß, mit verschiedenen Kanten	0,48
1 Damen-Gummischürze aparte Muster	0,48
1 Scheuertuch, 2 Topflappen, 1 Staubtuch zusammen	0,48
5 Tafeln Crême-Schokolade à Tafel 50 g zusammen	0,48

1 Kurzwarentüte enthaltend: 3 Dtz. Wäscheknöpfe, 1 Rolle Obergarn, 200 m, 1 Brief Nähnadeln, 1 Brief Stecknadeln, 1 Dtz. Druckknöpfe, 1 Dtz. Hosenknöpfe zusammen **0,48**

48 Pf.

1 Pfd. Schmierseife, 1 Pfd. Seifenpulver, 1 Stück Kernseife, 1 Scheuertuch	0,95
1 Paar Damenstrümpfe Waschseide Doppels. u. Hochferse in reicher Farbenausw., II. Wahl	0,95
1 Herren-Unterhose Mako-Imitat.	0,95
5 Meter Etamin kariert, haltbare Qualität	0,95
1 Damen-Schlüpfer Kunstseide, alle Farben vorrätig	0,95
2 Handtücher, 2 Wischtücher, 2 Topflappen zusammen	0,95
1⅛ Meter Schürzenwarp zur Scheuerschürze	0,95
1 Meter Karo oder Streifen in neuen Mustern	0,95

1 Kinder-badelaken aus gutem Kräuselstoff **0,95**

95 Pf.

1 Riegel Kernseife 1 Pfd. Seifenpulver, 1 Pfd. Schmierseife, 1 Scheuerbürste zusammen	1,45
1 Trikot-Einsatzhemd starkfädige Ware, moderne Einsätze	1,45
1 Sofa-Decke 150 cm lang, aus bedrucktem Rips, in vielen modernen Mustern	1,45
1 Prinzeßrock Trägerform mit Stickerei	1,45
1 Damen-Nachthemd moderne Schlupfform, mit Hohlsaum-Garnitur	1,45
1 Unterkleid Seidentrikot, in schönen, hellen Farben	1,45
1 Hauskleid Zephir, gestreift, gute Qualität, schöne Verarbeitung	1,45
1 Meter Popeline in schönen Farben, doppeltbreit	1,45

2 Handtücher, 2 Wischtücher, 2 Topflappen, 2 Staubtücher, 1 Seiftuch, 1 Scheuertuch zus. **1,45**

1⁴⁵

1 Herren-Unterhose Fellenware, dunkelgrau	1,95
1 Korb-Garnitur Sitz- und Rückenkissen, in schönen Mustern	1,95
1 Damen-Hemdhose Kunstseide, mit Spitze, in reicher Farbenauswahl	1,95
1 Knaben-Trikot-Anzug in vielen Farben	1,95
1 Barchent-Bettuch weiß, Ia. mollige Qualität	1,95
1½ Meter Schürzendruck ca. 120 cm breit, zur Trägerschürze	1,95
1 Meter Crêpe de chine Kunstseide, ca. 100 cm breit, einfarbig und in modernen Mustern	1,95
1 Paar Damen-Strümpfe prima Waschseide, Doppelsohle, Hochferse, II. Wahl	1,95

1 Meter Mantel- oder Kostümstoff 140 Zentimeter breit **1,95**

1⁹⁵

1 Aktentasche Leder, Krokodil- oder Langnarbung	2,95
1 Männer-Köper-Barchent-Hemd weiß-blau gestreift	2,95
1 Gedeck mit 6 Servietten, Ia Damast	2,95
1 Rockhemdhose Kunstseide in mod. Farben, haltbare Qualität	2,95
1 Blusenschoner reine Wolle, in schönen Farben	2,95
5 Meter Hemdentuch besonders kräftige Qualität	2,95
1 Künstlerdecke Indanthren 130,130	2,95
4½ Meter Kleiderdruck für ein Hauskleid	2,95

1 Garnitur Prinzeßrock u. Schlüpfer, Kunstseide in modernen Farben **2,95**

2⁹⁵

Im Erfrischungsraum: 1 Bockwurst mit Salat **0,45**

Alex MICHEL
Am Markt — Halle a. S. — Am Markt

Im Erfrischungsraum: 1 Tasse Ia. Bohnenkaffee und 1 Stück Obstkuchen **0,35**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0013

Erwerbslose!
Wer hilft Euch?

1.

...muß, ist die Stellung der Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung, wozu die Organe der Reichsanstalt die nötigen Befugnisse haben. Sie werden den sachgemäßen Gebrauch davon machen, wie sie das in anderen nicht weniger schwierigen Fragen bereits getan haben. Die Reichsregierung wird sie nachdrücklichst dabei unterstützen.

Die **Krisenunterstützung** ist bereits über den ersten Juli hinaus verlängert worden. Zugleich ist durch eine Reihe von Erweiterungen der Stockung auf dem Arbeitsmarkt, die sich neuerdings bemerkbar macht, Rechnung getragen worden. Die neue Reichsregierung wird in diesem Sinne fortfahren. Ferner soll die Dauer der Krisenunterstützung für die älteren Angestellten und Arbeiter über die ...hinaus verlängert ...

Reichstagssitzung am 3. Juli 1928.

Hermann Müller verspricht, grosmäulig in der Regierungserklärung Hilfe für die Erwerbslosen.

2.

Die Kommunisten stellen einen Antrag,

№ 742
Antrag

Reichstag
IV. Wahlperiode
1928

Stöcker Rädel und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird beauftragt, folgende dringlichsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Notlage der Erwerbslosen und der Massenarbeitslosigkeit sofort durchzuführen:

a) die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung allgemein (gemäß § 99 Abs 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) von 26 Wochen auf 39 Wochen auszudehnen, unter Wegfall jeglicher Karenzzeiten;
b) die Krisenunterstützung auf alle Berufsgruppen zu erstrecken und ...stützungen aus derselben ohne Anwendung der Be... in gleicher Höhe wie die Arbeitslosenunter... Beschränkungen zu zahlen;
c) das Gesetz ... zuheben;
d) dem Reichstag unverzüglich ... Fürsorge für Saisonarbeiter auf... beschäftigungsprogramm zur Beschlußfassung ... Klames Arbeits...

Die Reichsregierung wird aufgefordert, für die zur ... vorstehender Maßnahmen notwendigen Gesetzesänderungen dem ... sofort entsprechende Änderungsgesetze zu unterbreiten.

Berlin, den 23. Januar 1929.

№ 776
Antrag

Dr. Breitscheid und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen,

1. die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen;
2. die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung allgemein auf 52 Wochen zu verlängern;
3. die Bezugsdauer der Krisenunterstützung für Unterstützungsempfänger, die über 40 Jahre alt sind, auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen.

Berlin, den 1. Februar 1929.

Dr. Br... Aufk... Karsten ... Breitscheid ... Dietrich (Thüringen) ... Lipinski Lübbring Müller (... Schroeder (Schleswig-Holstein) Seidel Steinfe...

3.

Die SPD. lehnt den Antrag 742 der KPD. ab und stellt einen eigenen Antrag.

Notlage dieser Bevölkerungskreise zweifelhaft ist. Über hier Versprechungen machen, im Lande den Leuten als große Überschrift bieten »die Krisenfürsorge wird auf alle Berufe ausgedehnt« und letzten Endes seitens der Reichsregierung Ausführungen machen, die nicht das tun und das wollen, was den Leuten in dem Satz versprochen wird, dazu konnten wir uns heute morgen ...entschließen.

4.

Das Zentrum erklärt in der Sitzung vom 8. Februar 1929 durch die Abgeordnete Teusch dem Antrag der SPD. zuzustimmen.

Drucksache 804 des Reichstags

5.

*) Die Ziffern 2 und 3 des Antrags Nr. 776 sind von den Antragstellern zurückgezogen worden.

Als dadurch die Annahme des Antrages gesichert ist, zieht die SPD. die Absätze 2 und 3 ihres Antrages zurück.

6.

... die Arbeitslosenunterstützung ohne zeitliche Beschränkungen zu zahlen.

Im Falle der **Ablehnung:**

1. die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung für Unterstützungsempfänger, die über 40 Jahre alt sind, auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen.
2. die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung allgemein auf 52 Wochen zu verlängern;

Die KPD. nimmt diesen Antrag auf und stellt ihn zur Abstimmung. Daraufhin lehnt SPD. bei der Abstimmung ihren eigenen Antrag ab.

Berlin, den 8. Februar 1929.

7.

Morgenausgabe — Nr. 1 A7 — Sonnabend 9. Februar 1929 — Groß-Berlin 10 Pf. Bundesgebiet 15 Pf.

Vorwärts

Trotzdem verkündet der "Vorwärts" ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen ... Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3 — Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin — Vorwärts-Verlag G.m.b.H. — Schriftleitung: Hans Vogel, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Ausbau der Krisenfürsorge

Die Krisenunterstützung allgemein gewährleistet.

Der Reichstag nahm gestern den sozialdemokratischen Antrag zur Krisenfürsorge in der folgenden vom Sozialpolitischen Ausschuß veränderten Fassung:

1. die Reichsregierung ...

und zehn Tage später erscheint im "Reichsarbeitsblatt" vom 25. Februar diese ...

8.

Ausgenommen bleiben nur Angehörige solcher Berufsgruppen, deren Arbeitsmarkt auch jetzt noch nicht andauernd besonders ungünstig ist. Es sind dies die Berufsgruppen: Bergbau (ganze Berufsgruppe 3 der Arbeitsmarktstatistik), chemische Industrie (ganze Berufsgruppen 7 und 8), Zellstoff- und Papierherstellung (Berufsgruppe 10a), Müllereigewerbe (Berufsgruppe 13a), Getränkegewerbe (Berufsgruppe 13d und teilweise Berufsgruppe 13f), Gesundheits- und Körperpflege und Reinigungsgewerbe (Berufsgruppe 15), ferner Personen, die häusliche Dienste verrichten (Berufsgruppe 22), und Personen, die Lohnarbeit wechselnder Art verrichten (Berufsgruppe 23), soweit sie nicht Fabrikarbeiter sind. Ausgenommen bleiben ferner Angehörige der Land- und Forstwirtschaft (Berufsgruppen 1 und 2), soweit es sich nicht um Gärtner- und Gartenarbeiter (Berufsgruppe 1i) handelt, endlich Angehörige des Baugewerbes (Berufsgruppe 16) sowie diejenigen Personen aus den übrigen Berufsgruppen, deren Arbeitslosigkeit durch Anordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt oder des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts als berufsüblich anerkannt ist, soweit es sich hierbei nicht um Gelegenheitsarbeiten in der Berufsgruppe ...

Ausführungsbestimmung von mitentholten

Wissel.

Erwerbslose! Diese Dokumente beweisen die Schandpolitik der Sozialdemokratie!

Kämpft mit der KPD für ausreichende Unterstützung während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0014

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle=Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle=Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 22251. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 30. August 1929 | 9. Jahrgang ★ Nr. 186

Nur die Kommunisten für die Arbeitslosen von heute und morgen

SPD.=Verrat im Leuna=Werk

SPD. gegen einen Vorstoß der Kommunisten für die entlassenen Leuna=Arbeiter
In einer Front mit Gelben und Christen für Unterstützungsraub und Trustdiktatur

Folgende Entschließung wurde in einer Arbeiterratssitzung des Leuna-Werkes gegen die Stimmen der Sozialfaschisten, der Christen und der Gelben von der kommunistischen Mehrheit angenommen:

„Die zahlreichen Entlassungen der letzten Zeit sowie die noch im Ammoniakwerk Merseburg bevorstehenden, veranlassen den Arbeiterrat, im Interesse der Belegschaft zum Abbau des Erwerbslosenversicherungsgesetzes Stellung zu nehmen. Die entlassenen Kollegen sind meistens seit Bestehen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes versichert und sollen durch den geplanten Abbau um ihre wohlerworbenen Rechte gebracht werden. Der Arbeiterrat protestiert ganz entschieden gegen jeglichen Abbau der Unterstützung sowie gegen die Erhöhung der Beiträge.

Der Arbeiterrat wendet sich überhaupt gegen eine Erwerbslosenversicherung, die die Lasten der Erwerbslosenunterstützung restlos auf die Arbeiterschaft abwälzt. Er ist der Auffassung, daß die Unterstützung der Erwerbslosen Sache des Staates ist und die dazu notwendigen Mittel vom Unternehmertum aufzubringen sind. Der Arbeiterrat fordert den Wegfall jeglicher Karrenzzeiten sowie die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung ohne Staffelung und ohne zeitliche Beschränkung. Weiter fordert der Arbeiterrat die Festlegung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms durch gesetzliches Verbot jeglicher Ueberarbeit, durch die gesetzliche Einführung des siebenstündigen Maximalarbeitstages, um so der ungeheuren Erwerbslosigkeit mit Nachdruck zu begegnen.“

Zur Annahme dieser Resolution schreibt der soeben erschienene „Leuna=Prolet“:

„In der gestrigen Arbeiterratssitzung im Leuna=Werk, wo zu den Massenentlassungen Stellung genommen wurde, beschäftigte sich der Arbeiterrat mit dem geplanten Abbau an der Arbeitslosenversicherung. Mit Recht betonte die Opposition, daß es die Aufgabe des Arbeiterrats sei, sich für die entlassenen sowie für die noch zur Entlassung kommenden Kollegen einzusetzen. Es wurde deshalb von der Opposition umstehende Entschließung eingebracht und vom Arbeiterrat angenommen. Der Arbeiterrat beschloß weiter, diese Resolution dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages als einen Ausdruck der Stimmung der Belegschaft zu übermitteln.

Hierbei zeigte sich so recht die elende Rolle der Sozialfaschisten Walter, Tenhagen, Fischer und Ko. Wie Aale wandten sie sich um diese Entschließung zu Fall zu bringen. Es wäre doch eine zu offene Demaskierung der SPD., wenn sich die oberen Bonzen derselben, die Wissell, Hilferding, Severing und Hermann Müller, nebst den sozialfaschistischen Abgeordneten für den Abbau der Erwerbslosenunterstützung im Auftrage der Trustbourgeoisie mit aller Schärfe einsetzen, während andererseits die kleinen Emporkömmlinge Walter, Tenhagen usw. für die Erwerbslosen eintreten würden.

Und so stimmten für diese Entschließung nur die 16 kommunistischen Vertreter des Arbeiterrats, während ein Sozialdemokrat dagegen stimmte und die restlichen sieben nebst den Gelben und Stahlhelmern sich der Stimme enthielten.

Leuna=Arbeiter! Lest diese Entschließung und verbreitet sie weiter unter Euren Kollegen im Betriebe, damit auch der letzte Arbeiter diese Sorte „Arbeitervertreter“ erkennt. In der Sonnabendnummer des „Klassenkampf“ könnt Ihr einen ausführlichen Bericht über diese Arbeiterratssitzung lesen.“

Wir begrüßen diesen Vorstoß der Kommunisten im Arbeiterrat als ein mahnendes Beispiel an die Belegschaften und Funktionäre aller anderen Betriebe, die Mobilmachung der Arbeiterm[illegible] enversicherung meh[illegible]

Der Massenprotestst[illegible]

Fort mit der Koalitionsregierung! — Her[illegible]

Der Protest der Arbeiter in den Betrieben und Erwerbslosen gegen den Unterstützungsraub, wird täglich stärker. In allen Teilen des Reiches und in den meisten Betrieben nehmen die Belegschaften Stellung zu diesem Raubbau. Mehrere Entschließungen gingen uns heute zu:

(Eig. Bericht.) **Weißenfels, 29. August.**

Hier fand im „Tivolie“ eine Versammlung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen statt, welche sich mit dem Abbau der Erwerbslosenversicherung beschäftigte. Nach einem Referat des Genossen Schüffler wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 27. August in Weißenfels zur öffentlichen Versammlung erschienenen Betriebsarbeiter und Erwerbslosen protestieren entschieden gegen die maßlose Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung, die in Zukunft nicht nur eine Verkürzung der Unterstützungssätze, sondern auch eine Erhöhung der Beiträge und eine Verlängerung der Wartezeit vorsieht. Diese Verschlechterungen sind um so bemerkenswerter, als sie in dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissell ihren Urheber haben und dieser nicht nur von der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch von den Instanzen des ADGB. gedeckt wird.

Die Versammelten erklären, daß diese Verschlechterungen das Produkt der sozialdemokratischen Koalitionspolitik sind, deren Tendenz darauf hinausläuft, das Unternehmertum [illegible] tischen Profitwirtschaft [illegible]

Die Versamm[illegible] tionen der sozialdemo[illegible] ften Kampf aufz[illegible] n der Erwerbslosen e[illegible]

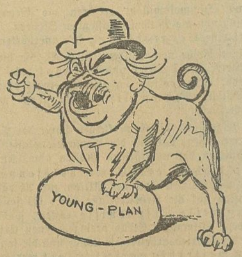
Sie begrüßen [illegible]

Bezirks=Er[illegible] lle

als ein Mittel [illegible] it den Betriebsarbeite[illegible] Koalitionsregierung [illegible] werbslosen aufzuneh[illegible]

Die Bitte[illegible] einer überaus stark [illegible] n den Unterstützungsa[illegible] t, daß man den Kam[illegible] emeinsam mit den Be[illegible] urden zwei Kollegen [illegible] sen=kongreß am [illegible]

Der Vorstan[illegible] n Aufruf an alle F[illegible] rwerbslosen erlassen, indem er die Verhöhnung der gesamten Arbeiterschaft durch das Wissell=Gesetz klarlegt. Auch wird die arbeiterfeindliche Schreibweise des „Vorwärts“ ganz besonders verurteilt.



Wenn es ums Geld geht, hört der Pazifismus auf. Briand im Haag: „Ich bin sehr friedfertig, ich kann aber auch furchtbar werden . . .“

Das Hungerdiktat vom Haag

bringt neue Millionenlasten für die Werktätigen, verstärkt die Antisowjetfront

Die Haager Konferenz hat am 29. August mit der sogenannten Einigung im wesentlichen ihren Abschluß gefunden. Heute vormittag 11 Uhr findet nochmals eine Sitzung der Finanzkommission zur Einsetzung der Kommissionen, insbesondere für die Internationale Bank, statt. Am 31. August ist dann die Schlußsitzung. Diese Tatsachen machen es notwendig, etwas mehr über das Ergebnis dieser Konferenz zu sagen.

Alles in allem: Die deutschen Unterhändler haben bedingungslos ein neues Reparationsdiktat unterschrieben. Neue Zugeständnisse sind an die englische und französische Regierung gemacht worden. Noch besser als der konservative Minister Englands hat es Mister Snowden, der biedere Sozialdemokrat, fertiggebracht, die Interessen der englischen Bourgeoisie auf Kosten des deutschen Proletariats durchzusetzen.

Selbst im gestrigen „Vorwärts“ muß der sozialdemokratische Berichterstatter Viktor Schiff zugeben, daß sein englischer Parteigenosse alle deutschen Hoffnungen zerrissen habe. Er

„verleugnete kaltblütig lächelnd seine eigenen Aeußerungen von drei Wochen zuvor, was ihm von deutscher Seite recht deutlich vorgehalten wurde“.

Diese Erkenntnis des „Vorwärts“ hält die ganze, besonders aber die „linke“ sozialdemokratische Presse nicht ab, Hosianna-Gesänge über das Ergebnis des Hungerdiktates anzustimmen. Darum wollen wir zunächst aufzählen, um was es sich bei den deutschen Zugeständnissen tatsächlich handelt.

Die Räumung des Rheinlandes wird erst am 30. Juni 1930 abgeschlossen werden. Alle deutschen Ansprüche auf Ersatz der Besatzungsschäden sind fallen gelassen worden. Die französischen Imperialisten haben eine gewisse Dauerkontrolle über das Rheinland durchgesetzt, denn die im Locarno=Abkommen vorgesehenen Kontrollkommissionen sollen weiter bestehen bleiben. Der englische Anteil an den Reparationen wird jährlich um 36 Millionen erhöht. Den größten Teil dieses Betrages muß Deutschland zahlen. Der im Young-Plan festgelegte Anteil Deutschlands an den Dawes-Zahlungen in den ersten fünf Uebergangsmonaten, etwa 300 Millionen Mark, wurden bis auf den letzten Pfennig gestrichen. Der englische Imperialismus erhält einen Anteil von 100 Millionen an den ungeschützten Reparationszahlungen. Deutschlands Reparationszahlung während der nächsten 20 Jahre wird um 42 Millionen alljährlich heraufgesetzt. Der Young=Plan sah nämlich jährlich ungeschützte Zahlungen in Höhe von 660 Millionen Mark vor. Nach dem Haager Abkommen sind es 702 Millionen. Auch das Zugeständnis der italienischen Regierung in der Frage der Kohlensachlieferungen geht vollständig zu Lasten des deutschen Kapitalismus.

Wirklich, die englische konservative Zeitung „Evening Standard“ hatte nicht so unrecht, als sie jetzt offen erklärte, Snowden habe „Großbritannien den ihm gebührenden Platz im Rate der Nationen zurückerobert“. Die englische Bourgeoisie will Snowden in London feierlich vom Bahnhof abholen. Doch, bescheiden, wie nun einmal diese Leute sind, will er, wie er in allen englischen Zeitungen verkünden läßt, auf einer Station vor London aussteigen und auf Umwegen per Auto in die Metropole des wackeligen englischen Weltreiches zurückkehren.

Die deutsche Delegation wird natürlich versuchen, einige Erfolge zu konstruieren. Zum Beispiel hieß es am 28. August noch, Deutschland werde zwar leider die wirtschaftlichen Opfer bringen müssen, aber doch nur unter der Bedingung, daß dafür eine frühere Räumung des Rheinlandes erfolge. Die „Vossische Zeitung“

Hand in Hand marschieren am 1. September in Halle die erwachsenen mit den jugendlichen Proletariern auf zum **15. Internationalen Jugendtag**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290830-17/fragment/page=0015